

Jahresbericht 1989

Hochkonjunktur verflacht

Die österreichische Wirtschaft im Jahr 1989

Die österreichische Wirtschaft hat 1989 das hohe Wachstumstempo von 1988 nicht ganz halten können. Die reale Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes (BIP) betrug 3,8% (nach 4,2% 1988) und war damit neuerlich höher als in der Bundesrepublik Deutschland (+3,4%; Brutto-Sozialprodukt +4%) und in Westeuropa (+3,5%). Bis zum Herbst schwächte sich die Konjunktur ab, erholte sich aber gegen Jahresende wieder. Die Wachstumsrate des realen BIP verlangsamte sich von 4,5% im 1. Halbjahr auf 3,2% im 2. Halbjahr. Der Konjunkturaufschwung – einer der längsten der Nachkriegszeit („Siebenjahreszyklus“) – war 1982 bis 1987 sehr zögerlich verlaufen, gewann erst 1988 an Tempo und geht langsam zu Ende (Abbildung „Konjunkturzyklen“).

Die Entwicklung in Österreich entspricht damit dem internationalen Konjunkturmodell. Die Weltkonjunktur hat sich nach dem günstigen Verlauf 1988 im Vorjahr etwas verlangsamt. Der weitere Abbau der Arbeitslosigkeit war begleitet von einem Wiederauspringen der Inflation. Die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen der führenden Industrienationen (einem Defizit der USA stehen Überschüsse Japans und der Bundesrepublik Deutschland gegenüber) konnten weiter abgebaut werden. Nach wie vor ungelöst ist das Schuldenproblem der Entwicklungsländer. Im Gefolge des politischen Umbruchs in den osteuropäischen Staaten im Vorjahr stellen sich beträchtliche Aufgaben der ökonomischen Umstellung: Transformation von einer Plan- zur Marktwirtschaft, große Wanderungsbewegungen von Ost nach West, Stabilisierungskrisen in Polen und Jugoslawien, ungelöste Frage der Verschul-

Der Konjunkturaufschwung setzte sich 1989 etwas abgeschwächt fort und dürfte seinen Höhepunkt erreicht haben. Das Wirtschaftswachstum stützte sich auf die lebhaftere Inlands- und die noch kräftigere Auslandsnachfrage. Trotz hoher Kapazitätsauslastung waren keine nennenswerten Überhitzungserscheinungen auf den Gütermärkten und auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten. Das Wiedererstarken der Konjunktur zur Jahreswende 1989/90 deutet darauf hin, daß die erwartete Konjunkturabschwächung mild ausfallen wird.

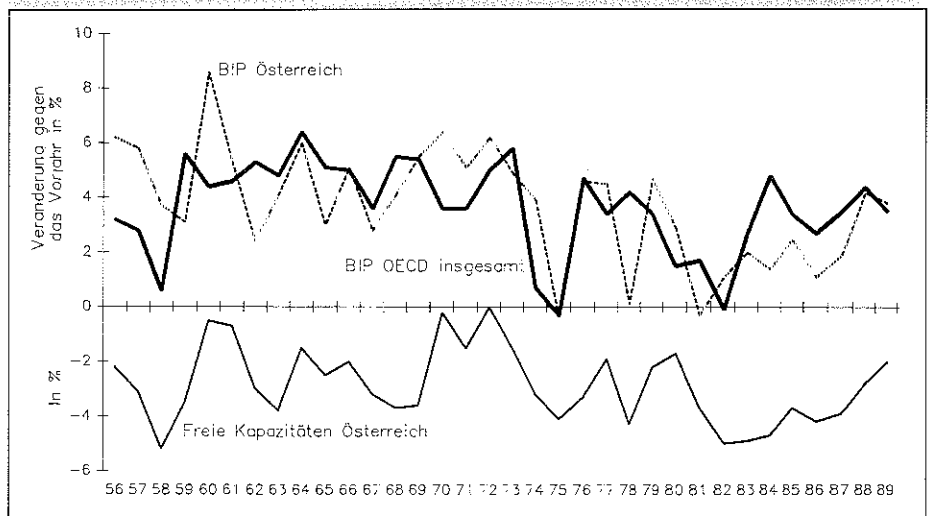
entwicklung in Österreich unterstreicht, daß 1989 ebenso wie 1988 drei von fünf wichtigen Zielen der Wirtschaftspolitik (Leistungsbilanz, Arbeitslosenquote, Budgetdefizit; 1988 Wirtschaftswachstum) im „Magischen Fünfeck“ besser erfüllt werden konnten als im Vorjahr; zwei Zielgrößen verschlechterten sich etwas (Wirtschaftswachstum, Inflationsrate; 1988 Leistungsbilanz).

In früheren Jahren wurde vielfach der geringe Internationalisierungsgrad der österreichischen Wirtschaft beklagt. Im Zuge der Vertiefung der Integration in Europa (Vorbereitung auf den Binnenmarkt 1992) hat auch Österreich seine Direktinvestitionen im Ausland (ADI) sprunghaft gesteigert (gemessen an den Direktinvestitionsströmen laut Zahlungsbilanz von

dung, Wunsch nach deutsch-deutscher Wiedervereinigung bzw. Wirtschafts- und Währungsunion, Teilnahme am europäischen Integrationsprozeß.

Die Ausgewogenheit der Konjunktur

Konjunkturzyklen
Reales Brutto-Inlandsprodukt und Kapazitätsauslastung



Zwischen 1956 und 1973 wuchs das reale BIP in Österreich um 1/2 Prozentpunkt pro Jahr rascher als in der OECD insgesamt (+4,4%), zwischen 1973 und 1989 lag die OECD (+2,8%) um 1/2 Prozentpunkt voran. Während die Konjunkturzyklen in der ersten Phase durchschnittlich 4 Jahre dauerten, erkennt man – verursacht durch die Erdölpreisschocks – seit Anfang der siebziger Jahre einen „Siebenjahreszyklus“. Ein alternativer Maßstab für Konjunkturzyklen ist die Kapazitätsauslastung (BIP dividiert durch Potential Output mal 100). Freie Kapazitäten sind definiert als Kapazitätsauslastung minus 100.

0,23% 1988 auf 0,71% des BIP 1989) Zwar haben auch die ausländischen Direktinvestitionen in Österreich (IDI) zugenommen, aber viel schwächer (von 0,35% auf 0,44%), sodaß erstmals seit 1986 der Saldo aus ADI minus IDI hoch positiv ausfiel

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen

Österreich hat mit dem Antrag auf EG-Mitgliedschaft vom 17 Juli 1989 die Weichen in eine neue handelspolitische Zukunft gestellt. EG-Mitgliedschaft bedeutet aber nicht nur Änderungen in der Handelspolitik, sondern auch die Einbindung in den künftigen Prozeß einer stärkeren Koordination der Wirtschaftspolitik (im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion). Weiters gilt es, den Wettbewerb auf den nationalen Märkten zu intensivieren. Gerade hier hat Österreich noch einiges aufzuholen. Vielfach wird kritisiert (zuletzt im Länderbericht der OECD für Österreich), daß mangels Deregulierung der geschützten Märkte in Österreich das Preisniveau in vielen Bereichen höher ist als in den EG-Staaten. Hier liegen noch unausgeschöpfte Wohlfahrtspotentiale für die Konsumenten.

Die anhaltend gute Konjunktur erleichterte der Wirtschaftspolitik wie schon 1988, ihre Ziele der Budgetsänierung, der Privatisierung und Umstrukturierung sowie Reorganisation im Bereich der Verstaatlichten Industrie weiter zu verfolgen. Die „Hartwährungspolitik“ wurde beibehalten. Die Rücksichtnahme auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit fiel in der Einkommenspolitik etwas schwerer als 1988, da die Lohnsteigerungen angesichts der guten Konjunktur nachzogen, das Produktivitätswachstum sich aber verlangsamte.

Um eine inflationäre Überhitzung der Konjunktur zu vermeiden, wurde die Geldpolitik im Lauf des Jahres 1988 international zunehmend straffer. Dieser Trend setzte sich auch 1989 fort. Der Zinsentwicklung in den USA folgten die Bundesrepublik Deutschland und Österreich. In der BRD und parallel dazu in Österreich wurden die Diskontsätze 1989 in mehreren Schritten angehoben und waren Ende 1989 um 3½ Prozentpunkte höher als Ende 1987.

Parallel zum Zinsdifferential ge-

genüber der DM entwickelte sich auch der Dollarkurs. Einer Festigung bis zur Jahresmitte folgte eine Schwächung im weiteren Jahresverlauf. Entsprechend der Hartwährungspolitik Österreichs blieb der Schilling-DM-Kurs konstant. Infolge der Abwertung gegenüber dem Dollar sank auch der effektive Wechselkurs des Schillings 1989: nominell-effektiv um 0,6% (einschließlich Dinar +6,2%), real-effektiv (preisbereinigt) um 2,3%.

Die Budgetpolitik setzte 1989 ihren Konsolidierungskurs fort. Trotz hoher Einnahmehausfälle wegen der Einkommensteuerreform konnte durch eine disziplinierte Ausgabenpolitik, aufgrund vermögenswirksamer Transaktionen und dank den automatischen Stabilisatoren (geringere Aufwendungen für die Arbeitslosenunterstützung) das Nettodefizit des Bundes weiter verringert werden (auf 62,7 Mrd S oder 3,75% des BIP nach -66,5 Mrd S oder 4,2% 1988). Die Verschuldung des Bundes hat weiter zugenommen (auf 800,2 Mrd S oder 47,9% des BIP; 1988 47,5%).

Inlandsnachfrage

Die inländische Endnachfrage war 1989 (real +3,2%) neben der Exportnachfrage die tragende Säule des Wirtschaftswachstums. Der kräftige Lageraufbau des Jahres 1988 setzte sich in abgeschwächter Form fort. 1989 trug er zum BIP-Wachstum 0,2 Prozentpunkte bei. Insgesamt

blieb das verfügbare Güter- und Leistungsvolumen damit um ½ Prozentpunkt unter dem Wachstum des realen BIP.

Die Konsumnachfrage profitierte 1989 von der Entlastung der Einkommen durch die Steuerreform, allerdings reagierten die Konsumenten erst mit einiger Verzögerung darauf. Nach einem zurückhaltenden Jahresbeginn verstärkte sich die Konsumnachfrage von Quartal zu Quartal. Im Jahresdurchschnitt nahm der private Konsum real um nur 3,3% zu und unterschritt damit die Realeinkommensentwicklung deutlich. Die Sparquote war mit 14,1% um 1½ Prozentpunkte höher als 1988. Immer noch überdurchschnittlich expandierten die Umsätze mit dauerhaften Konsumgütern. Das Konsumklima blieb zu Jahresende gut und läßt auf ein Anhalten der regen Konsumnachfrage schließen.

Die Brutto-Anlageinvestitionen expandierten bis zum Herbst immer langsamer; erst im IV Quartal zogen sie wieder an. Im Jahresdurchschnitt 1989 waren sie real um 4,6% höher als im Vorjahr (nach +5,8% 1988). Während sich in den Bauinvestitionen (real +2,6%) eine Abschwächung abzeichnete, beschleunigte sich das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen (+7,2%) abermals. Der kräftige Rückgang der Fahrzeuginvestitionen zu Jahresende ist ein Indikator für die allmähliche Verschlechterung der Gewinnlage der Unternehmen.

Die Industrieinvestitionen haben 1989 kräftig angezogen. Sie folgten

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Produktion

	1985	1986	1987	1988	1989
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Privater Konsum	+ 2,4	+ 1,6	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,3
Öffentlicher Konsum	+ 1,9	+ 1,7	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,0
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 5,0	+ 3,4	+ 2,9	+ 5,8	+ 4,6
Ausrüstungen netto ¹⁾	+ 10,1	+ 3,9	+ 0,9	+ 5,6	+ 7,2
Bauten netto ¹⁾	+ 1,3	+ 3,0	+ 4,9	+ 5,9	+ 2,6
Inländische Endnachfrage	+ 2,9	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,2
(Lagerbildung)	(A) - 0,7	- 0,2	+ 0,4	+ 1,5	+ 0,2
	(B) (12,3)	(9,5)	(14,2)	(33,9)	(36,3)
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,8	+ 4,7	+ 3,3
Exporte i w S	+ 6,9	- 2,7	+ 2,4	+ 8,8	+ 11,1
Importe i w S	+ 6,2	- 1,2	+ 4,7	+ 10,0	+ 9,7
Außenbeitrag	(A) + 0,3	- 0,6	- 0,9	- 0,6	+ 0,4
Brutto-Inlandsprodukt	+ 2,5	+ 1,1	+ 1,9	+ 4,2	+ 3,8
Industrieproduktion ²⁾	+ 4,0	+ 0,9	- 0,5	+ 6,1	+ 5,8
Primärsektor	- 4,7	+ 0,3	+ 1,2	+ 2,5	- 1,4
Sekundärsektor	+ 3,3	+ 1,0	+ 1,1	+ 5,2	+ 4,7
Tertiärsektor	+ 2,6	+ 1,7	+ 2,4	+ 3,8	+ 3,5

(A) Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes in Prozentpunkten — (B) Mrd S zu Preisen von 1983
¹⁾ Ohne Mehrwertsteuer — ²⁾ Reale Wertschöpfung

so auch im jüngsten Konjunkturaufschwung mit der üblichen Verzögerung der Entwicklung der Industrieproduktion Laut WIFO-Investitionstest investierte die Industrie 1989 um 5% mehr als im Vorjahr — nach einem realen Rückgang von 3% 1988 Die Investitionsquote (Investitionen in Prozent der Umsätze, nominell) hat sich auf 6,9% stabilisiert (nach 6,8% 1988) Damit liegt das Investitionsvolumen um 45% über dem Niveau von 1983, dem Tiefpunkt im Investitionszyklus.

Die Ertragslage der Industrie hat im Jahresdurchschnitt 1989 einen Rekordwert erreicht Nach Schätzungen des WIFO erzielte die österreichische Industrie mit 34% 1989 (nach 31% 1988) ihre bisher höchste Cash-flow-Quote. Auch die Verstaatlichte Industrie schloß mit einem positiven operativen Ergebnis Die im Jahresverlauf zunehmende Terms-of-Trade-Verschlechterung dürfte allerdings die Gewinne gegen Jahresende gedrückt haben

Produktion, Beschäftigung, Produktivität

Die Gesamtwirtschaft produzierte 1989 um 3,8% mehr als 1988 nach +4,2% 1988 Ohne Land- und Forstwirtschaft konnte die Wertschöpfung real um 4% gesteigert werden Der Anteil des Primärsektors (Land- und Forstwirtschaft, Bergbau) an der gesamten realen Wertschöpfung schrumpfte auf 3,8% (nach 4% 1988) jener des Sekundärsektors stieg von 39,3% auf 39,7% Der tertiäre Sektor hielt einen nahezu unveränderten Anteil von 56,6% Die Industriekonjunktur belebt sich seit Mitte 1987 und verbreitert sich nun zunehmend Der Aufschwung griff vom Grundstoffsektor auf den Investitions- und Konsumgütersektor über. 1989 erlebten die Hersteller langlebiger Gebrauchsgüter einen Boom. Nach einer Schwächephase im Herbst zog die Industriekonjunktur gegen Jahresende wieder an Die reale Wertschöpfung der Industrie stieg 1989 um 5,8% (nach +6,1% 1988).

Die Kapazitäten wurden 1989 in der Gesamtwirtschaft (gemessen am gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential +2,9%) etwas schwächer in der Industrie (laut WIFO-Investitionstest +4,4%) stärker ausgeweitet als 1988 Weil die Nachfrage noch kräfti-

Arbeitsmarkt, Arbeitsstückkosten, Produktivität

	1985	1986	1987	1988	1989
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Arbeitsmarktangebot					
Erwerbspersonen ¹⁾	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 1,1
Angebot an Unselbständigen ²⁾	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,4
Arbeitslosenrate	in % 4,8	5,2	5,6	5,3	5,0
Arbeitsmarktnachfrage					
Erwerbstätige ³⁾	+ 0,3	+ 0,3	- 0,1	+ 0,2	+ 1,4
Unselbständig Beschäftigte	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,9	+ 1,8
Industriebeschäftigte	+ 0,2	- 0,6	- 2,7	- 2,0	+ 0,7
Ausländische Arbeitskräfte	+ 1,1	+ 4,1	+ 1,0	+ 2,4	+ 10,9
Geleistete Arbeitszeit in der Industrie	- 0,3	- 1,9	- 1,5	+ 0,8	- 0,8
Erwerbsquote (brutto) ⁴⁾	in % 44,4	44,7	44,7	44,8	45,2
Erwerbsquote ⁵⁾	in % 65,8	66,1	66,2	66,3	67,0
Arbeitsstückkosten					
Gesamtwirtschaft ⁶⁾	+ 3,5	+ 4,9	+ 2,1	- 0,5	+ 2,9
Industrie	+ 1,6	+ 2,8	+ 1,4	- 4,3	- 1,2
Arbeitsproduktivität					
BIP je Erwerbstätigen	+ 2,1	+ 0,8	+ 2,0	+ 3,9	+ 2,4
Industrieproduktion je Industriebeschäftigten	+ 4,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 8,3	+ 5,8

¹⁾ Unselbständige + Selbständige + Arbeitslose — ²⁾ Unselbständige + Arbeitslose. — ³⁾ Selbständige + Unselbständige (laut Definition der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung). — ⁴⁾ Unselbständige + Selbständige + Arbeitslose, in % der Gesamtbevölkerung. — ⁵⁾ Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre), ohne Wanderungsbewegungen; O: Biffi, G., „Die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung unter veränderten Arbeitsmarktbedingungen“, WIFO-Monatsberichte 1979 52(11) S 512ff und WIFO-Fortschreibung — ⁶⁾ Brutto-Lohn- und -Gehaltssumme in % des BIP real

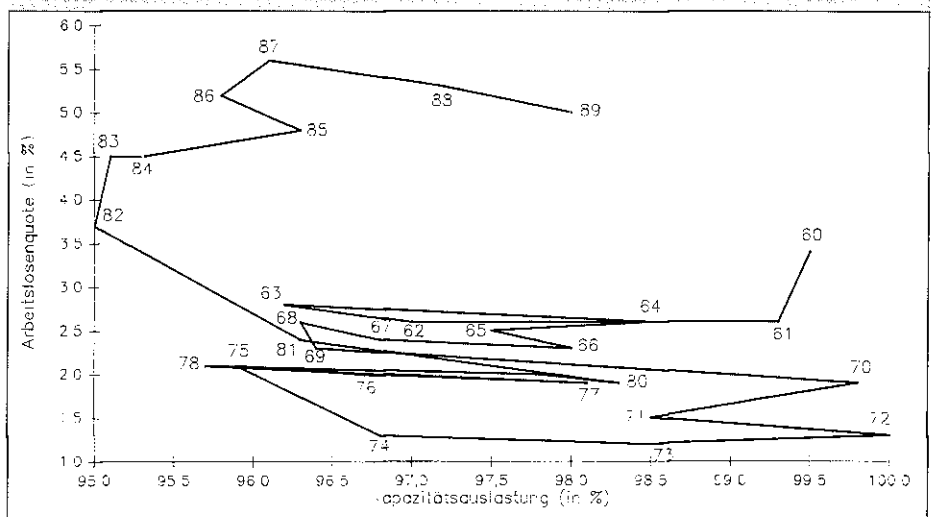
ger wuchs nahm die Kapazitätsauslastung zu (in der Gesamtwirtschaft auf 98%, in der Industrie auf 87%).

Das kräftige Wirtschaftswachstum hat die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessert: Insgesamt waren im Jahresdurchschnitt 1989 um 1,8% mehr Unselbständige beschäftigt als im Vorjahr (nach +0,9% 1988) Der Dienstleistungssektor nimmt wieder mehr Arbeitskräfte auf als in den Vorjahren (+2,4%) Erstmals seit 1985

beschäftigte auch die Industrie mehr Unselbständige als im Vorjahr (+0,7%). Die Zahl der Baubeschäftigten nahm gleich stark zu wie 1988 (+1,8%) In der Industrie wurden im Jahresdurchschnitt 1989 etwas weniger Arbeitsstunden geleistet als im Vorjahr (-0,8% nach +0,8% 1988).

Die Arbeitslosenquote ist 1989 neuerlich gesunken (auf 5%) und war damit um mehr als 1/2 Prozentpunkt niedriger als im Höhepunkt 1987 Die

Okun-Kurve



Die Okun-Kurve (die Beziehung zwischen Arbeitslosigkeit und Kapazitätsauslastung) verschob sich in fast allen Industrieländern seit Anfang der achtziger Jahre nach oben: Die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital passen nicht mehr optimal zueinander. Einerseits erklärt sich dies aus Friktionen auf dem Arbeitsmarkt, andererseits durch zwischen 1985 und 1987 stärker als im Ausland steigende reale Arbeitskosten, d. h. eine real-effektive Aufwertung des Schillings. 1988 trat eine Wende ein: Der Schilling wertete effektiv wieder ab; die Okun-Kurve verläuft wieder normal.

Zahl der Arbeitslosen ging allerdings schwächer zurück, als die Beschäftigung zunahm. Einer mäßigen Entwicklung des inländischen Arbeitskräfteangebotes stand ein sprunghafter Anstieg an ausländischen Arbeitskräften (+10,9%) gegenüber. Nach internationalem Standard gerechnet (Arbeitskräfteangebot einschließlich selbständig Erwerbstätiger) betrug die Arbeitslosenquote 1989 4,4%.

Dem sprunghaften Produktivitätszuwachs des Jahres 1988 folgte 1989 eine Normalisierung. Die Rate betrug in der Gesamtwirtschaft (BIP je Erwerbstätigen) nur noch 2,4%, in der Industrie (Produktion je Beschäftigten) immerhin 5,8%. Darin spiegelt sich die Konsolidierung in der verstaatlichten Industrie, die 1988 einen kräftigen Umstrukturierungsprozeß eingeleitet hatte.

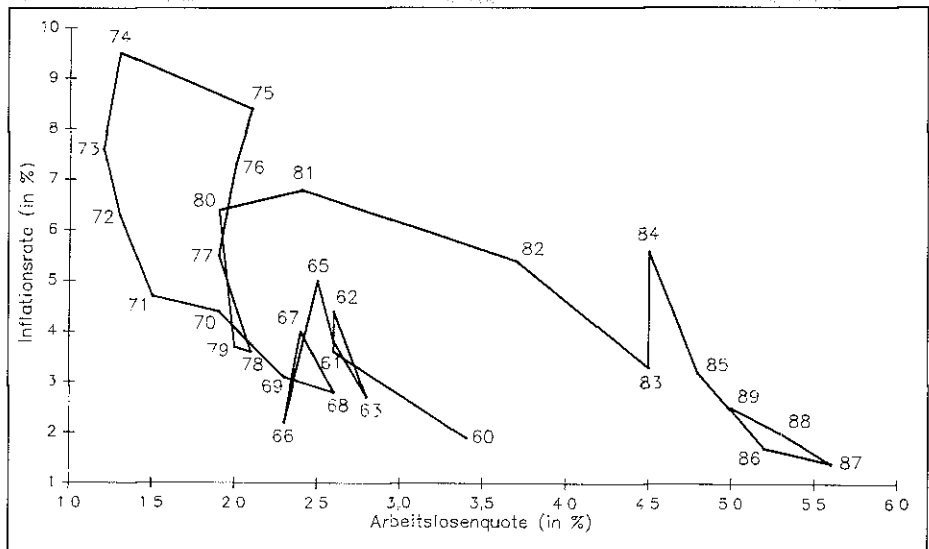
Preise und Einkommen

Die Inflationsrate hat mit 2,5% gegenüber 1988 (2%) weiter leicht angezogen. Der Preisaufrtrieb aus dem Ausland ist stärker geworden. Die Preise von Energierohstoffen stiegen deutlich, jene von nichtenergetischen Rohwaren blieben nahezu unverändert. Bei anhaltender Abwertungstendenz gegenüber dem Dollar verteuerten sich die Importe wieder merklich.

Nach einer Verbesserung der Terms of Trade über mehrere Jahre trat 1989 mit einer Verschlechterung um 0,8% (Außenhandel i w S) eine Wende ein. Der BIP-Deflator stieg mit +2,6% um ¼ Prozentpunkt schwächer als die Preise des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens (+2,8%).

Die Arbeitsstückkosten haben 1989 wieder angezogen, da die Lohn-einkommen stärker wuchsen als die Produktivität. Nach einem absoluten Rückgang 1988 wurde 1989 in der Gesamtwirtschaft ein Anstieg der Arbeitsstückkosten (Lohnsumme in Prozent der Produktion) von 2,9% (nach -0,5% 1988) in der Industrie ein verlangsamter Rückgang verzeichnet (-1,2% nach -4,3% 1988). Gemessen am Durchschnitt der Handelspartner hat sich die relative Arbeitskostenposition Österreichs (in einheitlicher Währung) 1989 nur noch um 2% verbessert (nach +4,9% 1988). Ähnlich war die Entwicklung

Phillips-Kurve



Der Zusammenhang zwischen Inflationsrate (oder Lohninflation) und Arbeitslosenquote (Phillips-Kurve) war in Österreich bis Anfang der siebziger Jahre wie erwartet negativ und nichtlinear. Die beiden Erdölpreisschocks 1973/74 und 1979/80 führten zur Stagflation und zur Verschiebung der Kurve nach außen. Durch den Disinflationsprozeß seit 1981 normalisierte sich die Phillips-Beziehung wieder (der Inflationsabbau wurde mit zunehmender Arbeitslosigkeit „erkauft“). Seit 1987 hat die Überhitzung der Konjunktur ein Wiederanspringen der Inflation bei gleichzeitigem Rückgang der Arbeitslosigkeit ausgelöst.

gegenüber der Bundesrepublik Deutschland.

Die Lohneinkommenszuwächse fielen 1988 brutto (je Beschäftigten) mit 4,8% und netto (Masseneinkommen) mit 9,2% deutlich höher aus als die Inflationsrate (2,5%). Die Zunahme der Realeinkommen hat sich gegenüber 1988 deutlich gefestigt (netto vor allem durch die Entlastung infolge der Einkommensteuerreform). Der seit 1982 sinkende Trend der Lohnquote (unbereinigt) konnte (nach der Unterbrechung 1986 und 1987: 73,2%) 1989 gestoppt werden (71,5% nach 71,2% 1988).

Die Kaufkraft der verfügbaren persönlichen Einkommen (die neben den Netto-Lohneinkommen und Transfer-

einkommen auch Teile der Unternehmer- und Besitzeinkommen enthalten) wurde 1989 durch die Steuerentlastung der Einkommensteuerreform begünstigt (nominell +7,9%, real +5,2%). Da der private Konsum mit +3,3% schwächer zunahm als die Realeinkommen, stieg die Sparquote kräftig auf 14,1%. Die sonstigen Einkommen laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (Unternehmereinkommen und unverteilte Gewinne +5,7%) stiegen langsamer als die Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit (+6,8%) und auch schwächer als das Volkseinkommen (+6,3%). In der verlangsamten Gewinnsteigerung spiegelt sich der Konjunkturwende-

Preise und Einkommen

	1985	1986	1987	1988	1989
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Verbraucherpreise	+ 3,2	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,5
Deflator des Brutto-Inlandsproduktes	+ 3,1	+ 3,8	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,6
Exportpreise ¹⁾ Waren	+ 3,5	- 3,5	- 2,2	+ 2,2	+ 2,6
Importpreise ¹⁾ Waren	+ 3,2	- 8,9	- 4,2	+ 1,6	+ 3,5
Erzeugerpreise Industrie...	+ 2,1	- 4,0	- 0,6	+ 1,1	+ 2,2
Weltmarktrohstoffpreise (Schillingbasis ²⁾)	- 0,5	-46,4	-13,7	- 6,1	+18,0
Terms of Trade					
Waren und Dienstleistungen	- 0,7	+ 3,7	+ 1,2	+ 0,4	- 0,8
Warenverkehr	+ 0,3	+ 5,8	+ 2,2	+ 0,6	- 0,9
Brutto-Lohn- und -Gehaltssumme in der Gesamtwirtschaft	+ 6,0	+ 6,1	+ 4,1	+ 3,7	+ 6,8
Je Beschäftigten	+ 5,4	+ 5,5	+ 4,0	+ 3,2	+ 4,8
Verfügbares persönliches Einkommen	+ 5,8	+ 5,9	+ 6,4	+ 5,1	+ 7,9
Sparquote ³⁾	8,3	10,3	12,3	12,6	14,1

¹⁾ Index der Durchschnittswerte (1979 = 100) — ²⁾ HWWA-Index. — ³⁾ Sparen (verfügbares persönliches Einkommen minus privater Konsum) in % des verfügbaren persönlichen Einkommens

Die gute Konjunktur hat das „Firmensterben“ weiter gebremst. Die Zahl der Insolvenzen hat sich 1989 (nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870) gegenüber 1988 verringert. Insgesamt wurden 1 259 (1988 1 279) Insolvenzverfahren eröffnet (bereinigte Ausgleiche und Konkurse); weil auch weniger Konkursanträge mangels freier Masse abgewiesen wurden als im vorangegangenen Jahr, war die Zahl der Gesamtinsolvenzen 1989 deutlich niedriger (2 873 Fälle, 1988 3 104 Fälle). Die Gesamtsumme der geschätzten Verbindlichkeiten lag — da die Fälle von Großinsolvenzen überwogen — über dem Wert von 1988 (12,7 Mrd S, 1988 9,7 Mrd S). 1989 waren mehr Dienstnehmer von den Insolvenzen betroffen (1988 7 000, 1989 8 800).

Außenwirtschaft und Zahlungsbilanz

Die weltweite Abflachung des Konjunkturaufschwungs verlangsamte das Wachstum des Welthandels (auf real +7,5% nach +9% 1988). Österreichs Warenexporte wuchsen mit real +9,2% kaum schwächer als 1988. Damit konnten die Mitte der achtziger Jahre verlorenen Marktanteile wieder zurückgewonnen werden. Im Jahresverlauf nahm die Exportdynamik parallel mit der Konjunkturlage im Ausland ab. Der Exportzuwachs war 1989 breit über alle Weltmärkte gestreut. Besonders erfolgreich war der Export in die Industrieländer in Übersee. Nicht nur die Exporte von Waren, sondern besonders auch die Einnahmen aus dem Reiseverkehr waren 1989 eine wesentliche Konjunkturstütze.

Das Wachstum der Warenimporte hat sich weiter beschleunigt. Real im-

portierte Österreich 1989 um 10,3% mehr Waren als im Vorjahr (nominal +14,2%). Neben einem Wiederanspringen der Energieimporte war vor allem die Nachfrage nach importierten Halbfertigwaren (Eisen und Stahl) und Fertigwaren (besonders konsumnahe Fertigwaren) sehr lebhaft. Die Energierechnung (Importe an Brennstoffen insgesamt) hat sich 1989 (29,2 Mrd S oder 1,7% des BIP) gegenüber 1988 (25,5 Mrd S oder 1,6% des BIP) geringfügig erhöht.

Das Defizit der Handelsbilanz stieg 1989 laut Zahlungsbilanzstatistik um 15,5 Mrd S auf 85,9 Mrd S (laut Außenhandelsstatistik sogar um 17,9 Mrd S). Damit setzte sich der seit 1986 (Tiefpunkt nach Erdölpreissenkung) beobachtete Trend einer Erhöhung des Defizits verstärkt fort.

Trotz lebhafter Inlandskonjunktur hat sich die Leistungsbilanz 1989 verbessert. Der Saldo drehte sich von -3,9 Mrd S 1988 auf +0,2 Mrd S. Die beträchtliche Passivierung im Warenhandel wurde mehr als kompensiert durch die überaus positive Entwicklung im Reiseverkehr und in den nicht in Waren oder Dienste unterteilbaren Leistungen.

Fritz Breuss

Anhaltend gute Konjunktur

Nach kräftigem Wirtschaftswachstum im Jahr 1988 (+4,2%) hielt die gute Konjunktur in Österreich auch im Jahr 1989 an. Das Brutto-Inlandsprodukt wuchs real um 3,8% (Westeuropa +3,5%, Bundesrepublik Deutschland BNP +4%, Schweiz

+3,1%). Mit überdurchschnittlichem Wachstum und mit niedriger Inflationsrate und Arbeitslosenquote lag Österreichs Wirtschaft in den letzten zwei Jahren im Spitzenfeld der westeuropäischen Konjunktur.

Brutto-Inlandsprodukt wuchs um 3,8%

Nach vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des WIFO erreichte das Brutto-Inlandsprodukt 1989 einen Gesamtwert von 1 671,7 Mrd S. Es war nominal um 6,4% und real um 3,8% höher als im Vorjahr (ohne Land- und Forstwirtschaft +4,0%). Nominell betrug das Brutto-Inlandsprodukt je Einwohner 219 700 S (+6,3%) bzw. 16 606 \$ (zum Kurs von 13,23 S). Die Zahl der unselbständig Beschäftigten stieg im Jahresdurchschnitt 1989 um 1,8%, die der Erwerbstätigen insgesamt um 1,4%. Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität (reales Brutto-Inlandsprodukt je Erwerbstätigen) war um 2,4% höher als im Vorjahr.

Nach besonders starkem Wachstum zu Jahresbeginn wurde die Dynamik im Laufe des Jahres schwächer, die Wachstumsrate schrumpfte vom I. Quartal bis zum III. Quartal, im IV. Quartal wurde — dank guten Produktionsergebnissen in der Industrie — wieder eine höhere Zuwachsrate erzielt.

Hauptstütze der österreichischen Konjunktur waren im 1. Halbjahr 1989 die stark expandierende Auslandsnachfrage und die Brutto-Anlageinvestitionen. Im 2. Halbjahr belebte sich der private Konsum und stützte gemeinsam mit der weiterhin dynamischen Entwicklung der Exporte die Konjunktur.

Als Träger des Wirtschaftswachstums erhöhte die Industrie ihre Produktion 1989 um 5,7% (einschließlich Bergbau, ohne Energieversorgung). Besonders stark expandierten die Fahrzeugindustrie, die Elektroindustrie, die Papierverarbeitung und die Sägeindustrie. Infolge der ungünstigeren Erzeugungsbedingungen gingen die Stromlieferungen der Wasserkraftwerke zurück, und die Wärmekraftwerke — mit relativ niedriger Wertschöpfung — mußten stärker eingesetzt werden. Die reale Wertschöpfung der gesamten Energiewirtschaft erhöhte sich 1989 um 2,1%.

Außenhandel, Zahlungsbilanz

	1985	1986	1987	1988	1989	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Exporte, Waren						
Nominell	+ 12,5	- 3,2	- 0,0	+ 11,9	+ 12,0	
Real ¹⁾	+ 8,7	+ 0,3	+ 2,2	+ 9,5	+ 9,2	
Importe, Waren						
Nominell	+ 9,9	- 5,3	+ 1,0	+ 9,6	+ 14,2	
Real ¹⁾	+ 6,5	+ 3,9	+ 5,4	+ 7,9	+ 10,3	
Terms of Trade	+ 0,3	+ 5,8	+ 2,2	+ 0,6	- 0,9	
Handelsbilanz ²⁾	Mrd S - 67,7	- 62,2	- 65,7	- 70,4	- 85,9	
	In % des BIP	- 5,0	- 4,4	- 4,4	- 4,5	- 5,1
Leistungsbilanz ³⁾	Mrd S - 2,5	+ 3,7	- 2,7	- 3,9	+ 0,2	
	In % des BIP	- 0,2	+ 0,3	- 0,2	- 0,2	+ 0,0

Q: WIFO-Berechnungen — ¹⁾ Preisbasis 1979 = 100; nominelle Exporte bzw. Importe deflationiert mit dem Index der Außenhandelspreise — ²⁾ Laut Zahlungsbilanzstatistik — ³⁾ 1989 vorläufig

Entstehung des Brutto-Inlandsproduktes

	1989	1989	Ø	1989			
	Zu laufenden Preisen	Zu Preisen von 1983		I Qu	II Qu	III Qu	IV Qu
	Mrd S			Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft	52,9	46,5	- 1,4	+ 19	+ 0,9	- 4,7	- 1,5
Bergbau	5,8	4,0	- 2,0	+ 8,5	- 1,4	- 4,6	- 9,6
Sachgüterproduktion	448,8	387,9	+ 5,6	+ 6,4	+ 6,8	+ 3,9	+ 5,3
Industrie	339,8	295,4	+ 5,8	+ 6,5	+ 7,3	+ 3,5	+ 5,8
Gewerbe	109,0	92,5	+ 5,0	+ 6,0	+ 5,5	+ 5,0	+ 3,8
Energie- und Wasserversorgung	50,7	48,4	+ 2,1	+ 2,4	- 0,9	+ 4,5	+ 2,4
Bauwesen	113,8	95,9	+ 2,6	+ 10,5	+ 0,5	+ 1,0	+ 2,8
Handel ¹⁾	267,4	238,5	+ 5,3	+ 8,4	+ 5,4	+ 3,9	+ 3,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	100,6	85,0	+ 4,1	+ 4,3	+ 4,8	+ 3,8	+ 3,4
Vermögensverwaltung ²⁾	269,8	200,6	+ 3,4	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,4	+ 4,2
Sonstige private Dienste ³⁾	74,5	58,8	+ 3,0	+ 3,5	+ 3,5	+ 2,6	+ 2,6
Öffentlicher Dienst	220,7	176,1	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,5	+ 1,0
Rohwertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	1 605,0	1 341,7	+ 3,8	+ 4,9	+ 4,0	+ 2,8	+ 3,5
Minus imputierte Bankdienstleistungen	91,9	74,1	+ 3,5	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,5	+ 5,0
Importabgaben und Mehrwertsteuer	158,6	123,1	+ 4,0	+ 2,6	+ 5,5	+ 4,8	+ 3,1
Brutto-Inlandsprodukt	1 671,7	1 390,7	+ 3,8	+ 4,9	+ 4,1	+ 3,0	+ 3,3
Ohne Land- und Forstwirtschaft		1 344,2	+ 4,0	+ 5,0	+ 4,2	+ 3,3	+ 3,6

¹⁾ Einschließlich Beherbergungs- und Gaststättenwesen — ²⁾ Banken und Versicherungen — ³⁾ Sonstige Dienste private Dienste ohne Erwerbcharakter und häusliche Dienste

Das Bauvolumen war 1989 um 2,6% höher als im Vorjahr. Im Straßenbau und im Adaptierungssektor war die Nachfrage rege, während sich im Wohnungsneubau die Bautätigkeit abgeschwächt hat.

Begünstigt durch den stark expandierenden Außenhandel steigerte der Großhandel vor allem seinen Umsatz mit Fertigwaren und Rohstoffen. Im Einzelhandel zog die Nachfrage nach elektrotechnischen Erzeugnissen, Möbeln sowie Haushalts- und Küchengeräten an. Die reale Wertschöpfung des gesamten Handels (einschließlich Gastgewerbe) nahm 1989 um 5,3% zu. Der Verkehrssektor erzielte 1989 einen Leistungszuwachs von 4,1%. Besonders günstig entwickelte sich die Nachfrage nach Gütertransporten in den Sparten Metalle und Holz. Die Luftfahrt expandierte kräftig, während die Schifffahrt stagnierte. Die reale Wertschöpfung des Dienstleistungssektors (private und öffentliche Dienste, Vermögensverwaltung) stieg 1989 um etwa 2,5%.

Wegen der schwachen Getreide- und Weinernte ging die Produktion im Pflanzenbau zurück. Stark expandierte der Holzeinschlag, während die Produktion aus Tierhaltung stagnierte. Die reale Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft blieb 1989 um 1,4% unter dem Vorjahresniveau.

Der Anteil des Primärsektors (Land- und Forstwirtschaft, Bergbau) an der gesamten realen Wertschöpfung sank von 4,0% (1988) auf 3,8%, jener des Sekundärsektors stieg von

39,3% (1988) auf 39,7%, der reale Anteil des tertiären Sektors ging geringfügig von 56,7% (1988) auf 56,5% zurück.

Das Brutto-Nationalprodukt (Brutto-Inlandsprodukt plus Faktoreinkommen aus dem Ausland minus Faktoreinkommen an das Ausland) betrug 1989 nominell 1 658,6 Mrd S (+6,5%). Nach Abzug der Abschreibungen und der indirekten Steuern (minus Subventionen) ergibt sich ein Volkseinkommen von 1 227,0 Mrd S (+6,3%). Da die Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit (Lohn- und Gehaltssumme einschließlich Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) mit +6,8% überdurchschnittlich zunahm, verschob sich die Einkommenstruktur zugunsten der Lohnquote von 71,2% (1988) auf 71,5%.

Die Preise für das verfügbare Güter- und Leistungsvolumen stiegen

1989 stärker (+2,8%) als jene für das Brutto-Inlandsprodukt (+2,6%), da sich die Austauschverhältnisse (Terms of Trade) durch die Verteuerung der Importe gegenüber dem Vorjahr verschlechtert haben.

Für Konsum und Investitionen der Inländer wurden 1989 Güter und Leistungen im Wert von 1 663,0 Mrd S aufgewendet, nominell um 6,2% und real um 3,3% mehr als im Vorjahr. Aufgrund steigender Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern übertraf der private Konsum 1989 das Vorjahresniveau real um 3,3%. Die Ausrüstungsinvestitionen expandierten kräftig (real +7,2%) und stützten wie die Auslandsnachfrage die österreichische Konjunktur. Die Bauinvestitionen übertrafen das hohe Vorjahresniveau real um 2,6%. Die Brutto-Anlageinvestitionen nahmen 1989 im Vorjahresvergleich insgesamt real um 4,6% zu.

Das Volkseinkommen und seine Verteilung 1989

	Zu laufenden Preisen	Veränderung gegen das Vorjahr
	Mrd S	in %
Brutto-Inlandsprodukt	1 671,7	+ 6,4
Faktoreinkommen aus dem/ an das Ausland	- 13,1	
Brutto-Nationalprodukt	1 658,6	+ 6,5
Minus Abschreibungen	205,6	+ 5,9
Netto-Nationalprodukt	1 453,0	+ 6,6
Minus indirekte Steuern	271,5	+ 7,0
Plus Subventionen	45,5	+ 1,5
Volkseinkommen	1 227,0	+ 6,3
Brutto-Entgelte für unselbständige Arbeit	877,4	+ 6,8
Einkünfte aus Besitz und Unternehmung und unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften	405,7	+ 5,7
Einkünfte des Staates aus Besitz und Unternehmung	32,6	
Zinsen für die Staatsschuld	- 66,0	
Zinsen für Konsumentenschulden	- 22,7	

Verwendung des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens

	1989	1989				
	Mrd S	Ø	I Qu	II Qu	III Qu	IV Qu
Nominelle Veränderung gegen das Vorjahr in %						
<i>Zu laufenden Preisen</i>						
Brutto-Inlandsprodukt	1 671,7	+ 6,4	+ 7,2	+ 7,1	+ 5,3	+ 6,3
Minus Exporte i w S ¹⁾	669,3	+ 14,1	+ 16,5	+ 17,9	+ 10,0	+ 12,4
Plus Importe i w S ²⁾	660,6	+ 13,5	+ 12,6	+ 18,1	+ 10,2	+ 13,0
<i>Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen</i>						
Privater Konsum	927,0	+ 6,0	+ 4,7	+ 5,4	+ 6,0	+ 7,5
Öffentlicher Konsum	303,0	+ 4,8	+ 4,1	+ 6,8	+ 3,9	+ 4,5
Brutto-Anlageinvestitionen	397,1	+ 7,6	+ 16,3	+ 7,2	+ 4,1	+ 6,5
Ausrüstungen	170,2	+ 9,6	+ 17,3	+ 10,9	+ 3,4	+ 7,5
Bauten	202,6	+ 6,1	+ 14,8	+ 4,4	+ 4,5	+ 5,8
Mehrwertsteuer für Investitionen	24,3					
Lagerveränderung und Statistische Differenz	35,9					
Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %						
<i>Zu Preisen von 1983</i>						
Brutto-Inlandsprodukt	1 390,7	+ 3,8	+ 4,9	+ 4,1	+ 3,0	+ 3,3
Minus Exporte i w S ¹⁾	614,3	+ 11,1	+ 12,7	+ 14,0	+ 7,4	+ 10,9
Plus Importe i w S ²⁾	632,0	+ 9,7	+ 8,5	+ 13,0	+ 6,7	+ 10,5
<i>Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen</i>						
Privater Konsum	791,3	+ 3,3	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,6	+ 4,1
Öffentlicher Konsum	240,6	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,5	+ 1,0
Brutto-Anlageinvestitionen	340,3	+ 4,6	+ 13,4	+ 3,7	+ 0,9	+ 4,1
Ausrüstungen	147,5	+ 7,2	+ 15,5	+ 8,0	+ 0,6	+ 5,9
Bauten	173,7	+ 2,6	+ 10,5	+ 0,5	+ 1,0	+ 2,8
Mehrwertsteuer für Investitionen	19,1					
Lagerveränderung und Statistische Differenz	36,2					

¹⁾ Ohne Transitverkehr (einschließlich Transitsaldo) — ²⁾ Ohne Transitverkehr

Kräftige Wachstumsimpulse gingen 1989 von der deutlich steigenden Auslandsnachfrage aus. Zugleich hatte die erhöhte Nachfrage im Inland eine starke Ausweitung der Warenimporte zur Folge. Die besonders guten Ergebnisse im Winter- und Sommer-tourismus bewirkten eine kräftige Zunahme der Einnahmen aus dem Ausländerreiseverkehr. Die Exporte von Waren und Dienstleistungen überstiegen 1989 das Vorjahresergebnis real um 11,1%, die Importe um 9,7%. Die reale Exportquote (Anteil der realen Exporte von Waren- und Dienstleistungen am realen Brutto-Inlandsprodukt) stieg von 41,3% (1988) auf 44,2%, die reale Importquote von 43,0% (1988) auf 45,4%.

Nandor Nemeth

halb so kräftig wie das nominelle Brutto-Inlandsprodukt. Die Budgetpolitik stand 1989 vor zwei schwierigen Aufgaben: Der Konsolidierungskurs mußte einerseits fortgesetzt und das

Nettodefizit weiter abgebaut werden und andererseits galt es, die Einnahmehausfälle aus der Steuerreform zu verkraften, die höher waren, als ursprünglich angenommen wurde. Es gelang dennoch, das Defizit im Budgetvollzug stärker als ursprünglich vorgesehen zu verringern. Die Defizitquote von 3,7% des Brutto-Inlandsproduktes liegt unter der im mittelfristigen Konsolidierungsprogramm geplanten von 4% und ist die niedrigste seit 1981.

Die Wirtschaft entwickelte sich 1989 günstiger, als bei Erstellung des Voranschlags abzusehen war. Die gute Konjunktur erleichterte 1989 zwar den Defizitabbau, dennoch hatte der straffe Budgetvollzug den Hauptanteil an der weiteren Verringerung des Defizits. Läßt man die hohen Rücklagen und Reservenzuführungen unberücksichtigt, so wurden 1989 die veranschlagten Ausgaben im Vollzug um fast 8 Mrd S unterschritten.

Der Abbau des Defizits erfolgte 1989, wie schon 1988 durch die nachfragewirksamen Ausgaben und Einnahmen und nicht durch Vermögens-transaktionen, die größtenteils dazu dienten, die Einnahmehausfälle aus der Steuerreform zu kompensieren. Der inlandswirksame Saldo sank kräftig auf 27,8 Mrd S (1988 44,3 Mrd S). Ein ähnliches Bild zeigt die Aufgliederung

Der Bundeshaushalt 1989

	1988 Erfolg	1989 Bundes- voranschlag ¹⁾ Mrd S	1989 Vorläufiger Erfolg	1988/89 Veränderung ²⁾ In %
Allgemeiner Haushalt				
Ausgaben	517,8	528,0	540,3	+ 4,3
Einnahmen	451,3	461,9	477,6	+ 5,8
Saldo	- 66,5	- 66,1	- 62,7	- 5,7
Ausgleichshaushalt				
Ausgaben	51,1	70,2	62,0	+ 21,3
Einnahmen	117,6	136,3	124,7	+ 6,0
Saldo	+ 66,5	+ 66,1	+ 62,7	- 5,7
Inlandwirksamer Saldo	- 44,3	- 47,8	- 27,8	- 37,2

¹⁾ Bundesvoranschlag gemäß Novelle zum Bundesfinanzgesetz 1989 (BGBl Nr 596/1989) — ²⁾ Vorläufiger Erfolg 1989 gegenüber Erfolg 1988.

Komponenten des Budgetsaldos

	1986 Erfolg	1987 Erfolg	1988 Erfolg	1989 Bundes- voranschlag	1989 Vorläufiger Erfolg
Mrd S					
Saldo laufender Transaktionen	- 36,0	- 49,9	- 38,1	- 51,0	- 36,1
Investitionen	- 29,6	- 24,5	- 25,4	- 26,2	- 25,3
BIP-relevanter Saldo	- 65,6	- 74,4	- 63,5	- 77,2	- 61,4
Saldo vermögenswirksamer Transaktionen	- 7,5	+ 4,6	- 3,0	+ 11,1	- 1,3
Saldo allgemeiner Haushalt	- 73,1	- 69,8	- 66,5	- 66,1	- 62,7

Bund setzt die Budgetkonsolidierung fort

Im Jahr 1989 stiegen die Ausgaben des Bundes (bereinigt um die Swap-Operationen) mit +3,3% nur

Der Bundeshaushalt im Überblick

Der vorläufige Gebarungserfolg des Bundes für 1989 weist im Allgemeinen Haushalt Ausgaben von 540,3 Mrd. S und Einnahmen von 477,6 Mrd S auf. Der Abgang im Allgemeinen Haushalt (er entspricht dem Nettodefizit) beträgt somit 62,7 Mrd. S, das sind 3,7% des Brutto-Inlandsproduktes (1988 4,2%; 1987 4,7%). Im Vergleich zum Voranschlag konnte der Abgang im Budgetvollzug um 3,4 Mrd. S verringert werden.

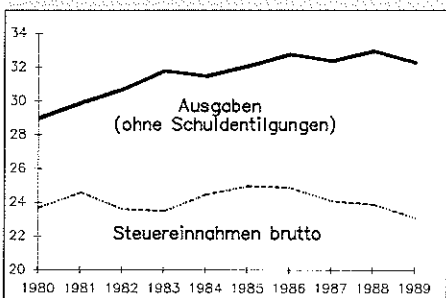
Der Ausgleichshaushalt für 1989 enthält Ausgaben von insgesamt 62,0 Mrd. S und Einnahmen von 124,7 Mrd. S. Der Überschuß im Ausgleichshaushalt entspricht dem Abgang im Allgemeinen Haushalt. Die Ausgaben im Ausgleichshaushalt setzen sich aus Tilgungen für die Finanzschuld (34,7 Mrd. S), den Rückzahlungen für (kurzfristig aufgenommene) Kassenstärker (18,4 Mrd. S) sowie Tilgungszahlungen im Zusammenhang mit Swap-Operationen (8,9 Mrd. S) zusammen. Die Einnahmen im Ausgleichshaushalt umfassen neben den Kreditaufnahmen des Bundes (97,4 Mrd. S) Einnahmen aus der Aufnahme von Kassenstärkern (18,4 Mrd. S) und aus Swap-Operationen (8,9 Mrd. S). Die Ausgaben und Einnahmen im Zusammenhang mit den Kassenstärkern und den Swap-Operationen sind gleich hoch und wirken sich somit nicht auf den Saldo des Ausgleichshaushaltes aus.

Aufgrund einer Novelle zum Bundeshaushaltsgesetz werden ab 1989 die Ausgaben und Einnahmen aus Swap-Operationen im Zusammenhang mit der Finanzschuld brutto verbucht. Die Tilgungen betreffen den Ausgleichshaushalt, die Zinsen jedoch den Allgemeinen Haushalt. Die Ausgaben und Einnahmen des Allgemeinen Haushalts für 1989 sind mit 5,2 Mrd. S betroffen. Die formalen Zuwachsraten der Ausgaben und Einnahmen im Allgemeinen Haushalt sind daher überhöht. Ohne diese Zinsen aus Swap-Operationen wären die Ausgaben 1989 um 3,3% und die Einnahmen des Allgemeinen Haushalts um 4,7% gestiegen. Diese institutionelle Änderung verzerrt somit die formale Zuwachsraten der Ausgaben (von 4,3%) und der Einnahmen (von 5,8%) um jeweils 1 Prozentpunkt.

Der Nettodefizit des BIP-relevante Saldo wurde auf 61,4 Mrd S (1988 63,5 Mrd. S) reduziert. Die vermögenswirksamen Transaktionen erhöhten das Nettodefizit 1989 um 1,3 Mrd. S, im Voranschlag war noch mit einem Überschuß der vermögenswirksamen Transaktionen von 11,1 Mrd. S gerechnet worden.

Der Rückgang sowohl der Ausgaben als auch der Steuerquote läßt vermuten, daß der Bund weniger Einfluß auf die Entwicklung der Wirtschaft ausübte als früher. Der Anteil der inlandswirksamen Ausgaben am Produktionspotential ist 1989 mit 27,8% auf den geringsten Wert seit

Ausgaben- und Steuerquote In % des Brutto-Inlandsproduktes



1984 zurückgegangen, das wurde jedoch durch die private Nachfrage kompensiert. Die österreichische Wirtschaft erreichte 1989 die höchste Kapazitätsauslastung seit 1980. Daher hat die Budgetkonsolidierung die günstige wirtschaftliche Entwicklung auch im Vorjahr nicht gehemmt — im

Gegenteil, sie ließ zusätzlichen Raum für eine Ausweitung der privaten Nachfrage, die durch die Steuerreform stimuliert wurde. Also haben Budgetkonsolidierung und Steuerreform — in ihren (positiven) Effekten — einander ergänzt.

Erhebliche Änderungen in der Budgetstruktur

Der Bundeshaushalt 1989 zeigt erhebliche Änderungen in der Budgetstruktur sowohl in der funktionalen als auch in der ökonomischen Gliederung. Die funktionale Gliederung der Ausgaben ist 1989 von einem recht deutlichen Anstieg der Ausgaben in der Hoheitsverwaltung geprägt, selbst wenn man die Swap-Zinsen unberücksichtigt läßt. Den höheren Anteil im Bereich „Übrige Hoheitsverwaltung“ kompensierten vor allem die schwächeren Ausgabenzuwächse im sozialen Bereich und im sonstigen Verkehr. Der Rückgang des Anteils der Sozialausgaben ist konjunkturbedingt und nicht auf strukturelle Maßnahmen zurückzuführen. Dabei ist trotz des weiteren Abbaus des Defizits keine dauerhafte Erweiterung des Budgetspielraums zu erkennen. Auch die Ausgaben für Straßen, für die Land- und Forstwirtschaft sowie für den Bereich Industrie und Gewerbe verloren weiter an Bedeutung. Ihre Anteile am Budgetvolumen sanken merklich (1988 9,7%, 1989 8,7%). Damit trugen die Ausgaben für Straßen

Ausgaben nach Aufgabenbereichen

	1984 Erfolg	1985 Erfolg	1986 Erfolg	1987 Erfolg	1988 Erfolg	1989 Bundes- voran- schlag	1989 Vorläufiger Erfolg
	In % der Gesamtausgaben						
Erziehung und Unterricht	9,3	9,2	9,1	9,2	8,5	8,4	8,5
Forschung und Wissenschaft	3,3	3,3	3,7	3,6	3,5	3,5	3,5
Kunst	1,0	1,0	1,0	1,0	0,9	0,9	0,9
Kultus	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Gesundheit	0,9	1,0	0,9	0,9	0,8	0,9	0,8
Soziale Wohlfahrt	25,9	25,2	24,9	26,2	25,4	25,6	24,9
Wohnungsbau	0,3	0,3	0,3	0,3	3,2	3,1	3,2
Straßen	4,2	3,7	3,6	3,3	2,9	2,8	2,7
Sonstiger Verkehr	21,0	20,7	21,0	19,6	18,8	18,8	18,4
Land- und Forstwirtschaft	2,9	2,9	2,9	3,1	2,8	2,8	2,4
Energiewirtschaft	0,2	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Industrie und Gewerbe	2,3	2,7	3,2	3,2	4,0	3,4	3,6
Öffentliche Dienstleistungen	2,0	1,8	1,4	1,1	1,0	1,0	1,0
Private Dienstleistungen	0,7	0,8	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8
Landesverteidigung	3,9	4,0	4,0	3,6	3,3	3,4	3,4
Staats- und Rechtssicherheit	3,4	3,4	3,3	3,2	3,0	3,1	3,0
Übrige Hoheitsverwaltung ¹⁾	18,6	19,7	19,6	20,8	21,0	21,4	22,8
Insgesamt ¹⁾	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Ohne Schuldentilgungen. — ²⁾ Vorläufiger Erfolg 1989 einschließlich Zinsen im Zusammenhang mit Swap-Operationen in Höhe von 5,2 Mrd. S (0,8% der Gesamtausgaben)

Ausgaben in ökonomischer Gliederung

	1988 Erfolg	1989 Bundes- voranschlag Mrd. S	1989 Vorläufiger Erfolg	1988/89 Veränderung ¹⁾ In %
Ausgaben zur				
Erstellung von Leistungen	199,3	205,7	206,0	+ 3,4
Umverteilung.	164,0	171,7	168,2	+ 2,6
Finanzierung ²⁾	154,5	150,6	166,1	+ 7,5
Insgesamt²⁾	517,8	526,0	540,3	+ 4,3
In % der Gesamtausgaben				
Ausgaben zur				
Erstellung von Leistungen	38,5	39,0	38,1	
Umverteilung.	31,7	32,5	31,1	
Finanzierung ²⁾	29,8	28,5	30,8	
Insgesamt²⁾	100,0	100,0	100,0	

¹⁾ Vorläufiger Erfolg 1989 gegenüber Erfolg 1988 — ²⁾ Vorläufiger Erfolg 1989 einschließlich Zinsen im Zusammenhang mit Swap-Operationen in Höhe von 5,2 Mrd. S

und für Wirtschaftsförderung wesentlich zum Abbau des Defizits und zur weiteren Budgetkonsolidierung bei

In der Gliederung der Ausgaben nach *ökonomischen Kriterien* setzte sich auch 1989 die längerfristige Tendenz einer Umschichtung der Aufwendungen für die Erstellung öffentlicher Leistungen zu den Finanzierungsausgaben fort. Die *Erstellung öffentlicher Leistungen* erforderte 1989 206,0 Mrd. S, um 3,4% mehr als 1988. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen ermöglichte diese Ausgabenzunahme eine leichte reale Zunahme in der Bereitstellung öffentlicher Güter. Die Ausgaben für die *Umverteilung* erforderten 1989 168,2 Mrd. S (+2,6%). Ihr Anteil am Budgetvolumen ist dadurch auf 31,1% gesunken (1988 31,7%). Zwei Faktoren bedingten die schwächere Zunahme dieser Ausgaben:

- Die demographische Entwicklung dämpft die Ausgaben für Familienbeihilfen, aber auch für Kriegsopfer.
- In der schwächeren Zuwachsrate an Bundesbeiträgen zur Pensionsversicherung und in geringeren Ausgaben für Arbeitslosenunterstützungen spiegelt sich die günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Die *Finanzierungsausgaben* sind im vorläufigen Erfolg 1989 mit 166,1 Mrd. S ausgewiesen, das entspricht einer Zunahme um 7,5%. Der Anteil an den Gesamtausgaben erhöhte sich auf 30,8% (1988 29,8%). Selbst wenn die Ausgaben für Zinsen im Rahmen der Swap-Operationen nicht berücksichtigt werden, bleibt die Zuwachsrate mit 4,1% überdurchschnittlich hoch. Die Verlagerung zu

den Finanzierungsausgaben ist zu einem Teil darauf zurückzuführen, daß der Bund zunehmend Aufgaben auslagert und öffentliche Leistungen (vor allem Investitionen) nicht mehr selbst erbringt, sondern sich zunächst außerbudgetärer Finanzierungen bedient; allerdings werden dann Tilgungen und Zinsen an diese Finanzierungsgesellschaften mit zeitlicher Verzögerung fällig. Finanzierungsausgaben sind (kurzfristig) oft schwerer zu beeinflussen als Aufwendungen für die Erstellung von öffentlichen Leistungen. Diese Tendenz zu den Finanzierungsausgaben signalisiert also eine Einschränkung des künftigen Budgetspielraums.

Zurückhaltung bei öffentlichen Aufträgen

1989 gab der Bund für Investitionen und laufende Käufe von Gütern und Leistungen insgesamt 77,1 Mrd. S aus, um 2,3% mehr als 1988. Dieser Ausgabenzuwachs deckt nicht ganz die Preissteigerungen, daher war real keine Ausweitung der öffentlichen Aufträge des Bundes möglich.

Die *Investitionen* des Bundes stagnierten (25,3 Mrd. S, 1988

25,4 Mrd. S), und ihr Anteil am Budgetvolumen ging daher weiter zurück und erreichte mit 4,7% einen Tiefstand. Im Durchschnitt der achtziger Jahre lag die Quote der Investitionen an den Gesamtausgaben bei 6,7% (in den siebziger Jahren noch bei 9,4%). Somit spiegelt sich in Österreich, wie auch in anderen Ländern, die Konsolidierung des Bundeshaushaltes deutlich in einer zurückhaltenden Investitionstätigkeit.

Die schwachen Investitionen sind auf die *Bauten* zurückzuführen, 1989 schränkte der Bund seine Ausgaben für Bauinvestitionen um 3% auf 16,3 Mrd. S ein (1988 16,8 Mrd. S). Er investierte vor allem in den Straßenbau (−7,6%) wie auch in bauliche Sonderanlagen der Bundesbetriebe (−3,6%) weniger als 1988. Allerdings sind gerade in diesen Bereichen die Sonderfinanzierungen besonders ausgedehnt. Für Hochbauten gab der Bund 1989 5,9 Mrd. S aus, um 3,7% mehr als 1988. In *Ausrüstungen* (Maschinen, Fahrzeuge, Einrichtungsgegenstände) investierte er 1989 9 Mrd. S — das entspricht einer Zunahme um 4,7% —, womit er diese Investitionen auch real ausgeweitet hat. Starke Zunahmen gab es bei Maschinen und verschiedenen Sonderanlagen, wogegen bei Fahrzeugen Einschränkungen erfolgten.

Die laufenden Ausgaben für Güter und Leistungen stiegen 1989 um 3,6% auf 51,8 Mrd. S. Zum Teil haben diese Ausgaben die gleiche Wirkung wie Investitionen, etwa die Instandhaltungen oder die Aufwendungen für die Landesverteidigung. Für Instandhaltungen (von Bauten und Ausrüstungen) wurden 1989 7,75 Mrd. S ausgegeben, um 11% mehr als 1988.

Die Ausgaben des Bundes, die an *private Haushalte* fließen, betragen 1989 296,2 Mrd. S (+3,3%); sie stiegen etwas rascher als die Verbraucherpreise, woraus sich auch real

Ausgaben für Aufträge

	1988 Erfolg	1989 Bundes- voranschlag Mrd. S	1989 Vorläufiger Erfolg	1988/89 Veränderung ¹⁾ In %
Investitionen	25,4	26,2	25,3	−0,4
Bauten	16,8	16,0	16,3	−3,0
Ausrüstungen	8,6	10,2	9,0	+4,7
Laufender Sachaufwand	50,0	52,8	51,8	+3,6
Insgesamt	75,4	79,0	77,1	+2,3

¹⁾ Vorläufiger Erfolg 1989 gegenüber Erfolg 1988

eine leichte Erhöhung ergab. Rund ein Fünftel des gesamten persönlichen Bruttoeinkommens in Österreich stammt aus dem Bundeshaushalt.

Mit der kräftigen steuerlichen Entlastung aus der Lohn- und Einkommensteuerreform hat der Bund 1989 erheblich zu der hohen Zunahme der

Schwache Transfers

Netto-Masseneinkommen beigetragen (+9%) und hat der privaten Nachfrage kräftige Impulse gegeben.

Der *Personalaufwand* für aktive Bundesbedienstete und Landeslehrer, deren Gehälter ebenfalls der Bund (teilweise) trägt, erforderte einschließlich der personalaufwandsähnlichen Zahlungen (z. B. Aufwandsentschädigungen) 128 Mrd S, um 4,4% mehr als 1988. Die Gehälter der öffentlich Bediensteten wurden mit 1. Jänner 1989 allgemein um 2,9% erhöht. Da die Gehälter 1988 mit 1. Juli angehoben worden waren, war der Gehaltszuwachs im 1. Halbjahr 1989 implizit höher. Dennoch nahmen die Pro-Kopf-Gehälter etwas stärker zu, als aufgrund des allgemeinen Gehaltsabschlusses zu erwarten gewesen wäre.

Die Nebengebühren (Mehrleistungsvergütungen, Erschwernis-, Gefahrenzulagen u. ä.) haben zu dieser Entwicklung nicht beigetragen, denn sie stiegen mit +2,1% unterdurchschnittlich. Auch die Ausgaben für aktive Landeslehrer wurden mit +4% (auf 22,5 Mrd S) etwas schwächer erhöht als der Personalaufwand für die Bundesbediensteten. Die Gehälter der Bundesbediensteten wuchsen 1989 pro Kopf insgesamt langsamer als die Pro-Kopf-Einkommen in der Gesamtwirtschaft.

Für *Transfers* an private Haushalte gab der Bund 1989 168,2 Mrd S aus, um 2,6% mehr als 1988. Die einzelnen Komponenten dieser Ausgaben-Gruppe entwickelten sich recht unterschiedlich. Die Pensionen der Bundesbediensteten (einschließlich Landeslehrer) stiegen um 6,1% auf 48,7 Mrd S. Daraus läßt sich schließen, daß die Zahl der Pensionisten weiter spürbar steigt, weil offenbar

immer mehr Beamte bereits vor Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand treten.

Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung durch günstige Arbeitsmarktsituation gedämpft

Die *Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung* (einschließlich der Überweisungen aus der Arbeitslosenversicherung) erforderten 1989 57,1 Mrd S um 2,9% mehr als 1988. Aufgrund der günstigen Situation auf dem Arbeitsmarkt konnten im Vergleich zum (ursprünglichen) Vorschlag rund 3,5 Mrd S eingespart werden¹⁾. Diese Minderausgaben des Bundes sind aus den höheren Beitragseinnahmen der Sozialversicherung entstanden. Zwischen den einzelnen Pensionsversicherungsträgern war die Entwicklung recht unterschiedlich. Die gute Konjunktur spiegelt sich vor allem in den Zuschüssen zu den ASVG-Pensionen, die um nur rund 1% aufgestockt wurden, wogegen die Zuschüsse an die gewerbliche Pensionsversicherung und die Bauernversicherung kräftig erhöht werden mußten, weil sich dort die Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht unmittelbar auswirkt.

Auch die Ausgaben für *Arbeitslosenunterstützung* (einschließlich Notstandshilfe und Karenzurlaubsgeld) dokumentieren die gute Wirtschaftslage. Sie sanken 1989 um 1,5% (auf 15,5 Mrd S). Hingegen erhöhten sich die Transfers aufgrund des Sonderunterstützungsgesetzes und im Rahmen der Arbeitsmarktförderung, die auch (zum Teil) aus den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung finanziert werden, um 6,5% auf insgesamt 4,2 Mrd S.

Aus demographischen Faktoren waren die Ausgaben für Familien- und Geburtenbeihilfen sowie für die Kriegsopferversorgung rückläufig. Die Ausgaben für Familienbeihilfen (einschließlich Geburtenbeihilfen und Schulfahrtbeihilfen) sanken auf 31,0 Mrd S (1988 31,3 Mrd S); die Kriegsopferversorgung erforderte 5,9 Mrd S (1988 6,0 Mrd S).

Hohe Rücklagenzuführungen prägen Finanzierungsausgaben

Die Zunahme der *Finanzierungsausgaben* ist durch den Finanzschuldenaufwand (ohne Tilgungen) und die hohen Zuführungen zu den Rücklagen und den Reservefonds (Familienlastenausgleichsfonds und Arbeitslosenversicherungsfonds) geprägt. Der *Finanzschuldenaufwand* (Zinsen und sonstiger Aufwand) betrug 1989 60,3 Mrd S, wovon 58,95 Mrd S auf Zinsen und 1,3 Mrd S auf sonstigen Aufwand (Emissionsverluste, Spesen u. a.) entfallen. Für Vorjahresvergleiche müssen die Zinsen im Zusammenhang mit den Swap-Operationen (5,2 Mrd S) ausgeschieden werden. Diese korrigierten Ausgaben für Zinsen sind gegenüber 1988 um 6,8% gestiegen. Die Zunahme ist ausschließlich auf die steigende Finanzschuld (Mengeneffekt) zurückzuführen. Der durchschnittliche Zinssatz (Preiseffekt) blieb 1989 mit 7% im Vergleich zum Vorjahr konstant. Von den gesamten Zinsaufwendungen (ohne Swap-Zinsen) entfielen 46,0 Mrd S (+6,5%) auf die Inlandschuld und 7,8 Mrd S (+9,5%) auf Auslandschulden.

Mit insgesamt 16,2 Mrd S wurden 1989 *Rücklagen* und *Reserven* besonders kräftig dotiert (1988 9,5 Mrd S), das entspricht fast der Zunahme der

Ausgaben an private Haushalte

	1988 Erfolg	1989 Bundes- vorschlag Mrd S	1989 Vorläufiger Erfolg	1988/89 Veränderung ¹⁾ In %
Personalaufwand ²⁾	122,6	125,5	128,0	+4,4
Transfers an private Haushalte	164,0	171,7	168,2	+2,6
Insgesamt	286,6	297,2	296,2	+3,3
In % des persönlichen Bruttoeinkommens	19,5	19,0	19,0	

¹⁾ Vorläufiger Erfolg 1989 gegenüber Erfolg 1988 — ²⁾ Aktive Bedienstete einschließlich Landeslehrer und personalaufwandsähnliche Ausgaben im Sachaufwand

¹⁾ Durch eine Novelle zum Bundesfinanzgesetz 1989 (BGBl. 596/1989) wurde der Vorschlag korrigiert. Die Bundeszuschüsse zur Pensionsversicherung wurden um rund 3,5 Mrd S reduziert. Die Übersichten berücksichtigen ausschließlich den korrigierten Vorschlag.

Gesamtausgaben. Davon entfielen 10,0 Mrd S auf Rücklagenzuführungen 4,8 Mrd S flossen in den Reservefonds nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz und 1,4 Mrd. S in den Reservefonds nach dem Familienlastenausgleichsgesetz. Zum Teil wirken diese Rücklagen- und Reservezuführungen wie automatische Stabilisatoren.

Ein wichtiger Teil der Finanzierungsausgaben sind die Aufwendungen für *Haftungen*, dazu gehören neben der Exportförderung auch Tilgungen und Zinsen, die der Bund für jene Kredite zahlen muß, die Sondergesellschaften und die ÖIAG aufgenommen haben. Insgesamt wendete der Bund für diese Haftungen 1989 17,3 Mrd S auf — deutlich mehr als 1988 (14,2 Mrd. S); das ist vorwiegend auf Exporthaftungen zurückzuführen. Gleichzeitig sind jedoch auch die Einnahmen im Zusammenhang mit der Exportförderung kräftig gestiegen (fast 11 Mrd S). Der in diesem Bereich entstandene Überschuß wird den Rücklagen zugeführt. Neben den Haftungen für die Kredite der ÖIAG (1989 5,55 Mrd S, 1988 4,8 Mrd S) und der ASFINAG (1989 3,1 Mrd S, 1988 3,5 Mrd S) erhielten die Creditanstalt Bankverein und die Länderbank zusammen 1,15 Mrd S (1988 1,0 Mrd S).

Die Überweisungen an andere öffentliche Rechtsträger waren 1989 mit 43,3 Mrd. S erheblich niedriger als 1988 (48,3 Mrd S), vorwiegend weil dem Technologie- und Innovationsfonds 1989 nur noch (die restlichen) 2 Mrd S überwiesen wurden (1988 6 Mrd S). Das Defizit beeinflussen diese Ausgaben nicht, denn sie wurden aus den Verkaufserlösen der Beteiligungen an den Sondergesellschaften der Elektrizitätswirtschaft finanziert. Geringer als im Vorjahr waren auch die Abgeltungen an die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB). Sie erhielten 1989 6,6 Mrd S (gegenüber 7,2 Mrd. S 1988).

Im Zuge der Konsolidierung hat der Bund die Darlehensgewährung und die Ausgaben für Beteiligungen 1989 weiter eingeschränkt; er baut diese Bankenfunktion allmählich ab. Für Darlehen gab er 1989 mit 0,72 Mrd S um 15% weniger aus als 1988. Für die Beteiligungen wendete der Bund 1,4 Mrd. S auf (1988 1,5 Mrd S). Im Vergleich zum Vor-

Ausgaben für Finanzierung

	1988 Erfolg	1989 Bundes- voranschlag Mrd S	1989 Vorläufiger Erfolg	1988/89 Veränderung ¹⁾ In %
Finanzschuldenaufwand ²⁾	51,8	55,1	60,3	+ 16,4
Transfers an andere Träger öffentlichen Rechtes				
Wohnbauförderung	15,7	15,6	16,0	+ 1,9
Technologiefonds	7,2	3,0	2,6	- 63,9
Sonstige	25,4	27,1	24,7	- 2,8
Investitionsförderung	16,9	16,3	15,8	- 6,5
Beteiligungen Darlehen	1,8	2,3	1,7	- 5,6
Transfers an Unternehmungen ³⁾	24,9	28,3	27,6	+ 10,8
Sonstige	10,8	2,9	17,4	+ 61,1
Insgesamt	154,5	150,6	166,1	+ 7,5

¹⁾ Vorläufiger Erfolg 1989 gegenüber Erfolg 1988 — ²⁾ Ohne Tilgungen; vorläufiger Erfolg 1989 einschließlich Zinsen im Zusammenhang mit Swap-Operationen in Höhe von 5,2 Mrd. S. — ³⁾ Einschließlich Haftungen

schlag wurden vor allem weniger Beteiligungen realisiert. Im Verkehrsbereich waren besonders die AUA betroffen, da der Bund seine Beteiligung nicht wie vorgesehen aufstockte.

Die Budgetkonsolidierung wirkt sich auch auf die *Wirtschaftsförderung* erheblich aus, allerdings sind einzelne Wirtschaftszweige und verschiedene Förderungsaktionen sehr unterschiedlich davon betroffen.

Für die Land- und Forstwirtschaft wurden die Förderungen 1989 deutlich eingeschränkt (6,4 Mrd S, 1988 6,9 Mrd S) insbesondere für Ausgaben im Rahmen marktordnungs-politischer Maßnahmen. Die Bergbauförderung (1989 0,75 Mrd S) und die Zinszuschüsse für Agrarinvestitionskredite (1989 0,61 Mrd S) wurden hingegen ausgeweitet.

Förderungen für den Fremdenverkehr wurden auch 1989 weiter gekürzt (0,46 Mrd S, 1988 0,48 Mrd S). Die verschiedenen Aktionen für Industrie und Gewerbe entwickelten sich recht unterschiedlich. Die Mittel für

Förderungen nach dem Gewerbe- strukturalterungs- und Verbesserungsgesetz sowie für spezielle Aktionen — etwa die Top-Aktion —, aber auch für Zuschüsse an die Finanzierungsgarantiesgesellschaft wurden eingeschränkt. Auch für die Wirtschaftsförderung wurde im Rahmen der Arbeitsmarktförderung weniger ausgegeben. Die Mittel für die BÜRGE- und die Neugründungaktion hingegen wurden aufgestockt.

Einnahmen durch Steuerreform geprägt

Die *Einnahmenstruktur* hat sich 1989 merklich verschoben. Die Steuern verloren wegen der Einnahmefälle aus der Steuerreform für die Budgetfinanzierung an Bedeutung, der Anteil der sonstigen Einnahmen stieg hingegen weiter, nicht zuletzt, weil die Vermögensveräußerungen bedeutend mehr einbrachten als 1988.

Die *Brutto-Steuererinnahmen* des

Einnahmen in ökonomischer Gliederung

	1988 Erfolg	1989 Bundes- voranschlag Mrd S	1989 Vorläufiger Erfolg	1988/89 Veränderung ¹⁾ In %
Steuern (netto)	248,0	253,5	256,7	+ 3,5
Steuerähnliche Einnahmen	68,2	69,7	71,0	+ 4,1
Betriebseinnahmen	76,8	79,8	79,2	+ 3,1
Sonstige	58,3	58,9	70,7	+ 21,3
Vermögensveräußerungen	4,5	13,1	12,1	+ 168,9
Insgesamt	451,3	461,9	477,6	+ 5,8
	In % Gesamteinnahmen			
Steuern (netto)	55,0	54,9	53,7	
Steuerähnliche Einnahmen	15,1	15,1	14,9	
Betriebseinnahmen	17,0	17,3	16,6	
Sonstige	12,9	12,7	14,8	
Vermögensveräußerungen	1,0	2,8	2,5	
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	

¹⁾ Vorläufiger Erfolg 1989 gegenüber Erfolg 1988

Steuereinnahmen

Brutto

	1988 Erfolg	1989 Bundes- voranschlag Mrd S	1989 Vorläufiger Erfolg	1988/89 Veränderung ¹⁾ In %
Steuern				
Vom Einkommen	159,1	154,9	157,0	-1,3
Von Aufwand und Verbrauch	193,6	204,3	205,5	+6,1
Von Vermögen und Vermögensverkehr	14,2	14,8	15,6	+9,9
Von den Einfuhren	8,3	8,7	8,8	+6,0
Insgesamt	375,2	382,7	386,9	+3,1
Anteile in %				
Steuern				
Vom Einkommen	42,4	40,5	40,6	
Von Aufwand und Verbrauch	51,6	53,4	53,1	
Von Vermögen und Vermögensverkehr	3,8	3,8	4,0	
Von den Einfuhren	2,2	2,3	2,3	
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	

¹⁾ Vorläufiger Erfolg 1989 gegenüber Erfolg 1988

Bundes betragen 1989 386,9 Mrd S, das entspricht einer Zunahme um 3,1%. Dadurch sank die Steuerquote (Anteil der Brutto-Steuereinnahmen am Brutto-Inlandsprodukt) auf 23,1% den geringsten Wert seit 1977 – also brachte die Steuerreform eine erhebliche Entlastung. Die Steuerstruktur verschob sich (kurzfristig) zu den Steuern vom Aufwand und Verbrauch.

Die Steuerentlastung durch die Reform betraf (ausschließlich) die Lohnsteuer. Ihr Aufkommen war mit 88,0 Mrd S um 15,4% geringer als 1988. Der Anteil der Lohnsteuer am Masseneinkommen ging auf 8,2% zurück (1988 10,5%, 1987 10,1%), den niedrigsten Wert seit 1977. 1989 verursachte die Steuerreform erheblich größere Einnahmefälle, als zunächst angenommen wurde, allerdings aufgrund zeitlicher Verschiebungen. 1990 werden somit die Einflüsse der Steuerreform auf das Aufkommen geringer sein, als ursprünglich erwartet wurde, da ein viel größerer Teil der Auswirkungen der Steuerreform bereits 1989 zum Tragen kam. Aus den Ergebnissen von 1989 läßt sich daher noch keine umfassende Schätzung über die gesamten Folgen der Steuerreform abgeben, weil sie sich über mehrere Jahre erstrecken.

Im Gegensatz zur Lohnsteuer weisen die gewinnabhängigen Steuern hohe Zuwachsraten auf. Insgesamt brachten Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer 59,1 Mrd S ein, um 17% mehr als 1988. Diese hohe Steigerungsrate ist zum Teil auf die gute Gewinnsituation des Vorjahres, zum Teil aber auch auf Auswirkungen

der Steuerreform zurückzuführen, die – im Gegensatz zur Lohnsteuer – (zunächst) Mehreinnahmen an gewinnabhängigen Steuern verursacht (Anhebung der Vorauszahlungen, Reduzierung der Investitionsrücklage usw.). Im Vergleich zum Voranschlag konnten die Mehreinnahmen aus den gewinnabhängigen Steuern die Mindereinnahmen aus der Lohnsteuer kompensieren. Kräftig stiegen auch die Einnahmen aus der Kapitalertragsteuer (auf Dividenden), die im Zuge der Steuerreform von 20% auf 25% erhöht wurde. Sie waren mit 3,17 Mrd S mehr als doppelt so hoch wie 1988. Die Kapitalertragsteuer auf Zinsen, die im Rahmen der Steuerreform eingeführt worden war, brachte Einnahmen von 3,3 Mrd S.

Die Steuern vom Aufwand und Verbrauch stiegen im Jahre 1989 mit +6,1% etwas weniger als das nominelle Brutto-Inlandsprodukt, die Mehrwertsteuer erreichte mit einem Zuwachs von 6,8% den Voranschlag recht genau. Da mit der Steuerreform der Steuersatz für Sachversicherungen von 8,5% auf 10% angehoben wurde, waren die Einnahmen aus der Versicherungssteuer 1989 um 20% höher als im Vorjahr. Die Einnahmen aus Steuern vom Vermögen und Vermögensverkehr stiegen auch 1989 überdurchschnittlich (+9,9%). Noch immer wirken in diesem Bereich die Maßnahmen aus dem dritten Abgabenänderungsgesetz 1987 und ermöglichten Mehreinnahmen aus der Vermögensteuer und dem Erbschaftsteueräquivalent.

Von den gesamten Steuereinnah-

men blieben dem Bund 256,7 Mrd S um 3,5% mehr als 1988, womit er seinen Anteil am Steueraufkommen auf 66,3% erhöhen konnte (1988 66,1%). Das hängt damit zusammen, daß Steuern, deren Einnahmen ausschließlich dem Bund gehören (ausschließliche Bundesabgaben) überproportional zunahm und das Aufkommen aus der Kapitalertragsteuer auf Zinsen, soweit es von Sparbüchern stammt, im Dezember fällig wurde und zunächst dem Bund zugerechnet wird und erst 1990 in den Überweisungen an Länder und Gemeinden enthalten ist.

Die *steuerähnlichen Einnahmen*, die für verschiedene Aufgaben vollkommen zweckgebunden sind, stiegen 1989 um 4,1% auf 71,0 Mrd S. Diesen Zuwachs dämpfte einerseits die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags von 5,2% auf 4,8% ab 1. August 1989 und andererseits der konstante Abgeltungsbetrag an den Familienlastenausgleichsfonds von 9,5 Mrd S. Nur die Einnahmen aus dem Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds waren um 7,1% höher (27,1 Mrd S).

Die *Bundesbetriebe* erzielten 1989 Einnahmen von 79,2 Mrd S (+3,1%), die sich in den einzelnen Betrieben recht unterschiedlich entwickelten. Bundestheater (+18,5%) und Bundesforste (+11%) konnten überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten erreichen. Die Einnahmewachse des Glücksspielmonopols (+4,1%) und der Post (+5,3%) entsprachen etwa dem Durchschnitt, die Einnahmen der Bahn hingegen stagnierten (+0,3%), und das Branntweinmonopol mußte starke Einnahmehinbußen hinnehmen (-13,4%).

Die stagnierenden Einnahmen der Bahn sind vorwiegend auf geringere Tarifabgeltungen zurückzuführen, aber auch der Zuwachs der Güterverkehrseinnahmen (+1,6%) war gering. Im Personenverkehr stiegen die Einnahmen um 4,4%. Die Zuwachsrate der Einnahmen der Post resultiert größtenteils aus dem Fernspreverkehr (+6,9%). Erheblich geringer sind die Einnahmewachse in anderen Bereichen der Post, im Postautoverkehr waren sie sogar rückläufig.

Die *sonstigen Einnahmen* sind recht heterogen. Insgesamt stiegen sie um 21,3% auf 70,7 Mrd S. Selbst ohne Berücksichtigung der Einnah-

men im Zusammenhang mit den Swap-Operationen war der Anstieg überdurchschnittlich (+ 12,3%) Er ist vorwiegend auf Veräußerungserlöse zurückzuführen die 12,1 Mrd S erbrachten (1988 4,5 Mrd. S); auf den Verkauf des Hauptmünzamt an die Nationalbank entfielen 8 Mrd. S. Die übrigen Einnahmekomponenten entwickeln sich unterschiedlich. Höheren Einnahmen aus Zinsen stehen geringere Einnahmen aus Dividenden und Gewinnabfuhr gegenüber

Anteil der Auslandschuld nimmt weiter ab

Der Bund nahm 1989 Kredite in Höhe von 97,4 Mrd. S auf. Davon dienten 0,6 Mrd S nicht der Budgetfinanzierung, sondern der Einlösung von IDA-Schatzscheinen (International Development Agency). Diesen Kreditaufnahmen standen Tilgungen von 34,7 Mrd. S gegenüber. Der überwiegende Teil der Budgetfinanzierung erfolgte auch 1989 im Inland. Der Anteil der Inlandschuld an der gesamten aushaftenden Finanzschuld erhöhte sich dadurch auf 84,3%. Auf die Auslandschuld entfielen Ende 1989 15,7% das ist der geringste Anteil seit 1966.

Die *inländische Finanzschuld* verlagerte sich wieder deutlicher zu den titrierten Krediten. Der Anteil der Anleihen und auch der Schatzscheine nahm wieder zu. Unter den nicht-titrierten Krediten, deren Quote von 35,6% (1988) auf 34,9% (1989) sank, haben vor allem Bankdarlehen an Bedeutung verloren, wogegen die Versicherungsdarlehen ihren Anteil erhöhten.

Auslandskredite wurden vorwiegend in Dollar und DM aufgenommen.

Die Schulden in Schweizer Franken wurden hingegen verringert.

Die Finanzschuld des Bundes betrug Ende 1989 800,2 Mrd S (1988 746,7 Mrd S). Die Zunahme von 53,5 Mrd S war deutlich geringer als das Nettodefizit, da den Kursgewinnen von 8,8 Mrd S nur Kursverluste von 0,05 Mrd S gegenüberstanden; die Zunahme der Finanzschuld schwächte sich dadurch merkbar ab.

Gerhard Lehner

International restriktive Geldpolitik

Die internationale monetäre Entwicklung des Jahres 1989 war durch eine bereits seit der zweiten Jahreshälfte 1988 restriktive Haltung der Währungsbehörden der USA geprägt. Diese übertrug sich auch auf die Geldpolitik in Europa, wo teilweise landesspezifische Faktoren — etwa in Großbritannien und in der Bundesrepublik Deutschland — die Politik des knappen Geldes verstärkten. Die in der Folge inverse Zinsstruktur kann so interpretiert werden, daß die jeglichen Preisauftriebstendenzen entgegenstehende Geldpolitik von den Finanzmärkten als glaubhaft und auch erfolgreich eingeschätzt wurde.

Die Inflationsbekämpfung ist zwar nach wie vor oberstes Ziel der Notenbank der USA. Die Verlangsamung der Teuerung vor dem Hintergrund einer Konjunkturabschwächung und der damit verbundenen Rezessionsängste ließen sie die zinspolitischen Zügel im Jahresverlauf etwas lockern. Der Diskontsatz wurde im Februar 1989

von 6,5% auf 7% erhöht, die Prime Rate stieg von 10,5% auf 11,5%. Von Dezember 1988 bis März 1989 stieg der Taggeldsatz noch um mehr als 1 Prozentpunkt während die Sekundärmarktrendite um nur 0,2 Prozentpunkte zunahm. Im März 1989 war der Höhepunkt der Zinsentwicklung in den USA erreicht. Obwohl der Diskontsatz bis heute unverändert 7% beträgt, wurde die Prime Rate im Juni und Juli (sowie zuletzt im Jänner 1990) um je ½ Prozentpunkt gesenkt. Die Zinsen bildeten sich nur langsam zurück. Von Jahresbeginn bis Ende 1989 lagen die Geldmarktzinsen über jenen des Kapitalmarktes. Das Anziehen der Sekundärmarktrendite auf 8,4% im Jänner und 8,7% im Februar 1990 läßt im langfristigen Bereich wieder höhere Renditen erzielen.

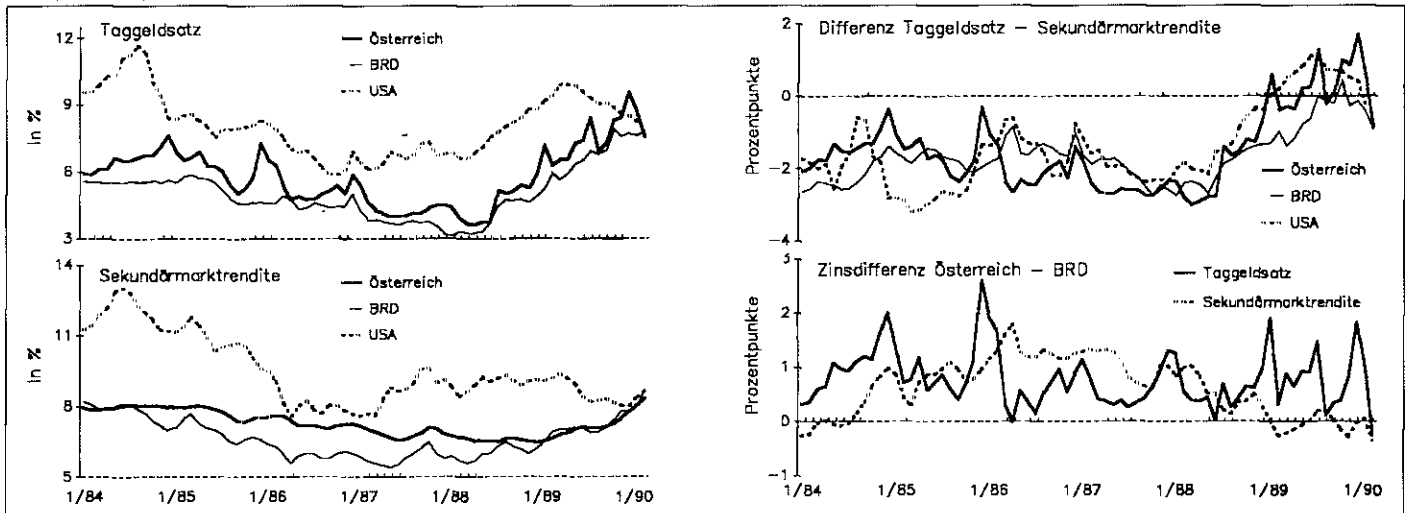
Die Notenbanken der europäischen Hartwährungsländer sahen sich durch die Zinssteigerungen Ende 1988 und Anfang 1989 in den USA und den damit verbundenen Aufwertungsdruck des Dollars veranlaßt, am 20. Jänner und am 21. April 1989 die Leitzinsen jeweils um ½ Prozentpunkt anzuheben. Im Verlauf des Jahres erhielten andere Faktoren immer größeres Gewicht und führten zu weiteren Leitzinsanhebungen. Der Anstieg des Dollarkurses im 1. Halbjahr ließ bei parallel dazu steigenden Rohstoffpreisen vor allem die Deutsche Bundesbank Inflationsgefahren sehen. Auch die anhaltend gute Konjunktur erlaubte vorerst keine Lockerung der Geldpolitik. Obwohl im 2. Halbjahr ein Rückgang des Dollarkurses einsetzte und der Abstand zwischen der Sekundärmarktrendite der BRD und jener der USA kleiner wurde, erfolgte am 30. Juni die dritte Leitzinsanhebung um ½ Prozentpunkt; weitere Notenbanken des europäischen Hartwährungsraums schlossen sich an. Dennoch geriet die DM in eine kurze Schwächephase, der mit einer neuerlichen und mit 1 Prozentpunkt recht deutlichen Erhöhung von Diskont- und Lombardsatz am 6. Oktober begegnet wurde. Die Deutsche Bundesbank setzte damit gleichzeitig ein klares Signal, Inflationserwartungen zu dämpfen.

Die Zinsauftriebstendenzen verstärkten sich angesichts der politischen Entwicklungen im Osten. Unsicherheiten über das Ausmaß an Finanzierungsbedarf für die Volkswirt-

Entwicklung der Finanzschuld

	Stand 31. Dezember 1988		Stand 31. Dezember 1989		Veränderung 1988/89 in %
	Mrd S	In % der Gesamtsumme	Mrd S	In % der Gesamtsumme	
Inlandschuld					
Anleihen	278,6	37,3	304,1	38,0	+ 9,2
Schatzscheine	71,2	9,5	91,3	11,4	+ 28,2
Notenbankschuld	0,4	0,1	0,4	0,0	0,0
Sonstige	265,7	35,6	278,5	34,9	+ 4,8
Inlandschuld insgesamt	615,9	82,5	674,3	84,3	+ 9,5
Auslandschuld					
Anleihen	113,3	15,2	116,9	14,6	+ 3,2
Auslandskredite	17,5	2,3	9,0	1,1	- 48,6
Auslandschuld insgesamt	130,8	17,5	125,8	15,7	- 3,8
Insgesamt	746,7	100,0	800,2	100,0	+ 7,2

Zinssätze im internationalen Vergleich



schaften Osteuropas im allgemeinen und die möglichen inflationären Effekte der beabsichtigten Währungsunion zwischen der BRD und der DDR im besonderen haben vor allem die langfristigen Zinssätze in der Bundesrepublik Deutschland stark in die Höhe getrieben. Die österreichische Sekundärmarktrendite hat in der Folge ebenfalls — wenngleich schwächer — angezogen und lag im Februar 1990 um knapp 0,4 Prozentpunkte unter der Sekundärmarktrendite der BRD.

Zinsdifferenz zur BRD: Gegenläufige Entwicklung auf dem Geld- und Kapitalmarkt

Die geld- und währungspolitische Konzeption der Oesterreichischen Nationalbank bringt es mit sich, daß die monetäre Entwicklung im wesentlichen durch jene in der Bundesrepublik Deutschland vorgegeben ist. Die OeNB hat zwar alle Leitzinsänderungen nachvollzogen (der Diskontsatz betrug Ende März 6½%, der Lombardsatz 8½%), Sondereinflüsse lassen die aktuelle Zinsentwicklung aber immer wieder von der deutschen abweichen. Auffallend ist das unterschiedliche Verhalten von Geld- und Kapitalmarktzinsen: Das Zinsdifferential auf dem Kapitalmarkt ist — gemessen an der Sekundärmarktrendite — gegenüber den letzten Jahren 1989 fast verschwunden, das Zinsdifferential auf dem Geldmarkt hat sich hingegen

1989 — gemessen am Taggeldsatz — auf durchschnittlich 0,9 Prozentpunkte ausgeweitet.

Ab Dezember 1988 bildete sich auch in Österreich eine inverse Zinsstruktur. Gegen Jahresende und in den ersten Jännerwochen verzeichnete der Taggeldsatz — er lag kurzfristig über 8% — einen markanten Anstieg, der sich u. a. durch liquiditätsstärkende Maßnahmen der OeNB und des Bundes¹⁾ wieder zurückbilden konnte. Spielten in der Hausse der Geldmarktzinsen im Jänner verschiedene Faktoren zusammen (siehe Handler, H., „Zinshausse zu Jahresbeginn 1989“, WIFO-Monatsberichte 1989, 62(2)), so war für die Hausse im Juli der zusätzliche Liquiditätsbedarf der Banken verantwortlich, der wie im Jänner aufgrund des Rückstands im Aufbau ihrer Mindestreserve entstand. Ein nicht voll genütztes DM-Swapangebot der OeNB verschärfte die Situation zusätzlich und ließ das Zinsdifferential zur BRD kurzfristig auf über 2 Prozentpunkte steigen. Nach einer ruhigeren Phase im August und September spannte sich die Liquiditätssituation Anfang Oktober wieder an, sodaß die OeNB ab dem 13. Oktober DM-Swaps zu 8,5% anbot.

Liquiditätsknappheit war auch charakteristisch für die folgenden Monate, in denen die angebotenen gerechneten DM-Swaps (9. November bis 4. Dezember und 4. Dezember bis 3. Jänner 1990) zu 8,5% auch stark

nachgefragt wurden (Oktober 4,2 Mrd S, November 7,2 Mrd S, Dezember 16,7 Mrd S). Der Häufung von Liquiditätsproblemen der Banken begegnete die OeNB zu Jahresbeginn 1990 mit einer Erhöhung der seit April 1987 unveränderten Refinanzierungsplafonds um 5 Mrd S auf 56 Mrd S. Zur Straffung ihrer geldpolitischen Handlungsmöglichkeit läßt sie seit 1. Februar 1990 eine verzögerte Erfüllung der Mindestreserve nicht mehr zu. Gleichzeitig wurden auch die Mindestreservesätze um ½ Prozentpunkt erhöht.

Im Gegensatz zum Geldmarkt ist auf dem Kapitalmarkt der fast schon traditionelle positive Zinsabstand zur BRD geschwunden, in sechs von zwölf Monaten war die Differenz sogar negativ.

Ursache für das Ausbilden eines Zinsdifferentials bei fixem Wechselkurs waren in den letzten Jahren einerseits die von 1984 bis Mitte 1986 geltende Zinsertragsteuer, andererseits das Auseinanderklaffen grundlegender Wirtschaftsdaten (Preisentwicklung, Budget) und ein wenig liquider Sekundärmarkt. Nach einer Annäherung in den Wirtschaftskennzahlen hätten zwar makroökonomische Überlegungen weniger Gewicht, die in Österreich nach wie vor bestehende Kapitalertragsteuer²⁾ sollte aber bei freiem Kapitalverkehr und perfekten Kapitalmärkten ein positives Zinsdifferential entstehen lassen. Materialknappheit, also fehlendes Angebot

¹⁾ Liquiditätshilfe von 5 Mrd S im Rahmen der Sonderoffenmarktlinie zum Zinssatz von 7%: 5 Mrd S aus dem Verkauf des Hauptmünzamtens an die OeNB wurden liquiditätswirksam gemacht.

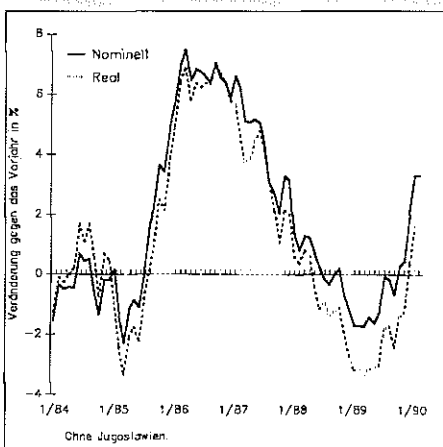
²⁾ Sie wurde in beiden Ländern mit 1. Jänner 1989 eingeführt; in der BRD aber — im Gegensatz zu Österreich — Mitte 1989 wieder abgeschafft.

bei hoher Nachfrage vor allem institutioneller Anleger, drückt die Zinsen Anzeichen für das Bestehen eines Ungleichgewichtes sind das merkbare Abfließen ertragsorientierten Kapitals inländischer Anleger und das Ausbleiben ausländischen Engagements in einem Raum, dessen Zinsniveau als unattraktiv eingeschätzt wird. Nachdem im Jahr 1987 die Einführung eines Mengentenders (zur Auflockerung der bis dahin starren Syndikatsquoten) wurde nur ein Sockelbetrag zugeteilt, eine weitere Zuteilung erfolgt u. a. nach dem Betrag der Anmeldungen) die marktnähere Ausstattung von Bundesemissionen nur unzureichend erfüllt hatte, wurde 1989 ein Preistender eingeführt (die über fixe Quoten im Anleihen Syndikat hinausgehenden Zuteilungen erfolgen im Auktionsverfahren nach Kursgeboten); weitere notwendige Verbesserungen könnten die für 1990 geplanten Zinstender (das Auktionsverfahren erfolgt nach Renditegeboten) bringen.

Schilling schwächer

Der Anstieg des Zinsniveaus in den USA ließ im Frühjahr 1989 den Dollar erstarren, der Schilling-Dollar-Kurs erreichte nach durchschnittlich 12,5 S Ende 1988 und Anfang 1989 im Juni Tageswerte von über 14 S. Mit der weiteren Zinsentwicklung gewannen die DM und die mit ihr verbundenen härteren Währungen wieder Terrain. Der nominell-effektive Wechselkursindex des Schillings weist zwar eine Aufwertung um 6,2% aus, das Ergebnis wird jedoch von der Wechsel-

Effektiver Wechselkurs des Schillings



kursentwicklung des Jugoslawischen Dinars verzerrt. Ohne Berücksichtigung des Dinars errechnet sich für 1989 – erstmals seit 1984 – eine nominell-effektive Abwertung um 0,6%. Die letzten Monate des vergangenen Jahres wie auch die ersten Monate des laufenden Jahres brachten wieder eine erhebliche nominelle Aufwertung.

Nach der relativ hohen realen Aufwertung 1986 und 1987 hat der Schilling in den letzten zwei Jahren an Wert verloren. Der real-effektive Wechselkursindex (ohne Jugoslawien) ging 1989 um 2,3% zurück: Dies unterstützte die preisbestimmte Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exportwirtschaft.

Bestehen blieben die Ungleichgewichte in den internationalen Lei-

stungsbilanzen: Zu dem neuen Höchststand des Aktivums der BRD von 52,7 Mrd \$ haben neben einer neuerlichen Steigerung des Außenhandelsüberschusses Netto-Kapitalerträge beigetragen, die sich gegenüber 1988 fast verdreifacht haben. Der Überschuss Japans schrumpfte 1989 auf 57,0 Mrd \$. Mit 105,9 Mrd \$ nahm das Leistungsbilanzdefizit der USA den niedrigsten Wert seit 1984 an.

Ausgeglichene Leistungsbilanz, geringere Netto-Kapitalimporte

Die österreichische Leistungsbilanz schloß in vorläufiger Rechnung mit einem marginalen Überschuß von 0,2 Mrd S der Saldo verbesserte sich gegenüber 1988 um 6,6 Mrd S. Das

Kapitalbilanz in Österreich und in der BRD

	Österreich			BRD		
	1988	1989	1988/89	1988	1989	1988/89
	Mrd S			Mrd DM		
			Veränderung in Mrd S			Veränderung in Mrd DM
Leistungsbilanzsaldo	- 6,4	0,2	+ 6,6	85,3	99,1	+ 13,8
Langfristiger Kapitalverkehr						
Kapitalanlagen im Ausland	- 39,4	- 51,1	- 11,7	- 96,3	- 91,2	+ 5,2
Banken	- 18,2	- 16,0	+ 2,2	- 4,1	- 15,3	- 11,2
Öffentliche Stellen	- 2,1	- 0,7	+ 1,5	- 5,6	- 5,0	+ 0,6
Privater Sektor	- 19,2	- 34,2	- 15,0	- 86,6	- 70,9	+ 15,8
Direktinvestitionen	- 2,3	- 9,4	- 7,1	- 18,5	- 20,9	- 4,3
Aktien und Investmentzertifikate	- 5,7	- 5,5	+ 0,3	- 17,1	- 8,2	+ 8,9
Wertpapiere	- 9,9	- 16,5	- 6,6	- 51,1	- 35,3	+ 15,8
Kredite	- 0,8	- 2,3	- 1,5	- 0,1	- 4,4	- 4,4
Ausländische Kapitalanlagen im Inland	46,9	51,5	+ 4,7	11,4	66,2	+ 54,8
Banken	27,2	29,9	+ 2,7	- 3,0	19,2	+ 22,2
Öffentliche Stellen	20,0	8,1	- 11,8	4,3	18,3	+ 14,0
Privater Sektor	- 0,3	13,5	+ 13,8	10,1	28,7	+ 18,6
Direktinvestitionen	5,0	6,9	+ 1,8	2,6	6,9	+ 4,3
Aktien und Investmentzertifikate	3,2	8,1	+ 4,8			
Wertpapiere ¹⁾	0,4	0,4	- 0,0	5,7	22,8	+ 17,1
Kredite	3,8	4,2	+ 0,4	2,0	- 0,9	- 2,8
Saldo	7,5	0,4	- 7,1	- 84,9	- 24,9	+ 60,0
Banken	9,1	13,9	+ 4,8	- 7,1	3,9	+ 11,0
Öffentliche Stellen	17,9	7,5	- 10,4	- 1,3	13,3	+ 14,5
Privater Sektor	- 19,6	- 20,7	- 1,1	- 76,5	- 42,1	+ 34,4
Direktinvestitionen	2,7	- 2,5	- 5,2	- 14,0	- 14,0	+ 0,0
Aktien und Investmentzertifikate	- 2,5	2,6	+ 5,1			
Wertpapiere ¹⁾	- 9,5	- 16,0	- 6,6	- 45,4	- 12,5	+ 32,9
Kredite	3,0	1,9	- 1,0	1,9	- 5,3	- 7,2
Kurzfristiger Kapitalverkehr						
Kapitalanlagen im Ausland	- 6,1	3,0	+ 9,2	- 53,8	- 135,3	- 81,5
Banken	- 5,7	3,8	+ 9,5	- 30,1	- 81,0	- 50,9
Öffentliche Stellen	- 0,0	- 0,3	- 0,3	1,0	- 4,7	- 5,6
Privater Sektor	- 0,3	- 0,4	- 0,1	- 24,6	- 49,6	- 25,0
Ausländische Kapitalanlagen im Inland	13,7	5,7	- 8,0	17,8	42,6	+ 24,8
Banken	15,4	5,8	- 9,6	10,0	24,4	+ 14,4
Öffentliche Stellen	0,0	- 0,1	- 0,2	1,3	0,9	- 0,5
Privater Sektor	- 1,7	0,0	+ 1,8	6,4	17,3	+ 10,8
Saldo	7,6	8,7	+ 1,1	- 36,0	- 92,7	- 56,7
Banken	9,7	9,6	- 0,1	- 20,1	- 56,6	- 36,5
Öffentliche Stellen	0,0	- 0,5	- 0,5	2,3	- 3,8	- 6,1
Privater Sektor	- 2,1	- 0,4	+ 1,7	- 18,1	- 32,3	- 14,2
Saldo lang- und kurzfristiger Kapitalverkehr	15,1	9,1	- 5,9	- 120,9	- 117,6	+ 3,2
Veränderung der Währungsreserven	+ 9,4	+ 8,8	- 0,5	- 32,5	- 21,6	+ 11,0

Q: OeNB DBB; - Devisenabfluß + Devisenzufluß - ¹⁾ BRD: einschließlich Aktien und Investmentzertifikate

ausgeglichene Ergebnis ist vor allem auf das um 13,5 Mrd. S. höhere Aktivum der Dienstleistungsbilanz (infolge einer deutlichen Verbesserung des Reiseverkehrsaldos) und das um 8,7 Mrd. S. höhere Plus aus der Position „Nicht in Waren oder Dienste unterteilbare Leistungen“ zurückzuführen. Die Bilanz der Kapitalerträge schloß zwar 1989 mit einem Abgang von 11 Mrd. S., er war jedoch erstmals seit 1985 etwas geringer als im Vorjahr. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen früherer Wachstumsperioden scheint das Ergebnis in der Leistungsbilanz angesichts der guten Konjunkturlage günstig, jedoch ist zu beachten, daß die Bundesrepublik Deutschland mit ähnlich hohen realen Wachstumsraten deutliche Überschüsse erzielt.

Die Kapitalbilanz weist 1989 Netto-Kapitalimporte von 9,1 Mrd. S. aus, um 5,9 Mrd. S. weniger als 1988. Der Saldo aus dem kurzfristigen Kapitalverkehr war nur geringfügig höher als 1988 (8,7 Mrd. S. nach 7,6 Mrd. S.) der Saldo im langfristigen Bereich sank jedoch deutlich (von 7,5 Mrd. S. auf 0,4 Mrd. S.). Dafür war die Einschränkung des Kapitalimports der öffentlichen Hand um 10,4 Mrd. S. ebenso maßgebend wie das um 6,6 Mrd. S. höhere Engagement von Inländern in ausländischen festverzinslichen Wertpapieren, dem keine entsprechenden Veranlagungen ausländischer Investoren gegenüberstanden. Auch die Direktinvestitionen des privaten Sektors im Ausland trugen mit einer Steigerung auf das Vierfache des Vorjahreswertes bei einer relativ geringen Zunahme der Direktinvestitionen von Ausländern zu einem Mittelabfluß im langfristigen Bereich bei. Umfangreiche Käufe von Aktien und Investmentzertifikaten durch Ausländer (8,1 Mrd. S., 1988 3,2 Mrd. S.) verhinderten eine Drehung in einen negativen Saldo. Diese Anlagen haben auch wesentlichen Anteil an der Kursentwicklung an der Wiener Börse.

Unter Berücksichtigung von Reserveschöpfung und Bewertungsänderungen (-2,7 Mrd. S.) sowie der statistischen Differenz (2,3 Mrd. S.) ergibt sich aus dem Leistungsbilanz- und Kapitalverkehrssaldo eine Zunahme der offiziellen Währungsreserven der Oesterreichischen Nationalbank um 8,8 Mrd. S. auf den Jahresendstand von 141,6 Mrd. S., swapbe-

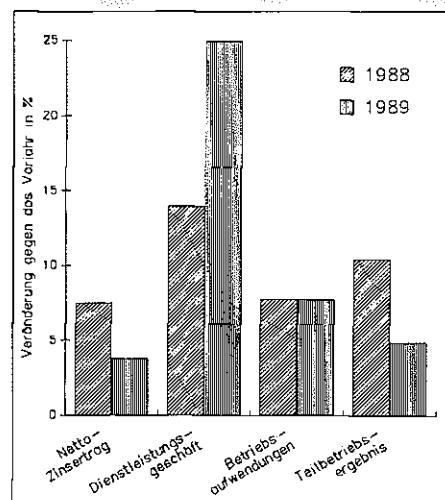
reingt jedoch ein Rückgang um 2,8 Mrd. S.

Erträge des Bankensektor schwächer

Im Bankensektor ist das Bilanzsummenwachstum zwar weiterhin mäßig, liegt aber mit +6,6% im Jahresdurchschnitt über den Zuwachsraten der letzten zwei Jahre. Verhaltensweisen der Banken nach dem Auslaufen der Ordnungspolitischen Vereinbarungen (OPV) mit 30. Juni 1989 lassen befürchten, daß das Bilanzsummenwachstum gegenüber Ertragsüberlegungen wieder an Bedeutung gewinnen könnte. Wie auch 1988 wuchs das Auslandsgeschäft überdurchschnittlich, 1989 verstärkte sich dieser Trend weiter. Auf der Aktivseite nahm es um 11,0%, auf der Passivseite um 12,6% zu. Noch immer dominierten die – vermutlich relativ wenig ertragreichen – Zwischenbanktransaktionen. Auf der Aktivseite wie der Passivseite beginnen jedoch Geschäfte mit Nichtbanken zuzunehmen: Der Anteil der Kredite stieg von 19,8% auf 22,6%, die Einlagen und eigenen Auslandsemissionen erhöhten sich von 31,1% auf 35,0%.

Die Ertragslage der österreichischen Banken verschlechterte sich allerdings etwas: Hatte das Teilbetriebsergebnis 1988 noch um 10,5%

Ertragslage der österreichischen Banken



zugenommen, so erreichte es 1989 nur ein Plus von 4,9%. Sein Anteil an der durchschnittlichen Bilanzsumme ist geringfügig gesunken. Die Halbierung der Zuwachsraten im Netto-Zinsertrag konnte auch der um 25% höhere Ertrag aus dem Dienstleistungsgeschäft nicht kompensieren.

Das Haftkapital nahm von Dezember 1988 bis Dezember 1989 mit +14,3% ähnlich stark zu wie 1988, fast ein Drittel dieses Anstiegs ging auf zugerechnetes Partizipations- und Ergänzungskapital zurück. Der Stand von 164,1 Mrd. S. entspricht 4,68% des Bilanzsummenäquivalents und übertraf im Durchschnitt die laut Novelle

Mittelaufbringung und Mittelverwendung des Bankensystems

	1986	1987	1988	1989	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
	Mrd. S.							
Inländische Mittelaufbringung								
Sichteinlagen	104,2	117,9	132,3	140,2	+ 5,7	+ 13,2	+ 12,2	+ 5,9
Termineinlagen	139,0	166,3	178,3	187,0	+ 12,9	+ 19,7	+ 7,2	+ 4,8
Spareinlagen	846,7	916,4	962,8	1.014,5	+ 7,5	+ 8,2	+ 5,1	+ 5,4
Mit gesetzlicher Kündigungsfrist	179,7	188,4	204,0	218,8	+ 4,9	+ 4,8	+ 8,3	+ 7,3
Bauspareinlagen	86,1	99,9	110,0	119,8	+ 5,0	+ 16,1	+ 10,1	+ 8,9
Eigene Inlandsemissionen	331,3	361,6	401,4	439,8	+ 12,5	+ 9,1	+ 11,0	+ 9,5
Im Bankbesitz	81,8	74,9	76,8	89,2	+ 5,5	- 8,5	+ 2,6	+ 16,1
Offenmarktpapiere	17,5	16,8	14,4	14,2	+ 12,8	- 4,0	- 14,2	- 1,8
Inländische Mittelverwendung								
Direktkredite	1.246,9	1.363,4	1.474,4	1.592,9	+ 8,5	+ 9,3	+ 8,1	+ 8,0
Fremdwährungskredite	57,7	59,0	69,4	77,2	- 5,0	+ 2,3	+ 17,6	+ 11,2
Schillingkredite	1.189,2	1.304,4	1.405,0	1.515,8	+ 9,3	+ 9,7	+ 7,7	+ 7,9
An öffentliche Haushalte	287,3	336,3	352,3	359,5	+ 17,0	+ 17,1	+ 4,7	+ 2,1
An Unternehmen	719,3	760,7	826,6	909,7	+ 4,8	+ 5,7	+ 8,7	+ 10,0
An private Haushalte	240,2	264,8	293,3	322,5	+ 10,6	+ 10,3	+ 10,8	+ 10,0
Titrierte Kredite	177,9	210,5	235,3	237,7	- 0,2	+ 18,3	+ 11,8	+ 1,0
Wertpapiere des öffentlichen Sektors	113,4	144,6	161,3	165,0	+ 1,9	+ 27,4	+ 11,5	+ 2,3
Investmentzertifikate	9,1	17,1	27,8	36,2	+ 58,9	+ 88,4	+ 61,8	+ 30,5
Auslandsgeschäft								
Auslandsaktiva	707,4	755,6	826,9	917,9	+ 2,9	+ 6,8	+ 9,4	+ 11,0
Auslandspassiva	730,3	784,6	874,9	984,9	+ 3,1	+ 7,4	+ 11,5	+ 12,6
Bilanzsumme	3.138,9	3.334,3	3.543,4	3.778,3	+ 6,6	+ 6,2	+ 6,3	+ 6,6

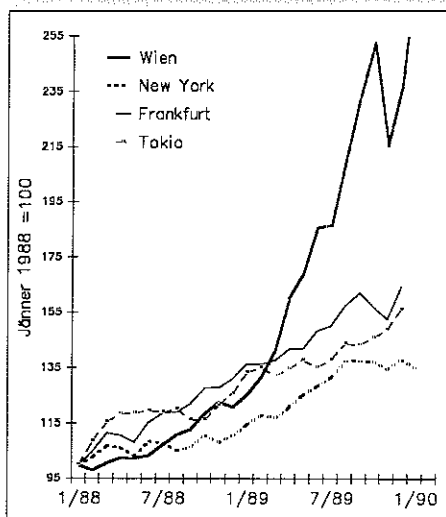
Q: OeNB

1986 zum Kreditwesengesetz zu erfüllende Norm von 4,5% Unter den Sektoren blieben nur die „Aktienbanken und Bankiers“ und die „Sonderbanken“ mit 4,38% bzw. 4,42% unter der Norm, die allerdings nach der gegenwärtigen Rechtslage erst Ende 1996 erfüllt zu sein hat

Schilling-Geldkapitallücke stark ausgeweitet

Die Struktur der Mittelaufbringung des Bankensystems verursachte 1989 ein ähnlich starkes Auseinanderklaffen der Schilling-Geldkapitallücke wie 1985 Die Sichteinlagen nahmen nach zweistelligen Zuwachsraten 1987 und 1988 im letzten Jahr um nur 5,9% zu, und auch die durch die Gestion des Bundes stark beeinflussten Termineinlagen wuchsen mit +4,8% deutlich langsamer als in den Jahren zuvor Nur die Spareinlagen expandierten mit +5,4% etwas stärker als 1988 (+5,1%), blieben aber deutlich unter der Zunahme von 8,2% aus dem Jahr 1987 Einerseits dämpft der zunehmende Trend in alternative Veranlagungen mit höheren Renditen die Zuwächse der Spareinlagen, andererseits belebten Sondereffekte deren Entwicklung in Österreich Nach dem Auslaufen der seit März 1985 bestehenden OPV — sie regelten die Konditionen für gebundene Einlagen — gewann diese Sparform auf Kosten der Eckzinseinlagen deutlich an Bedeutung Die eigenen Emissionen erhöhten sich mit +9,5% etwas weniger als 1988, allerdings hat sich der Anteil der im Publikum abgesetzten Papiere verringert Weiterhin kräftig — wenn

Internationale Börsenindizes



Strukturwandel auf dem österreichischen Kapitalmarkt

Nettoemissionen

	1985	1986	1987	1988	1989
	Mrd S				
Rentenmarkt	50,0	59,9	68,4	64,3	60,2
Einmalemissionen	31,7	44,3	52,7	49,8	56,8
Bund	15,7	28,7	35,5	24,5	24,4
Banken	14,5	13,9	13,9	27,4	27,4
Daueremissionen	18,3	15,6	15,7	14,5	3,5
Investmentzertifikate	7,6	14,8	33,4	51,3	30,9
Beteiligungsmarkt	7,6	17,1	18,1	15,4	18,9
Aktien ¹⁾	4,2	14,2	11,8	12,2	16,5
Partizipationsscheine ¹⁾	—	1,7	5,0	1,9	1,7
Genußscheine	3,4	1,3	1,4	1,4	0,7
Kapitalmarkt insgesamt	65,1	91,8	120,0	131,0	110,1

Q: OeNB. — ¹⁾ Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen und Börseneinführungen (ohne Berücksichtigung von Kapitalherabsetzungen und Kapitallösungen)

auch mit abgeschwächter Dynamik — nahmen die nicht zur Schilling-Geldkapitalbildung zählenden Veranlagungen in Aktien und Investmentzertifikaten zu, was die Bildung der Geldkapitallücke mitverursachte

Die Direktkredite wurden 1989 neuerlich mäßig und mit +8,0% sogar geringfügig schwächer als 1988 ausgeweitet Die bereits 1988 stark reduzierte Kreditnachfrage der öffentlichen Hand ist 1989 weiter zurückgegangen und hat mit +2,1% nur unwesentlich zugenommen. Schwach, wenngleich mit steigender Tendenz war auch die Nachfrage der Industrie, sie konnte Teile ihres Bedarfs aus dem Cash-flow finanzieren Getragen wird die Kreditnachfrage vor allem von der Gruppe der „sonstigen Kreditnehmer“, in der Leasing- und Holdinggesellschaften verbucht werden: Sie weitete ihre Nachfrage um 29,6% aus. Auch aus den Sektoren „Gewerbe“, „Fremdenverkehr“ sowie von den „unselbständig Erwerbstätigen und Privaten“ kommen bei guter Konjunktur Impulse. Nach zweistelligen Zuwachsraten in den Jahren 1987 und 1988 nahmen die Wertpapierkredite von Banken 1989 um nur 1,0% zu

Börsenentwicklung stellt Rentenmarkt in den Schatten

Auf dem Kapitalmarkt stellt die Entwicklung der Börse den Rentenmarkt in den Schatten Die Nettobeanspruchung des Rentenmarktes sank um 4 Mrd S — nur die Nichtbanken verzeichneten eine um 4,1 Mrd S höhere Nettobeanspruchung, die Banken reduzierten die Daueremissionen jedoch um 8 Mrd S Die Börse verzeichnete hingegen Neueinführun-

gen und Kapitalerhöhungen von Aktien und Partizipationsscheinen im Ausmaß von 18,3 Mrd S Die Marktkapitalisation erreichte Ende Dezember 1989 263 Mrd S nach 110 Mrd S zum Ultimo 1988 Der Aktienindex der Wiener Börsekammer stieg vom 29. Dezember 1988 von 242,7 auf 511,5 Punkte zum Ultimo 1989; das entsprach einer durchschnittlichen Kurssteigerung von 110,8% und bedeutete weltweit im letzten Jahr den höchsten Zuwachs

Peter Brandner

Exportaufschwung auf breiter Basis

1989 setzte sich der bereits 1988 eingeleitete Exportaufschwung weiter fort: Mit einer Zunahme der Ausfuhr um real 9,2% wurde der Zuwachs des Jahres 1988 (+9,5%) nur knapp verfehlt und das drittbeste Ergebnis der achtziger Jahre erzielt. Noch deutlicher als die Ausfuhr expandierte die Einfuhr (real +10,3%) die den höchsten Zuwachs der Dekade erreichte Der Boom im Außenhandel spiegelt die kräftige Konjunktur im In- und Ausland wider

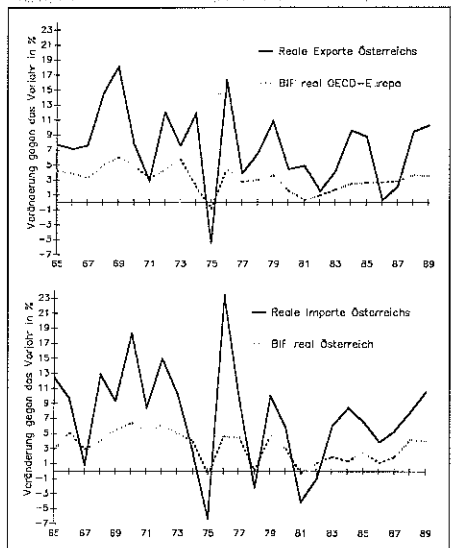
Die Exportdynamik wurde im Jahresverlauf spürbar flacher: Die Wachstumsraten verringerten sich 1989 von 15,3% in der ersten auf 12,0% in der zweiten Jahreshälfte (jeweils gegenüber dem Vorjahr) Das besonders schwache Ergebnis im Dezember (−0,8%) ist zum Teil auf die geringere Zahl der Arbeitstage zurückzuführen; arbeitstägig bereinigt

Entwicklung des Außenhandels

	Ausfuhr				Einfuhr				Handelsbilanz		Terms of Trade	
	Werte		Durchschnittspreise ¹⁾		Werte		Durchschnittspreise ¹⁾		Mrd S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mrd S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
	Mrd S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Real ²⁾	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mrd S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Real ²⁾	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
1986	342,5	- 3,2	- 3,5	+ 0,3	408,0	- 5,3	- 8,9	+ 3,9	-65,5	+11,5	+ 5,8	
1987	342,4	- 0,0	- 2,2	+ 2,2	411,9	+ 1,0	- 4,2	+ 5,4	-69,4	- 3,9	+ 2,2	
1988	383,2	+11,9	+ 2,2	+ 9,5	451,4	+ 9,6	+ 1,6	+ 7,9	-68,2	+ 1,2	+ 0,6	
1989	429,3	+12,0	+ 2,6	+ 9,2	515,4	+14,2	+ 3,5	+10,3	-86,1	-17,9	- 0,9	
1989 I. Quartal	102,4	+16,6	+ 3,4	+12,8	125,8	+20,4	+ 4,5	+15,2	-23,4	- 6,7	- 1,0	
II. Quartal	109,7	+14,1	+ 4,0	+ 9,7	132,6	+17,9	+ 4,7	+12,5	-22,9	- 6,5	- 0,7	
III. Quartal	104,0	+ 9,8	+ 1,9	+ 7,8	123,3	+ 7,9	+ 2,8	+ 5,0	-19,3	+ 0,3	- 0,9	
IV. Quartal	113,3	+ 8,3	+ 1,0	+ 7,2	133,8	+11,3	+ 1,9	+ 9,2	-20,4	- 4,9	- 0,9	
1990 Jänner ³⁾	36,3	+15,1			47,0	+13,8			-10,7	- 1,0		

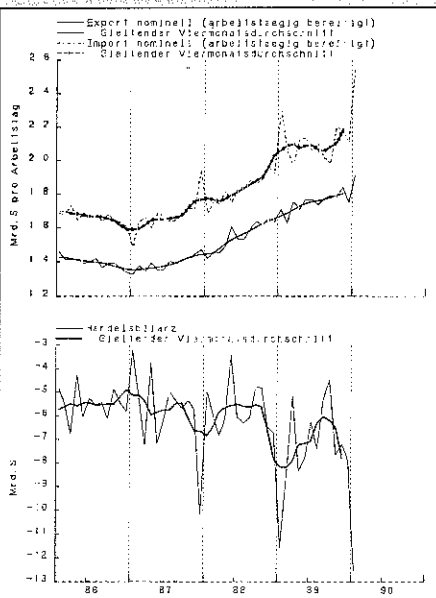
¹⁾ Adaptierte Daten: kombinierter Durchschnitts- und Echtpreisindex — ²⁾ Veränderungsrate der Werte deflationiert mit der Veränderungsrate der Durchschnittspreise — ³⁾ Vorläufig

Österreichs Außenhandel im Konjunkturverlauf



Der österreichische Export expandierte 1988 insbesondere zu Jahresende außergewöhnlich kräftig. 1989 war die geglättete Exportkurve nur noch wenig nach oben gerichtet, der Vorjahresabstand blieb jedoch bis Dezember groß. Die Importdynamik schwächte sich im Jahresverlauf nur unmerklich ab.

Entwicklung des Außenhandels Saisonbereinigt



Die Dynamik des österreichischen Exports wird maßgeblich von der Nachfrage auf den Auslandsmärkten bestimmt, die in den meisten Jahren durch das BIP-Wachstum in Westeuropa angenähert werden kann. Das kräftige Exportwachstum 1988/89 geht vor allem auf die gute Auslandskonjunktur zurück. Die Schwankungen der Importnachfrage hängen recht eng mit dem Wirtschaftswachstum in Österreich zusammen.

stieg die Ausfuhr um 7,0%. Die Dämpfung des Exportwachstums ist aus der „Konjunkturreihe Export“ (saisonbereinigte und arbeitstägig bereinigte Werte) besonders deutlich abzulesen

Probleme mit Außenhandelspreisen

Die Exportpreise sind nach Mitteilung des Österreichischen Statistischen Zentralamtes 1989 um 2,6% gestiegen die Importpreise um 3,5%¹⁾. Nominell (zu laufenden Preisen) waren die Exporte (429 Mrd S) um 12%, die Importe (515 Mrd S) sogar um 14,2% höher als im Jahr 1988. Die Außenhandelsverflechtung hat sich weiter vertieft. Die Exportquote²⁾ stieg von 24,4% 1988 auf 25,6%, der bisherige Höchstwert (1985 26,3%) wurde aber noch nicht erreicht.

Das Handelsbilanzdefizit vergrößerte sich im Vorjahr um fast 18 Mrd S auf 86 Mrd S, das entsprach 5,1% des BIP. Diese Defizitquote war höher als in den Jahren 1986 bis 1988, aber doch deutlich geringer als in den meisten Jahren seit 1971 (ausgenommen im Rezessions-

jahr 1975). Zur Vergrößerung des Handelsbilanzdefizits trugen mehrere Sonderfaktoren bei: Für den Bedarf ungarischer Touristen wurden Waren im Wert von 5,5 bis 6 Mrd S importiert; die Ausgaben der Ungarn in Österreich im Jahr 1989 (vom WIFO auf insgesamt etwa 10 Mrd S geschätzt) werden als Fremdenverkehrseinnahmen verbucht³⁾. Flugzeugimporte schlugen 1989 mit fast 4 Mrd S zu Buche (+2,5 Mrd S). Auch die Verlagerung der Importe aus dem Jahr 1988 in das Jahr 1987 (rund 3 Mrd S) infolge der Einführung des Harmonisierten Systems vergrößerte statistisch den Anstieg des Handelsbilanzdefizits im Vorjahr.

Hinsichtlich der Höhe des Handelsbilanzdefizits sind auch die im Vorjahr noch niedrigen Energiepreise auf dem Weltmarkt zu berücksichti-

¹⁾ Dies sind adjustierte Werte: Die vom Statistischen Zentralamt errechneten Durchschnittswerte („Ursprungsdaten“) werden für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nach internen Unterlagen des Statistischen Zentralamtes revidiert (für die revidierte VGR werden die adjustierten Werte nochmals revidiert). Seit einigen Jahren geben die „Ursprungsdaten“ die Preisentwicklung im österreichischen Außenhandel nicht mehr adäquat wieder (so verringerte sich 1989 der Index der Durchschnittswerte in der Ausfuhr um 2,5%, im Juni 1989 wird z. B. ein Rückgang des Indexwertes im Export um 6,6% angezeigt). Aus der Sicht des Zentralamtes bedeutet das kein Problem, da „Durchschnittswerte“ eben keine Preise sind. Offen bleibt, was Durchschnittswerte tatsächlich repräsentieren. Verschiedene Institutionen (z. B. die Oesterreichische Nationalbank; vgl. Statistisches Monatsheft, Tabellen 11.16, 11.17) werten die Durchschnittswerte als Annäherung an die Außenhandelspreise, da viele westlichen Industriestaaten ebenfalls die Durchschnittswerte den „Außenhandelspreisen“ gleichsetzen und die Ergebnisse durchaus plausibel sind. So sind etwa in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1989 die Durchschnittswerte im Export um 4,3% gestiegen, im Import um 7,3%. Da die adjustierten Daten des Statistischen Zentralamtes nur quartalsweise zur Verfügung stehen, verwendet das WIFO für die laufenden Außenhandelsanalysen einfache selbst konstruierte Preisreihen, die bisher ähnliche Ergebnisse wie die adjustierten Werte geliefert haben (WIFO-Berechnung: Preisindizes auf Basis von SITC-Dreistellen; „Ausreißer“ — die einen bestimmten vorher festgelegten Grenzwert übersteigen — werden als „Fehler“ interpretiert und eliminiert; Exporte 1988 adjustiert +2,2%, WIFO +2,2%, 1989 +2,6% bzw. +1,7%; Importe 1988 +1,6% bzw. +1,5%, 1989 +3,5% bzw. +3,3%). Um Divergenzen zur VGR zu vermeiden werden im vorliegenden Jahresbericht die adjustierten Daten eingesetzt.

²⁾ Ausfuhr in Prozent des Brutto-Inlandsproduktes.

³⁾ Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten die Importe für Ungarn das Handelsbilanzdefizit allerdings um nur etwa 1,5 Mrd S, da bereits 1988 für diesen Zweck Importe von rund 4 Mrd S (Gesamtausgaben der Ungarn 7 Mrd S) erforderlich gewesen waren.

Handelsbilanz und Leistungsbilanz in Österreich und in der BRD

	1985	1988	1989	1988	1989
	In % des BIP			Veränderung gegen das Vorjahr in % des BIP	
Österreich					
Exporte	25,9	24,4	25,6	+ 1,2	+ 1,2
Importe	31,5	28,7	30,8	+ 0,8	+ 2,1
Handelsbilanz	- 5,6	- 4,3	- 5,1	+ 0,4	- 0,8
Leistungsbilanz ¹⁾	- 0,1	- 0,4	+ 0,0	- 0,3	+ 0,4
BRD					
Exporte	29,1	26,8	28,4	+ 0,7	+ 1,6
Importe	25,1	20,7	22,4	+ 0,4	+ 1,7
Handelsbilanz	+ 4,0	+ 6,1	+ 6,0	+ 0,3	- 0,1
Leistungsbilanz ¹⁾	+ 2,1	+ 4,0	+ 4,4	+ 0,0	+ 0,4
Mrd S					
				Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd S	
Österreich					
Handelsbilanz	- 77,0	- 68,2	- 86,1	+ 1,2	- 17,9
Leistungsbilanz ²⁾	- 2,0	- 6,4	+ 0,2	- 5,3	+ 6,6
Mrd DM					
				Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd DM	
BRD					
Handelsbilanz	+ 73,4	+ 128,0	+ 134,7	+ 10,3	+ 6,7
Leistungsbilanz ²⁾	+ 38,9	+ 85,3	+ 99,1	+ 4,1	+ 13,8

¹⁾ Vorläufige Zahlen

gen. Zwischen 1985 und 1989 verringerte sich die Energiebelastungsquote (Energie in Prozent des BIP) von 4,8% auf 1,7%, das Handelsbilanzdefizit vergrößerte sich hingegen um 8 Mrd S die Leistungsbilanz verbesserte sich nur leicht. In der Bundesrepublik Deutschland, deren volkswirtschaftliche Kennzahlen für Österreich eine wichtige Orientierungsgröße sind, verdoppelte sich der Exportüberschuß in diesen vier Jahren beinahe (von 73 auf 135 Mrd DM) das Leistungsbilanzaktivum stieg von 48 auf 99 Mrd DM.

Internationaler Wettbewerb

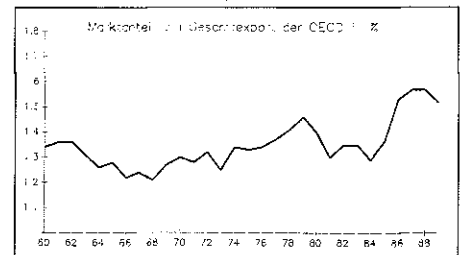
Die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes wird meist anhand der Entwicklung des Marktanteils beurteilt. Der nominelle Marktanteil ist vor allem für längerfristige Vergleiche zu bevorzugen. Seine Aussagekraft ist kurzfristig durch Wechselkursänderungen beeinträchtigt: Eine Aufwertung verbessert den nominellen Marktanteil, eine Abwertung verschlechtert ihn. Den realen Marktanteil beeinflussen Wechselkursschwankungen kurzfristig nicht⁴⁾.

Ein längerfristiger Vergleich zeigt daß Österreich im internationalen Wettbewerb erfolgreich war. Österreichs Marktanteil am Weltexport der

OECD stieg von 1,35% im Durchschnitt der Jahre 1960/1962 auf 1,56% 1986/1988. Österreichs Position im internationalen Wettbewerb wird vor allem von der Marktanteilsentwicklung in der EG bestimmt. In den sechziger und frühen siebziger Jahren — als Österreich in der EG diskriminiert war — verlor Österreich in der EG Marktanteile, seit dem Abschluß der Freihandelsverträge 1973/74 zeichnet sich ein anhaltend steigender Trend ab.

In den achtziger Jahren, insbesondere zwischen 1983 und 1987, verbesserte Österreich seine Stellung auf dem Weltmarkt deutlich. 1988 konnte Österreich seinen nominellen Marktanteil knapp behaupten, 1989 mußten nach den bisher verfügbaren

Wettbewerbsposition Österreichs im Weltexport 1960/1989



Auf Österreich entfallen etwa 1,6% der Exporte westlicher Industriestaaten. In den sechziger Jahren verlor Österreich Marktanteile am Weltexport. Seit Anfang der siebziger Jahre nimmt der Marktanteil Österreichs — mit einer Unterbrechung Anfang der achtziger Jahre — wieder zu. Vor allem die Beziehungen zur EG bestimmen Österreichs Stellung auf dem Weltmarkt. In den sechziger Jahren war Österreich in der EG diskriminiert; das hatte Marktanteilsverluste zur Folge. Seit dem Abschluß der Freihandelsverträge konnte Österreich seine Marktstellung in der EG deutlich verbessern. Die Vollenendung des EG-Binnenmarktes könnte Österreich in eine ähnliche Lage versetzen wie 1960. Um das zu vermeiden, hat sich Österreich zu einem EG-Beitritt entschlossen.

Ergebnissen (bis August) nominelle Marktanteilsverluste hingenommen werden (am Weltexport der OECD -3,3%, in der OECD -3,5%). Dazu trug 1989 statistisch auch die Abwertung des Schillings gegenüber dem Dollar bei (bis August -5,3%). 1988 gewannen vor allem die USA und Kanada Marktanteile, die meisten westeuropäischen Länder (insbesondere die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien) verloren Marktanteile. 1989 (bis August) verzeichneten die USA wieder herausragende Zuwachsraten (+6,8%) im Gegensatz dazu hatte die Schweiz beträchtliche Einbußen (-7,5%).

Marktanteile im internationalen Vergleich

	Import der OECD insgesamt		Export der OECD insgesamt					
	Nominell		Nominell		Real		Relative Exportpreise ¹⁾	
	1988	1989 ²⁾	1988	1989 ³⁾	1988	1989 ³⁾	1988	1989 ³⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Österreich	+0,1	-3,5	+0,0	-3,3	+2,1	+2,9	-2,1	-6,0
Schweiz	-2,4	-5,1	-2,4	-7,5	-	-	-	-
BRD	-2,0	-3,9	-4,0	-1,0	+0,0	+2,8	-3,6	-3,7
Großbritannien	-3,2	-3,1	-3,1	-3,7	-4,9	-2,6	+1,9	-1,1
Niederlande	-1,0	-1,5	-2,0	-4,1	+1,8	-2,0	-3,7	-2,1
Italien	-1,8	-1,0	-3,0	+0,8	-	-	-	-
USA	+7,0	+4,2	+10,6	+6,8	+10,6	+2,4	+0,0	+4,3
Japan	-1,2	-0,9	+0,0	-0,9	-2,5	-1,0	+2,6	+0,1
Kanada	-3,1	+0,5	+3,5	-3,4	-0,3	-	+3,8	-

¹⁾ Veränderungsrate der Exportpreise des Landes, dividiert durch die Veränderungsrate der Exportpreise der OECD (alle Daten auf Dollarbasis) — ²⁾ Jänner bis September — ³⁾ Jänner bis August

⁴⁾ Vgl. hierzu Stankovsky J. „Erfolge Österreichs im EG- und Ostexport“ WIFO-Monatsberichte 1989 62(2)

Auf Basis der realen Daten schnitt Österreich 1988 im internationalen Vergleich mit einem Marktanteilsge-
winn von 2,1% gut ab⁵⁾ Stark verbes-
sern konnten die USA ihre Position,
die BRD hielt ihren realen Marktanteil
nur knapp. Nach den bisher unvoll-
ständigen Ergebnissen konnte Öster-
reich auch 1989 reale Marktanteile ge-
winnen (bis August +2,9%) Auch die
Bundesrepublik Deutschland verbes-
serte ihre Position, zu den Verlierern
zählen u. a. Japan Großbritannien
und die Niederlande.

Ostexport unter den Erwartungen

Der Exportaufschwung im Vorjahr
war regional und nach Waren breit ge-
streut Die Ausfuhr in die EG — auf
die fast zwei Drittel des österreichi-
schen Exports entfallen — nahm um
12% zu der Export in die BRD expan-
dierte mit +10,4% nur unterdurch-
schnittlich Gering waren vor allem die
Lieferungen von Nahrungsmitteln
(-3,0%) und konsumnahen Fertigwar-
ren wie z. B. Bekleidung (-3,0%) Die
Importe aus der BRD sind um 11,7%
gestiegen, das Handelsbilanzdefizit
gegenüber der Bundesrepublik
Deutschland hat sich um fast
10 Mrd S auf 76 Mrd S vergrößert
Auch Großbritannien war im Vorjahr
kein Wachstumsmarkt, Exporte nach
Italien, Frankreich, Spanien sowie ins-
besondere in die Niederlande erreich-
ten hingegen beträchtliche Steigerun-
gen. Die Ausfuhr in die EFTA — für
diese Integrationsgemeinschaft sind

Strukturen des Außenhandels 1988 und 1989

	Ausfuhr		Anteil an der Gesamtausfuhr		Einfuhr		Anteil an der Gesamteinfuhr	
	Veränderung gegen das Vorjahr		Veränderung gegen das Vorjahr		Veränderung gegen das Vorjahr		Veränderung gegen das Vorjahr	
	1988	1989	1988	1989	1988	1989	1988	1989
	In %							
Regionalstruktur								
Westliche Industriestaaten ¹⁾	+12,1	+12,2	81,3	81,4	+10,2	+13,7	85,0	84,6
Westeuropa ²⁾	+12,0	+11,6	75,3	75,0	+9,1	+13,5	75,9	75,4
EG 86	+12,7	+12,0	63,8	63,8	+9,8	+13,9	68,1	67,9
BRD	+12,5	+10,4	35,0	34,5	+10,4	+11,7	44,5	43,5
Italien	+12,4	+13,3	10,4	10,5	+4,2	+15,2	8,9	9,0
Großbritannien	+15,7	+6,7	4,7	4,5	+13,1	+15,1	2,5	2,5
Frankreich	+15,1	+13,4	4,6	4,7	+6,4	+27,9	3,9	4,4
EFTA 86	+8,1	+10,6	10,7	10,6	+3,0	+9,8	7,4	7,1
Schweiz	+8,8	+12,4	7,2	7,2	+2,5	+7,1	4,4	4,1
Industriestaaten in Übersee ³⁾	+13,4	+18,9	6,3	6,7	+19,7	+16,3	9,4	9,6
USA	+10,8	+10,6	3,5	3,5	+7,5	+21,7	3,4	3,6
Japan	+25,3	+24,9	1,3	1,5	+28,9	+10,1	5,1	4,9
Oststaaten	+13,3	+10,9	9,1	9,0	+2,7	+8,9	6,4	6,1
UdSSR	+29,6	+4,3	2,9	2,7	+1,6	+1,2	1,9	1,7
Osteuropa	+7,0	+13,9	6,3	6,4	+3,2	+12,2	4,5	4,4
Jugoslawien	+14,8	+18,2	2,0	2,1	+19,2	+27,9	1,0	1,2
OPEC	+14,4	-0,2	3,0	2,6	-18,9	+30,7	1,6	1,8
Entwicklungsländer ohne OPEC	+2,0	+17,7	4,2	4,4	+18,6	+18,2	5,7	5,9
Schwellenländer in Asien ⁴⁾	+16,2	+48,7	1,0	1,3	+33,9	+7,8	2,5	2,4
Alle Länder	+11,9	+12,0	100,0	100,0	+9,6	+14,2	100,0	100,0
Warenstruktur								
Nahrungsmittel	+11,1	+15,5	3,1	3,2	+3,8	+9,0	5,0	4,8
Rohstoffe	+13,0	+13,1	5,4	5,4	+15,2	+11,4	5,4	5,3
Holz	+10,3	+23,6	2,5	2,8	+11,6	+1,2	1,3	1,1
Brennstoffe	-20,7	+11,1	1,3	1,3	-14,6	+14,7	5,6	5,7
Chemische Erzeugnisse	+20,9	+7,0	9,7	9,3	+11,8	+10,0	10,5	10,1
Bearbeitete Waren	+11,2	+12,9	32,8	33,0	+9,2	+16,4	19,1	19,5
Papier	+17,8	+12,5	6,2	6,2	+11,6	+16,2	1,9	2,0
Textilien	+5,4	+12,3	5,0	5,1	-0,5	+9,3	4,2	4,0
Eisen Stahl	+12,7	+13,3	7,5	7,6	+20,0	+28,9	2,9	3,3
Maschinen, Verkehrsmittel	+14,2	+12,9	34,1	34,4	+15,9	+15,8	36,7	37,2
Konsumnahe Fertigwaren	+6,2	+9,5	13,3	13,0	+6,9	+13,3	16,8	16,7
Alle Waren	+11,9	+12,0	100,0	100,0	+9,6	+14,2	100,0	100,0

¹⁾ OECD-Länder — ²⁾ Europäische OECD-Länder — ³⁾ OECD-Länder in Übersee und Republik Südafrika — ⁴⁾ Hongkong Korea Singapur Taiwan

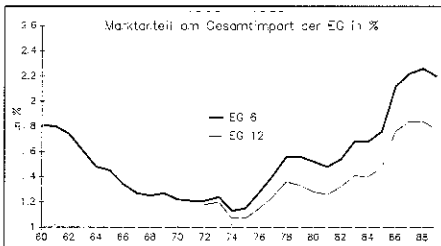
nur knapp 11% der Exporte bestimmt — nahm um 10,6% zu; die Exporte nach Schweden und Finnland sind im Vorjahr geschrumpft. Beachtliche Steigerungen erzielte der Export in die Industriestaaten in Übersee (+18,9%), insbesondere nach Japan und Australien. Obwohl die Importe aus Japan im Vorjahr um nur 10% zunahmen, hat sich das Defizit gegenüber diesem Land weiter — auf insgesamt 19 Mrd S — vergrößert

Nicht ganz den Erwartungen entsprach der Ostexport, sein Wachstum (+10,9%) blieb unter dem Ergebnis des Jahres 1988 (+13,3%). Die Ausfuhr in die UdSSR nahm um nur 4,3% zu; vor allem in den letzten vier Monaten mußte ein Rückgang um etwas mehr als 14% hingenommen werden. Dieser Exporteinbruch war auf das Auslaufen der Lieferungen von Industrieanlagen Schiffen und Stahl in die

UdSSR zurückzuführen Die Ausfuhr nach Osteuropa nahm mit +13,9% kräftiger zu als 1988 Auch Jugoslawien war für Österreich trotz Wirtschaftskrise ein guter Markt

Die Exporte in die OPEC-Staaten stagnierten im Vorjahr, allerdings waren die Ergebnisse nach Ländern sehr verschieden. Den kräftigen Zunahmen der Ausfuhr nach Nigeria und in den Iran standen Rückschläge in Saudi-Arabien und Algerien gegenüber In die Entwicklungsländer außerhalb der OPEC wurde mehr exportiert (+17,7%) vor allem dank der kräftigen Expansion der Lieferungen in die vier Schwellenländer in Asien (+48,7%). Die Exporte nach Taiwan haben sich mehr als verdoppelt, sie entsprachen mit 1,9 Mrd S fast der Ausfuhr in die Volksrepublik China. Die Lieferungen nach Südkorea, Hongkong und Singapur stiegen je-

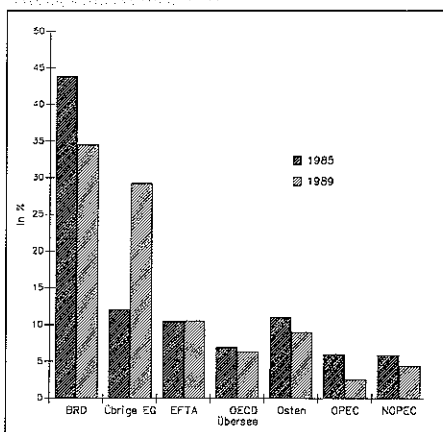
Wettbewerbsposition Österreichs in der EG 1960/1989



Zwischen 1985 und 1989 ist der Exportanteil der EG um 8 Prozentpunkte gestiegen, der Anteil der EFTA blieb gleich, alle anderen Regionen haben als Absatzmärkte an Bedeutung verloren. Stark zurückgegangen ist vor allem der Export in die OPEC-Staaten.

⁵⁾ Der Vergleich wird allerdings dadurch erschwert, daß für zahlreiche Länder (offenbar infolge der Umstellung auf das Harmonisierte System) 1988 keine Außenhandelspreise und deshalb auch keine realen Marktanteile verfügbar sind

Regionalstruktur der österreichischen Exporte



weils um etwa 30%. Auch den anderen aufstrebenden Ländern dieser Region widmet die österreichische Exportwirtschaft offenbar mehr Aufmerksamkeit. Die Ausfuhr nach Thailand und Malaysia ist um jeweils 37% gestiegen

Konsumgüterexport schwach

Die kräftige Auslandsnachfrage kam annähernd gleichmäßig den im österreichischen Export wichtigen Warengruppen zugute. Die Tendenz einer Strukturumschichtung zu hochwertigen Waren (Maschinen und Verkehrsmittel) setzte sich weiter fort, doch auch der Exportanteil von Vorprodukten der Industrie (bearbeitete Waren) ist leicht gestiegen. Wie schon in den Vorjahren nahm auch 1989 die Bedeutung des Exports konsumnaher Fertigwaren ab. Auf Maschinen und Fahrzeuge entfallen 34% der österreichischen Ausfuhr; die wichtigsten Positionen in diesem Bereich sind Motoren (fast 19 Mrd S) — die einen Exportzuwachs von 23,6% erreichten —, Fernsehgeräte (8,4 Mrd S, +23,0%) und Kfz-Teile (7 Mrd S +18,8%). Rückläufig war infolge des Preisverfalls der Export von Chips (—35,3%) Industrielle Vorprodukte (bearbeitete Waren) stellen ebenfalls ein Drittel des österreichischen Exports getragen wird dieser Sektor von Stahl (32,6 Mrd S), Papier (26,7 Mrd S) sowie Textilien (21,7 Mrd S). In diesen Warengruppen betrug die Exportsteigerung jeweils etwa 13%. Etwas schwächer entwickelten sich die Exporte konsumnaher Fertigwaren (+9,5%), insbesondere die Ausfuhr von Schuhen (+1,7%) und Beklei-

dung (+3,6%) stagnierte. Gute Ergebnisse wurden im Export von Nahrungsmitteln (+15,5%) sowie Holz (+23,6%) erreicht

Auch die *Importnachfrage* war im Vorjahr breit gefächert; überdurchschnittlich stiegen die Lieferungen bearbeiteter Waren (Stahl +28,9%) sowie von Maschinen und Fahrzeugen (+15,8%), unterdurchschnittlich die von Nahrungsmitteln, Rohstoffen und chemischen Erzeugnissen. Unter den Maschinen nahmen die Importe von Waren in Zusammenhang mit EDV (insbesondere von EDV-Teilen: +34,8%) stark zu (ausgenommen Chips: —9,0%). Die Einfuhr von Pkw wuchs mit +13,2% langsamer als 1988 (+28,8%). Der Importanteil der Pkw nahm seit dem Energiepreisverfall (1986) merklich zu und übersteigt mit 6,8% das Niveau vor der ersten Energieverteuerung 1973/74. Die Importausgaben für Pkw werden — je nach Berechnung — durch Zulieferungen für die ausländische Kraftfahrzeugindustrie gedeckt bzw sogar überschritten. Allein der Bruttowert der Motorenexporte entspricht mehr als der Hälfte des Wertes der Pkw-Einfuhr (35 Mrd S). Zu berücksichtigen ist freilich, daß im Export von Motoren ein erheblicher Teil auf importierte Vorleistungen entfällt. Die außenwirtschaftliche Verflechtung Österreichs in die Kraftfahrzeugindustrie wird durch die für 1992 vorgesehene Aufnahme der Produktion von Kombifahrzeugen (in einem gemeinsam von Chrysler und Steyr-Daimler-

Puch bei Graz betriebenen Werk) weiter vertieft. Diese wiederholt totgesagte Produktionssparte zeichnet sich seit einiger Zeit durch überdurchschnittliche Dynamik aus. Die Rückkehr Osteuropas zu Demokratie und Marktwirtschaft wird sicher die Pkw-Nachfrage dieser Region beleben — allerdings erst mittelfristig, nach Überwindung der Übergangsprobleme

Brennstoffe noch billig

Die Importe von Brennstoffen expandierten im Vorjahr um 3,7 Mrd S auf 29,2 Mrd S (+14,7%). Zu dieser Zunahme haben Preissteigerungen von 12,9% beigetragen, real wurde um 1,6% mehr Energie importiert. Die Energiebelastungsquote (Anteil am BIP) war im Vorjahr geringfügig höher als 1988 (1,6% nach 1,7%) an historischen Standards gemessen aber weiterhin außergewöhnlich niedrig: Im Jahr 1973, vor der ersten Energiepreiskrise hatte sie 1,8% betragen, 1981, im Höhepunkt der zweiten Krise, 5,9%. Von den gesamten Importen entfielen im Vorjahr auf Energie nur 5,7%, im Vergleich zu 7,5% 1973 bzw 18,7% 1981

Der Weltmarktpreis von Rohöl ist im Jahresdurchschnitt 1989 um etwa 20% gestiegen. Der Spotmarktpreis betrug 16,2 \$ je Barrel, der österreichische Importpreis 18,7 \$ je Barrel. Auch die Dollaraufwertung (+7,1%) hat das importierte Erdöl verteuert

Erdöl- und Erdgaseinfuhr

		1981	1988		1989	
			Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Rohöl¹⁾						
Menge	Mill. t	7,5	5,6	5,9	- 9,7	+ 4,8
Wert	Mrd. S	32,8	8,2	10,9	-25,1	+32,8
Preis	S je 100 kg	435,1	145,5	184,3	-17,1	+26,7
Erdölprodukte²⁾						
Menge	Mill. t	2,4	3,6	3,6	+ 0,3	+ 1,3
Wert	Mrd. S	32,8	6,9	7,9	-10,1	+15,2
Preis	S je 100 kg	459,6	193,3	219,8	-10,4	+13,8
Erdgas						
Menge	Mrd. m ³	4,0	3,8	4,0	- 4,5	+ 6,7
Wert	Mrd. S	8,4	4,0	4,0	-10,5	- 1,0
Preis	S je 100 m ³	277,1	106,8	99,1	- 6,3	- 7,2
Brennstoffe Energie³⁾						
Wert						
Real ⁴⁾	Mrd. S	64,4	26,6	29,7	- 4,5	+ 2,5
Nominell	Mrd. S	62,4	25,5	29,2	-14,6	+14,7
Preisindex	1979=100	96,9	96,0	98,4	-10,6	+11,9
Energiebelastungsquote	in % des BIP	5,9	1,6	1,7	- 0,4 ⁵⁾	+ 0,1 ⁵⁾

¹⁾ Handelsstatistische Nummer 2709 00 100 — ²⁾ SITC 334 + 335 — ³⁾ SITC 3 — ⁴⁾ Zu Preisen von 1979 — ⁵⁾ Prozentpunkte

Österreichischer Importpreis von Rohöl

		1988		1989		1989			
				IV Qu	I Qu	II Qu	III Qu	IV Qu	
Spotpreis ¹⁾	\$ je Barrel	13 4	16 2	11 4	15 2	16 6	15 9	17 1	
Österreichischer Importpreis ²⁾	\$ je Barrel	15 9	18 7	13 9	17 0	19 2	18 2	20 3	
Österreichischer Importpreis ²⁾	\$ je t	118 0	138 7	103 6	126 2	142 5	135 4	150 7	
Wechselkurs	S je \$	12 35	13 23	12 48	13 01	13 60	13 54	12 76	
Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Spotpreis ¹⁾	\$ je Barrel	-21 9	+20 6	-31 1	+ 2 7	+12 6	+24 4	+50 0	
Österreichischer Importpreis ²⁾	\$ je Barrel	-14 9	+17 7	-27 4	- 0 8	+14 5	+15 9	+45 5	
Wechselkurs	S je \$	- 2 3	+ 7 1	+ 3 9	+10 4	+13 3	+ 3 2	+ 2 3	

¹⁾ Arabian light spot price — ²⁾ Frei österreichische Grenze

Im Jahresdurchschnitt erreichte die Preiserhöhung auf Schillingbasis 26,7%. Der Preisanstieg beschleunigte sich im Jahresverlauf, von 9,5% im I. Quartal auf 48,7% im IV. Quartal. Anfang 1990 gab der Erdölpreis auf den Weltmärkten zwar wieder etwas nach, doch muß allein aufgrund der Preiskurve von 1989 heuer mit einer deutlichen Erdölverteuerung — und entsprechender Belastung der Handels- und Leistungsbilanz — gerechnet werden. Real nahm die Erdöleinfuhr um 4,8% zu.

Die Importpreise von Erdölprodukten stiegen im Jahresdurchschnitt mit +13,8% viel langsamer als jene von Erdöl, die Ergebnisse der einzelnen Produkte waren allerdings sehr unterschiedlich. Heizöl — das im Preiswettbewerb mit Erdgas steht — wurde sogar billiger (-2,4%), Superbenzin wurde um 23,5%, die sonstigen Erdölprodukte um 10,2% teurer. Die Importmengen von Erdölprodukten nahmen nur wenig zu (+1,3%).

Der Erdgaspreis folgt erst mit einem zeitlichen Abstand der Preisentwicklung von Rohöl. Im Jahr 1988 kosteten 1 000 m³ Erdgas frei österreichische Grenze nur 991 S, das entsprach im Vorjahresvergleich einer Verbilligung um 7,2%. 1985 hatte dieselbe Menge Erdgas fast dreimal so viel gekostet (2 911 S). Ende 1989 zogen die Erdgaspreise wieder an. Die Importmengen von Erdgas sind um 6,7% gestiegen.

Vom österreichischen Energieimportwert entfielen 37,3% auf Erdöl, 27,1% auf Erdölprodukte. Deutlich ging in den vergangenen Jahren der Importanteil von Heizöl (1989 nur 2,5%) zurück, stark ausgeweitet

wurde hingegen die Einfuhr von Gasölen (8,2%) und Schmierölen (6,2%). Der Anteil von Erdgas am Wert der Energieimporte betrug 13,6%, der von Kohle 16,2%, von elektrischem Strom 4,6%. Die wichtigsten Lieferanten von Erdöl waren im Vorjahr Algerien (30,6%), Libyen (18,4%) und der Iran (12,6%).

Neue Dimensionen der österreichischen Handelspolitik

Die österreichische Handelspolitik hat sich in den vergangenen Jahren ruhig entwickelt. Sie war vor allem durch die Zusammenarbeit im Rahmen des Freihandelsabkommens EG—Österreich, der EFTA, der OECD, des GATT, des Internationalen Währungsfonds sowie anderer Institutionen bestimmt⁶⁾. Das Jahr 1989 bedeutete in zwei Bereichen einschneidende Zäsuren, welche die künftige Entwicklung des österreichischen Außenhandels, darüber hinaus aber der gesamten österreichischen Wirtschaft und Politik maßgeblich beeinflussen könnten.

Am 17. Juli 1989 hat Österreich den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft beantragt. Das Beitrittsansuchen, das sich auf Art 237 des EWG-Vertrages stützt, enthält eine Neutralitätsklausel. Zuvor hatte am 4. Juli 1989 der Ministerrat das EG-Beitrittsansuchen beschlossen, nachdem das österreichische Parlament am 29. Juni 1989 mit großer Mehrheit einen Bericht der Bundesregierung gebilligt hatte, der den EG-Beitritt empfahl. Dieser Beschlüßfassung war eine etwa zwei Jahre dauernde Diskussion vorausgegangen, in der die

Vor- und Nachteile einer EG-Mitgliedschaft Österreichs ausführlich erörtert wurden. Das WIFO trug zu dieser Diskussion mit verschiedenen Studien bei⁷⁾, die insgesamt ein Überwiegen der Vorteile einer EG-Mitgliedschaft gegenüber den Nachteilen ergaben. Vorbereitende Beitrittsgespräche zwischen Österreich und der EG werden voraussichtlich schon bald aufgenommen werden, doch ist mit grundlegenden Entscheidungen kaum vor 1992 zu rechnen. Die EG will sich bis dahin auf die Vollendung des Binnenmarktes konzentrieren.

Parallel zum Beitrittsantrag nimmt Österreich aktiv an der Vorbereitung des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) von EG und EFTA teil. Aus österreichischer Sicht ist der EWR ein nützliches Instrument zur Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Integrationsgruppen und zur Verringerung der administrativen Handelshemmnisse, er kann aber keineswegs als Ersatz für den EG-Beitritt gesehen werden.

Als Vorbereitung auf den EG-Beitritt hat Österreich Anfang 1990 für etwa 1 800 Zolltarifpositionen (von insgesamt 8 000 Positionen) die Zollsätze um 30% gesenkt. Diese Zollsenkung wird die österreichischen Zolleinnahmen um rund 500 Mill. S verringern. Die durchschnittliche Zollbelastung des österreichischen Imports (1989 1,1%) wird um etwa 0,1 Prozentpunkt zurückgehen. Reduziert wurden vor allem Zölle, deren Tarife in Österreich über jenen in der EG lagen. Diese Zollsenkung ist eine Vorleistung Österreichs im Rahmen der laufenden „Uruguay-Runde“ des GATT. Die im September 1986 begon-

⁶⁾ Diese internationale Wirtschaftskooperation wird ausführlich in den laufenden „Außenpolitischen Berichten“ des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten dokumentiert.

⁷⁾ Einen Überblick bieten u. a. Breuss F., Handler H., Stankovsky J., „Österreichs Wirtschaft und die EG. Ergebnisse aus WIFO-Studien“, WIFO-Monatsberichte 1989 62(4).

nenen Verhandlungen — die bis Ende 1990 abgeschlossen sein sollen — haben nicht nur Zollsensungen zum Gegenstand, sondern auch den Handel mit Dienstleistungen, handelsbezogene Aspekte des geistigen Eigentums sowie handelsbezogene Investitionsmaßnahmen. Darüber hinaus sollen die GATT-Regeln und Disziplinen auch auf den Handel mit Agrarprodukten ausgedehnt werden.

Im Jahr 1989 ging in Osteuropa die Ära des Totalitarismus und der Planwirtschaft plötzlich und unerwartet zu Ende. Alle Länder dieser Region streben eine demokratische und marktwirtschaftlich orientierte Gesellschaftsordnung an. Für Österreich, das mit diesen Ländern nicht nur durch räumliche Nähe, sondern auch durch Tradition, gegenseitiges Verständnis und — im Vergleich zu anderen westlichen Ländern — immer noch relativ enge Wirtschaftsbeziehungen verbunden ist, ergeben sich aus diesem Aufbruch besondere Chancen, die die österreichischen Unternehmen und die österreichische Wirtschaftspolitik allerdings auch wahrnehmen müssen. Im Bereich der Handelspolitik wurden bereits einige wichtige Schritte gesetzt: Anfang 1990 hat Österreich Polen in das Allgemeine Präferenzsystem (Zollsensungen) einbezogen; Ungarn war diese Konzession bereits Mitte 1988 zugestanden worden. Diese anfangs wiederholt kritisierte Maßnahme wurde nachträglich dadurch gerechtfertigt, daß sie auch die EG vor kurzem nachvollzogen hat. Österreich wird sich an der in Gründung befindlichen europäischen Ost-Entwicklungsbank (EBWE) beteiligen. Ein von der Finanzierungsgarantie-Gesellschaft betreuter Ost-Garantiefonds, der für österreichische Investitionen im Osten (möglicherweise auch in anderen Ländern) einen Teil des kommerziellen Risikos absichern wird, nimmt seine Tätigkeit voraussichtlich Anfang April 1990 auf. Für die Ausbildung von Managern aus dem Osten stellen verschiedene österreichische Institutionen beträchtliche Mittel zur Verfügung.

Das WIFO wird der Entwicklung im Osten erhöhte Aufmerksamkeit

widmen. Drei Studien zu diesem Themenbereich sind bereits erschienen⁸⁾; weitere Untersuchungen sind vorgesehen.

Jan Stankovsky

Trendwende im Tourismus

Das Jahr 1989 brachte für den österreichischen Tourismus neuerlich hervorragende Ergebnisse. Nach einer Einnahmensteigerung von 12½% im Jahr 1988 konnte im Vorjahr mit 12% eine ähnlich kräftige Zuwachsrate verzeichnet werden; die Einnahmen aus dem Ausländerreiseverkehr stiegen mit +13½% stärker als die Aufwendungen der Inländer für Österreich-Reisen (+5½%). Zuwachsraten in dieser Höhe waren seit der ersten Hälfte der siebziger Jahre nicht mehr erreicht worden.

Insgesamt erwirtschaftete der Tourismus 1989 164 Mrd S, der Beitrag zum BIP dürfte damit von 7½% (1988) auf fast 8% gestiegen sein.

Die Nächtigungen übertrafen 1989 mit einem Volumen von 123,8 Mill. (+7%) den bisherigen Rekord des Jahres 1981 um 2,7 Mill.

Im internationalen Vergleich sind die Einnahmen Österreichs aus dem internationalen Reiseverkehr 1989 laut OECD rascher gewachsen als die der europäischen Destinationen insgesamt.

Die kräftige Nachfragedynamik im österreichischen Tourismus läßt sich

auf folgende Hauptfaktoren zurückführen:

Die günstige Konjunktursituation in Europa und der *Optimismus* bezüglich der Arbeitsmarkt- und Real-einkommenssituation sowie der erhofften Impulse eines europäischen Binnenmarktes stimulierten die Tourismuskonsumnachfrage; zusätzlich förderte die Steuersenkung in Österreich den Binnenreiseverkehr.

Der Rückgang des realen Wechselkurses um 2,3% bewirkte eine relative *Verbilligung* des touristischen Angebotes.

Die *Liberalisierung in Osteuropa* und in der UdSSR ließ die Zahl der Besucher aus diesen Ländern deutlich steigen. Ohne die DDR¹⁾ und Jugoslawien betrug das Nächtigungsvolumen im Jahresdurchschnitt 1989 rund 1,3 Mill. (+25,7%) oder 1,4% der gesamten Ausländernächtigungen. Im Fremdenverkehrsjahr 1936/37 war der Anteil mit 38% viel höher gewesen, die größte Bedeutung hatten die Gäste aus der Tschechoslowakei (19,4%) und aus Ungarn (10,5%) gehabt. Die Zahl der Nächtigungen von Besuchern aus Bulgarien, Polen, der ČSFR und der UdSSR wuchs kräftig, die der Rumänen und der Ungarn ging dagegen zurück.

In der rückläufigen Nächtigungszahl von Ungarn in Österreich spiegeln sich auch die restriktiven Zoll- und Devisenmaßnahmen. Viel bedeutender als der Übernachtungstourismus sind die überwiegend einkaufsorientierten Tagesreisen der Ungarn nach Ostösterreich. Obwohl die Einkaufswelle aus Ungarn im Laufe des Jahres wegen restriktiver Maßnahmen

Nächtigungsentwicklung nach der Herkunft

	1988			1989		
	Winter- halbjahr	Sommer- halbjahr	Kalender- jahr	Winter- halbjahr	Sommer- halbjahr	Kalender- jahr
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Übernachtungen in allen Fremdenunterkünften	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,5	+ 7,0
Inländer:	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 3,5	+ 2,4
Aus Wien	- 2,7	- 3,2	- 3,2	- 1,3	- 0,6	- 0,6
Aus den anderen Bundesländern	+ 1,9	+ 3,0	+ 2,6	+ 1,4	+ 5,8	+ 4,0
Ausländer:	+ 3,0	+ 2,4	+ 2,2	+ 4,9	+ 5,8	+ 8,4
Aus der BRD	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 5,7	+ 4,9	+ 6,8
Aus Frankreich	- 7,2	+ 2,6	- 0,6	+ 1,2	+ 11,6	+ 9,3
Aus Großbritannien	+ 3,3	- 2,5	- 0,9	+ 5,6	+ 14,0	+ 12,0
Aus Italien	+ 34,6	+ 17,2	+ 23,7	+ 35,9	+ 26,2	+ 33,3
Aus den Niederlanden	+ 4,1	- 0,5	- 0,6	+ 4,4	- 2,9	+ 4,2
Aus den USA	- 8,1	- 6,4	- 7,5	- 3,4	+ 11,0	+ 6,7

⁸⁾ Butschek F., „Geopolitische Situation und Wirtschaftsentwicklung. Erste Überlegungen zu Österreichs Position im gewandelten Europa“, WIFO-Monatsberichte 1990, 63(3); Kramer, H., Stankovsky J., „Deutsch-deutsche Währungs- und Wirtschaftsunion. Bestandsaufnahme und mögliche Auswirkungen auf Österreich“, WIFO-Monatsberichte, 1990, 63(3); Stankovsky J., „Österreich und das COCOM“, WIFO-Monatsberichte 1990, 63(3).

¹⁾ Die DDR wird in der amtlichen Statistik als Herkunftsland nicht ausgewiesen.

Struktur der Übernachtungen von Gästen aus Osteuropa

	1936/37 ¹⁾	1989
	Anteile in %	
Ungarn	10,5	0,8
Rumänien	2,6	0,0
ČSFR	19,4	0,2
Polen	4,8	0,2
UdSSR	0,1	0,3
Osteuropa	37,4	1,3
Ausländernachtungen insgesamt	100,0	100,0

¹⁾ 1. November 1936 bis 31. Oktober 1937

abflachte, stieg die Zahl der Grenzübertritte von Ausländern aus Ungarn im Jahresdurchschnitt von 4,4 Mill (1988) auf 9,4 Mill (1989); obwohl diese Zahlen durch Touristen aus der BRD und durch die Welle der Ausreise von DDR-Bürgern über Ungarn in den Westen nach oben verzerrt sind, spiegeln sie doch weitgehend die Grenzübertritte von Ungarn wider. Nach verschiedenen Schätzungen gaben Ungarn 1989 in Österreich insgesamt gut 10 Mrd S aus. Das ist um rund ein Viertel mehr als im Jahr davor, als der Einkaufstourismus sprunghaft eingesetzt hatte. Ähnlich dürften Tages-Einkaufsreisen von Jugoslawen stark zugenommen haben und einen höheren Stellenwert einnehmen als der Übernachtungstourismus. Emporgeschwungen sind überdies die Grenzübertritte von Ausländern aus der ČSFR (1988 1,3 Mill., 1989 6,4 Mill.)

Die Wintersaison 1988/89 war ähnlich wie 1987/88 durch eine unbefriedigende *Schneelage* gekennzeichnet. In diesem „grünen Winter“ mußten der Süden Österreichs sowie die Konkurrenzdestinationen in Südtirol und zum Teil auch in der Schweiz und in Frankreich Nachfrageeinbußen hinnehmen. Die österreichischen Wintersportgebiete mit guten Schneebedingungen profitierten dagegen deutlich von der Nachfrageverlagerung; dies trug zum insgesamt guten Abschneiden Österreichs in der Wintersaison bei.

Der österreichische Tourismus war strukturbedingt durch den herrschenden Südtrend innerhalb Europas stark benachteiligt. Die Verschlechterung der *Umweltbedingungen* in den Mittelmeerländern sowie Sättigungstendenzen lassen den Alpenraum jedoch wieder konkurrenz-

fähig erscheinen. In Fachkreisen wird das Phänomen mit dem Schlagwort der „Rückkehr des Bergsommers“ umschrieben. Dies gilt sowohl für die Nachfrage aus dem Ausland als auch aus dem Inland.

Die langjährigen Bemühungen, das *touristische Angebot* zu modernisieren und vielfältiger zu gestalten, dürften seit dem Sommer 1988 Früchte tragen und zum Erfolg maßgeblich beigetragen haben.

Die Ausgaben der Österreicher für Auslandsreisen sind 1989 mit nominell +9% (real +4½%) trotz der deutlichen Steigerung der verfügbaren Einkommen schwächer gestiegen als 1988. Der Überschuß der Reiseverkehrsbilanz nahm von 43,2 Mrd S 1988 auf 52,5 Mrd S 1989 bzw. 3,1% des BIP zu.

Deutliche Entwicklungsunterschiede zwischen Winter- und Sommersaison

Die gute Auslastung der Schisportregionen mit zufriedenstellender Schneelage und der relativ kräftige Trend zur Qualität hatten zur Folge, daß insgesamt die Einnahmesteigerung im Winter 1988/89 höher ausfiel als in der Sommersaison. Dies zeigt sich insbesondere für die Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr (wenn auch die Einkaufstätigkeit der Ungarn die Struktur der Veränderungsraten etwas verzerrte). Die im Vergleich zur Auslandsnachfrage weniger bedeutende Nachfrage der Österreicher nach inländischen Reisezielen stieg in der Sommersaison dagegen etwas stärker als in der Wintersaison. Ähnliche Entwicklungsun-

terschiede gelten auch für die Ausgaben der Österreicher im Ausland.

Die Zahl der Übernachtungen im Ausländerreiseverkehr stieg im Winter und Sommer mit jeweils +6½% etwa gleich stark, im Inländerreiseverkehr war hingegen in der Sommersaison eine deutlich höhere (und auch über dem langfristigen Trend liegende) Nächtigungszuwachsrate zu verzeichnen als in der Wintersaison.

Im Städtetourismus entwickelten sich die Ausländernachtungen in beiden Saisonen überdurchschnittlich. Die Nachfrage der Inländer wuchs nur in der Wintersaison kräftiger als im Österreich-Durchschnitt.

Unter den im internationalen Reiseverkehr wichtigen Herkunftsländern konnten in beiden Saisonen deutliche Nächtigungszuwächse von Gästen aus der BRD, aus Großbritannien, Belgien, der Schweiz, Frankreich und Italien erzielt werden. In der Wintersaison blieben die Übernachtungen der Gäste aus den USA, aus Schweden und Jugoslawien unter dem Vorjahresergebnis, in der Sommersaison dagegen sank die Nachfrage der Niederländer und der Ungarn.

Die Quartiere der Kategorien A und B sowie die Ferienwohnungen bzw. -häuser gewannen weiter an Bedeutung; in der Sommersaison war dieser Trend zur höheren Qualität besonders ausgeprägt. Die Nachfrage nach C/D-Quartieren expandierte in beiden Saisonen relativ schwach. Im Winter stiegen die Buchungen von Ferienwohnungen etwa doppelt so stark wie im Sommer. Die Übernachtungen in Privatquartieren und auf Campingplätzen entwickelten sich in der Wintersaison ähnlich wie im Österreich-Durchschnitt, in der Som-

Verteilung der Umsätze und Nächtigungen auf die Bundesländer in der Wintersaison 1988/89

	Umsätze insgesamt		Nächtigungswirksame Umsätze ¹⁾		Nächtigungen	
	Anteile in %	Rang	Anteile in %	Rang	Anteile in %	Rang
Tirol	43,6	1	44,6	1	42,9	1
Salzburg	24,1	2	24,7	2	24,1	2
Vorarlberg ²⁾	11,1	3	10,6	3	7,5	3
Wien	6,6	4	7,5	4	4,8	5
Steiermark	4,2	6	4,2	5	7,2	4
Kärnten	4,4	5	3,6	6	4,7	6
Oberösterreich	3,4	7	2,4	7	4,3	7
Niederösterreich	2,1	8	2,1	8	3,9	8
Burgenland	0,5	9	0,4	9	0,7	9

¹⁾ Ohne Einnahmen von Tagesbesuchern aus dem Ausland und von Transitreisenden sowie ohne Aufwendungen von Inländern im Zuge von Aufenthalten in unentgeltlichen Unterkünften. — ²⁾ Da die Tourismusumsätze im Kleinen Walsertal nicht in Schilling erfolgen, gehen sie auch nicht in die Berechnung der Gesamteinnahmen Österreichs aus dem Tourismus ein; um jedoch ein möglichst vollständiges Bild zu liefern, wurde das Kleine Walsertal in der Ermittlung der Tourismuseinnahmen Vorarlbergs gesondert berücksichtigt.

mersaison konnte jedoch die dynamische Nachfrage nur wenig genützt werden

Regionale Tourismusindikatoren für Österreich: Ein neues Forschungsinstrument

In Regionalanalysen konnte zur Schätzung der touristischen Nachfrageentwicklung bisher nur die Übernachtungsstatistik herangezogen werden, da keine regionalen Umsatzindikatoren zur Verfügung standen. Das WIFO wurde beauftragt, diese wichtige Lücke zu schließen und für jedes Bundesland einheitliche Indikatoren für die Zahlungsströme und Umsätze im Tourismus zu entwickeln²⁾ Die regionale Verteilung der Tourismusumsätze wurde mit Hilfe von Indikatoren über die Qualitäts- und Preisunterschiede gewichtet mit den Nächtigungsanteilen im Tourismusangebot ermittelt.

Die touristischen Zahlungsströme laut Zahlungsbilanzstatistik und Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung umfassen größtenteils alle Ausgaben von Touristen in Österreich. Da andererseits die Übernachtungen nur einen Teil der touristischen Nachfrage reflektieren, sind Zahlungsströme für die Beurteilung und Analyse des touristischen Verhaltens im gesamten Bundesgebiet und – darauf aufbauend – in den Ländern viel aussagekräftiger als Übernachtungsdaten. Die Orientierung an Nächtigungsziffern übersieht nämlich, daß der Tourismus eine Vielzahl von Gütern bzw. Dienstleistungen und somit Produktionsbereiche betrifft und nicht nur die Leistungen des „Unterkunftsgewerbes“ enthält; Essen und Trinken, Einkaufen, Transport, Kultur, Bildung, Unterhaltung, Sport, Gesundheit und die Inanspruchnahme verschiedener anderer Dienstleistungen würden somit nicht erfaßt. Diese Informationslücke tritt nicht nur im Übernachtungstourismus, sondern auch bei Transitreisen, Tagesreisen bzw. Tagesausflügen und den Aufenthalten in unentgeltlichen Unterkünften auf. Übernachtungsdaten sind – im Gegensatz zu Zahlungsströmen – gute Mengen-

Verteilung der Umsätze und Nächtigungen auf die Bundesländer in der Sommersaison 1989

	Umsätze insgesamt		Nächtigungswirksame Umsätze ¹⁾		Nächtigungen	
	Anteile in %	Rang	Anteile in %	Rang	Anteile in %	Rang
Tirol	30,7	1	29,3	1	29,2	1
Kärnten	19,0	2	20,9	2	21,3	2
Salzburg	16,7	3	15,9	3	15,1	3
Wien	11,7	4	13,4	4	6,1	7
Steiermark	5,3	7	5,5	5	7,8	5
Oberösterreich	5,7	5	5,2	6	7,9	4
Vorarlberg ²⁾	5,7	6	4,3	7	4,1	8
Niederösterreich	3,6	8	3,8	8	6,2	6
Burgenland	1,7	9	1,8	9	2,4	9

¹⁾ Ohne Einnahmen von Tagesbesuchern aus dem Ausland und von Transitreisenden sowie ohne Aufwendungen von Inländern im Zuge von Aufenthalten in unentgeltlichen Unterkünften. – ²⁾ Da die Tourismusumsätze im Kleinen Walsertal nicht in Schilling erfolgen, gehen sie auch nicht in die Berechnung der Gesamteinnahmen Österreichs aus dem Tourismus ein; um jedoch ein möglichst vollständiges Bild zu liefern, wurde das Kleine Walsertal in der Ermittlung der Tourismuseinnahmen Vorarlbergs gesondert berücksichtigt.

indikatoren der touristischen Nachfrage vorausgesetzt, die Relationen zu den anderen touristischen Aktivitäten ändern sich im Entwicklungsprozeß nicht wesentlich.

Wie die Übernachtungsstatistik wichtige Bereiche touristischer Aktivitäten vernachlässigt, gibt sie auch keine Auskunft über die touristischen Preise und die Qualitäten der verschiedenen touristischen Dienstleistungen (wie z. B. Unterkunft, Restaurant, Shopping, Kultur, Unterhaltung, Sportart usw.). Theoretisch kann daher der Anteil eines Bundeslandes an den Tourismuseinnahmen in Österreich insgesamt wegen der regionalen Niveau- und Strukturunterschiede in den Aktivitäts-, Qualitäts- und Preiskomponenten deutlich vom Nächtigungsanteil abweichen, und zwar sowohl im Querschnitt als auch in der zeitlichen Entwicklung.

Die Nachfrage ist im Winter regional deutlich stärker konzentriert als im Sommer: So entfiel von den Einnahmen in der Wintersaison 1988/89 von rund 77 Mrd. S. der weitaus größte Teil mit über 40% der Gesamtumsätze auf Tirol (33,4 Mrd. S.) vor Salzburg (18,4 Mrd. S.) und Vorarlberg (8,5 Mrd. S.; einschließlich des Kleinen Walsertals 10,8 Mrd. S.). Wien setzte 5,1 Mrd. S. um Kärnten 3,3 Mrd. S., die Steiermark 3,2, Oberösterreich 2,6, Niederösterreich 1,6 und das Burgenland 0,4 Mrd. S.

Die Gegenüberstellung der Struktur der nächtigungswirksamen³⁾ Umsätze und der regionalen Nächtigungsstruktur liefert Hinweise auf die

relative Qualitäts- und Preisposition eines Bundeslandes: Ist der nächtigungswirksame Umsatzanteil eines Bundeslandes größer als sein Nächtigungsanteil, so kann dies als Indiz für eine im Vergleich zum Österreich-Durchschnitt günstige Preis- und Qualitätsposition des Bundeslandes gewertet werden.

In diesem Vergleich der Nächtigungs- und Umsatzanteile in der Wintersaison 1988/89 weisen Tirol, Salzburg, Vorarlberg und Wien eine relativ günstige Qualitäts- und Preisposition auf, wie sich auch in den relativ hohen Aufwendungen je Übernachtung zeigt.

Langfristig (seit der Wintersaison 1979/80) expandierten die Tourismusumsätze in Salzburg, Wien und Tirol am stärksten, die anderen Bundesländer verloren Marktanteile. Niederösterreich, die Steiermark, Salzburg, Oberösterreich und Vorarlberg verbesserten langfristig ihre relative Qualitäts- und Preisposition; die anderen Bundesländer sanken – unterschiedlich deutlich – unter das Niveau von 1979/80.

Im Vergleich zum Winter 1987/88 konnten Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg (zum Teil auch wegen der günstigen Schneebedingungen) ihre relative Umsatzposition leicht verbessern; die relative Qualitäts- und Preisposition verbesserte sich kurzfristig nur für Vorarlberg und Tirol – deren Umsatzanteile stiegen stärker als die Nächtigungsanteile.

In der Sommersaison 1989 setzte die Tourismuswirtschaft in Österreich

²⁾ Smeral, E. Regionale Tourismusindikatoren für Österreich, Gutachten des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten der Landestourismusverbände und der Österreich-Werbung Wien, 1989.

³⁾ Ohne Einnahmen von ausländischen Tagesbesuchern und Transitreisenden sowie ohne Aufwendungen von Inländern im Zuge des Aufenthalts in unentgeltlichen Unterkünften.

rund 85 Mrd S um etwa zwei Drittel davon in Tirol (26,1 Mrd S), Kärnten und Salzburg (16,2 bzw 14,2 Mrd S) An vierter Stelle folgt Wien (9,9 Mrd. S) vor Vorarlberg (4,9 Mrd. S; einschließlich des Kleinen Walsertals 6,5 Mrd. S), Oberösterreich (4,9 Mrd S), der Steiermark (4,5) Niederösterreich (3,1) und dem Burgenland (1,4 Mrd S)

Die Gegenüberstellung der Nüchternheits- und der Umsatzanteile ergab ähnlich wie in der vorangegangenen Wintersaison für Salzburg, Tirol, Vorarlberg und Wien eine überdurchschnittliche Qualitäts- und Preisposition

Zwischen 1980 und 1989 steigerten Niederösterreich, Kärnten und Wien die Tourismusumsätze am stärksten, die Steiermark konnte ihre Position halten die anderen Bundesländer büßten langfristig Marktanteile ein. Die Relativierung der Entwicklung der Umsatzanteile mit der Entwicklung der Nüchternheitsmarktanteile zeigt, daß langfristig nur Kärnten seine relative Qualitäts- und Preisposition verbessert hat

Gegenüber dem Sommer 1988 konnten Kärnten, Niederösterreich, Salzburg und die Steiermark ihre relative Qualitäts- und Preisposition verbessern, alle anderen Bundesländer mußten eine Verschlechterung hinnehmen

Egon Smeral

Jahr entsprechende Kaufausfälle gefolgt waren¹⁾

Auch im internationalen Vergleich war das reale Konsumwachstum in Österreich 1989 hoch In der Bundesrepublik Deutschland etwa lag es bei 1,7%, im Durchschnitt der in der „Euro-Consum“ vereinigten Länder (Bundesrepublik Deutschland Frankreich, Niederlande, Italien, Schweden, Belgien, Großbritannien) ergaben Schätzungen 2,9%.

Die Konsumnachfrage belebte sich im Jahresverlauf da sich die Steuerreform erst mit Verzögerung voll auf den Konsum ausgewirkt hat. Saisonbereinigt waren die Ausgaben in der zweiten Jahreshälfte real um knapp 1,5% höher als in der ersten, das Vergleichsniveau des Vorjahres wurde im Durchschnitt des 2 Halbjahres um 3,9% übertroffen, im 1 Halbjahr dagegen um nur 2,7%.

Österreich erreichte das hohe Konsumwachstum trotz zunehmender Sparneigung Nach vorläufigen Berechnungen nahmen die Masseneinkommen (Nettoeinkommen der Unselbständigen) — nicht zuletzt wegen der Steuerreform — nominell um 9,2%, real (deflationiert mit dem impliziten Preisindex des privaten Konsums) um 6,4% zu Da sich die übrigen Einkommensteile nicht so günstig entwickelten, wuchs das gesamte verfügbare Einkommen weniger deutlich (nominell +7,9%, real +5,2%) Aus der Gegenüberstellung von verfügbarem Einkommen und Konsumausgaben errechnet sich für 1989 ein Anstieg der Sparquote von rund 1,5 Prozentpunkten, sie er-

reichte mit 14,1% einen historischen Höchstwert

In Phasen raschen Einkommenswachstums ist eine erhöhte Sparneigung nicht außergewöhnlich, da die Konsumenten ihre Verbrauchsgewohnheiten erfahrungsgemäß erst mit einer gewissen Verzögerung ändern Den bereits erwarteten Anstieg der Sparquote im Jahr 1989 haben Sondereinflüsse noch verstärkt

Sparen wird als nichtkonsumiertes Einkommen definiert Da die Wohnungsinvestitionen laut Konvention der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) nicht in die Berechnung des Konsums eingehen, sondern nur fiktive Mietzinsäquivalente, ist der deutliche Anstieg der Sparquote zum Teil sicher auf die lebhaftere Nachfrage nach Wohnbauleistungen im Jahr 1989 zurückzuführen²⁾ Auch Kreditrückzahlungen erhöhen per definitionem das Sparen. Angesichts der guten Liquidität der privaten Haushalte konnten 1989 außerdem vermehrt Wohnbaudarlehen begünstigt zurückgezahlt werden (Nachlaß bis zu 50% des ausstehenden Darlehens) und das erhöhte ebenfalls das Sparen Die 1989 abgelaufene Aktion begünstigter Rückzahlung brachte knapp 6 Mrd S ein³⁾ Darüber hinaus verschaffte die Steuerreform den privaten Haushalten 1989 auch transitorische Einkommensgewinne⁴⁾, die — gemäß der Erfahrung — überwiegend gespart werden

Die hohe Sparneigung der Österreicher spiegelt sich auch im Bankensparen Der Zuwachs an Spar-, Sicht- und Termineinlagen von Wirtschafts-

Hohes Konsumwachstum bei weiterhin steigender Sparneigung

Private Haushalte gaben 1989 für Konsumgüter real um 3,3% (nominell um 6,0%) mehr aus als ein Jahr davor. Dies ist die höchste reale Konsumsteigerung seit 1983. Damals hatte die Ankündigung, die Mehrwertsteuer mit 1. Jänner 1984 zu erhöhen eine Verkaufswelle ausgelöst, der im folgenden

Privater Konsum, Masseneinkommen, Sparen des privaten Sektors und Konsumkredite

	Privater Konsum	Nettoeinkommen der Unselbständigen	Sparen ¹⁾	Konsumkredite ²⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Veränderung gegen die Vorperiode in Mrd S	
1986	+3,6	+5,9	+91,49	+16,11
1987	+4,0	+5,9	+81,53	+20,39
1988	+4,8	+2,3	+60,80	+23,38
1989	+6,0	+9,2	+82,16	+28,21
1989, IV Quartal	+7,5	+8,2		

¹⁾ Spar-, Sicht- und Termineinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten — ²⁾ Kredite an unselbständig Erwerbstätige und Private minus Bausparkredite an denselben Personenkreis

¹⁾ Puwein, W., Stankovsky, J., Wüger, M., „Vorziehkäufe im Jahr 1983“, WIFO-Monatsberichte, 1984, 57(4).

²⁾ Insgesamt dürfte die VGR-Konvention den Anstieg der Sparquote in den letzten Jahren allgemein überzeichnen. In die Einkommensberechnung gehen z. B. auch fiktive Mietgewinne von Eigentumswohnungen (Nettomieten) ein, während die Berechnung des Konsums neben Mieten auch Betriebskosten berücksichtigt (Bruttomieten). Da die Mieten überdurchschnittlich angehoben wurden, ist nach einer groben Berechnung der Anteil imputierter Einkommen aus Eigentumswohnungen am imputierten Konsum aus diesem Titel von 27,8% 1985 auf 31,3% 1987 gestiegen.

³⁾ Die letzte Aktion die sich über einen Zeitraum von rund 10 Jahren erstreckte (1972/1983), brachte insgesamt 5 Mrd S

⁴⁾ Sie resultieren aus der für 1989 geltenden Übergangsregelung, die Steuerabsatzbeträge des Vorjahres zunächst zur Hälfte anzuerkennen. Da die Steuerreform die Absatzmöglichkeiten jedoch verringert hat, galten 1989 zumindest zum Teil zu hohe Absatzbeträge

Entwicklung des privaten Konsums

Real

	Ø 1976/1987 Jährliche Veränderung in %	1988 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1989 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1989 IV Qu
Nahrungsmittel und Getränke	+1,3	+ 2,3	+ 3,1	+ 3,4
Tabakwaren	+1,1	- 4,2	- 3,3	- 1,6
Kleidung	+1,7	- 2,1	+ 1,4	+ 2,4
Wohnungseinrichtung und Hausrat ¹⁾	+0,9	+ 8,2	+ 6,9	+ 5,5
Heizung und Beleuchtung	+2,9	- 5,9	- 1,0	- 0,9
Bildung Unterhaltung Erholung	+3,7	+ 5,5	+ 4,0	+ 7,4
Verkehr	+2,2	+ 4,2	+ 5,2	+ 7,1
Warendirektimporte	+3,3	+18,6	+ 4,6	+10,3
Sonstige Güter und Leistungen	+2,5	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,6
Privater Konsum insgesamt	+2,1	+ 3,0	+ 3,3	+ 4,1
Dauerhafte Konsumgüter	+1,3	+12,3	+ 8,3	+10,1

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt eigene Berechnungen: vorläufige Werte — ¹⁾ Einschließlich Haushaltsführung

unternehmungen und Privaten war 1989 um knapp 35% höher als im Vorjahr. Demgegenüber hat auch die Verschuldungsbereitschaft zugenommen. Konsumkredite (Kredite an unselbständig Erwerbstätige und Private minus Bausparkredite an diese Personengruppen) stiegen 1989 per Saldo um rund 28 Mrd. S — um gut 20% gegenüber 1988.

Die höhere Verschuldungsbereitschaft dürfte auch mit einer weiteren Verbesserung der Konsumentenstimmung einhergehen. Nach Erhebungen des Instituts für empirische Sozialforschung (Ifes) erreichte der Vertrauensindex (das arithmetische Mittel der erwarteten Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung sowie der beabsichtigten Käufe von Konsumgütern) 1989 einen historischen Höchstwert. Er war 1989 um 12,3% höher als ein Jahr davor. Die Preisstabilität wurde 1989 etwa gleich eingeschätzt wie 1988, die Arbeitsplatzsicherheit deutlich optimistischer (+45,2%).

Rege Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern

Die Konsumnachfrage nach dauerhaften Waren reagiert am deutlichsten auf Einkommenschwankungen. Dementsprechend nahmen die Ausgaben für diese Güter 1989 überdurchschnittlich zu (real +8,3%); die Ausgaben für nichtdauerhafte Waren und Dienstleistungen stiegen um 2,6% gegenüber 1988.

Unter den dauerhaften Konsumgütern wurde für Pkw real um 11,2% mehr ausgegeben als im Vorjahr. Die Nachfrage verschob sich zu den größeren und teureren Pkw-Klassen.

Dementsprechend nahmen die Neuzulassungen (+9,1%) langsamer zu als die Ausgaben. Auch die Nachfrage nach Fahrrädern war sehr lebhaft (+25,2%), jene nach Motorrädern (-6,1%) sowie insbesondere Mopeds (-9,2%) dagegen schwach. Die Umsätze des Einzelhandels mit Möbeln und Heimtextilien (+7,4%) belebten sich 1989 wieder deutlich. Der Einzelhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen (+9,1%) profitierte nicht

nur von der günstigen Liquiditätslage der österreichischen Haushalte sondern auch — zumindest in der ersten Jahreshälfte — vom Einkaufstourismus der Ungarn.

Von den nichtdauerhaften Waren und Dienstleistungen nahmen die Urlaubsausgaben (+4,2%, Inland +2,8%, Ausland +4,6%) überdurchschnittlich zu. Die Zahl der Kinobesuche erhöhte sich 1989 um 2,6%, die der Theaterbesuche um 3,1%. Auch die Aufwendungen für Parfümeriewaren (+4,8%) sowie Friseur und Bäder (+3%) stiegen deutlich. Die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung (-1%) gingen wegen des milden Winters 1989 zurück. Die Nachfrage nach den einzelnen Energieträgern entwickelte sich recht unterschiedlich: Strom wurde mehr verbraucht (+2,3%) als 1988, Holz (-0,9%), Gasöl für Heizzwecke (-3,2%) sowie Gas (-4,2%) weniger. Auch der Aufwand für öffentliche Verkehrsmittel war real rückläufig (-1,2%).

Aufgrund der lebhaften Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern stieg 1989 auch die Importquote des privaten Konsums. Nach einer groben

Umsätze im Groß- und Einzelhandel

Real

	Ø 1973/1987 Jährliche Veränderung in %	1988 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1989 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1989 IV Qu
Großhandel	+3,5	+10,0	+ 7,2	+ 4,2
Agrarerezeugnisse, Lebens- und Genußmittel	+3,3	+ 5,4	+ 1,4	+ 1,7
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+1,0	+ 3,2	+ 6,8	+ 6,1
Fertigwaren	+4,5	+13,4	+10,0	+ 4,6
Einzelhandel	+1,9	+ 3,8	+ 3,2	+ 3,0
Dauerhafte Konsumgüter	+3,0	+ 8,6	+ 6,4	+ 6,6
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+1,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,5

Q: Indizes des Österreichischen Statistischen Zentralamtes Ø 1973 = 100

Umsätze und Wareneingänge im Groß- und Einzelhandel

Nominell

	Ø 1973/1987 Jährliche Veränderung in %	1988 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1989 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1989 IV Qu
Großhandel				
Umsätze	+7,0	+ 9,4	+ 8,6	+ 6,3
Agrarerezeugnisse, Lebens- und Genußmittel	+6,3	+ 4,4	+ 2,0	+ 3,5
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+5,6	+ 2,2	+11,3	+11,0
Fertigwaren	+7,7	+13,5	+ 9,8	+ 5,1
Wareneingänge	+7,0	+10,6	+ 8,8	+ 7,2
Einzelhandel				
Umsätze	+6,0	+ 5,0	+ 4,8	+ 5,0
Dauerhafte Konsumgüter	+6,6	+10,6	+ 7,5	+ 8,4
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+5,8	+ 3,0	+ 3,7	+ 3,7
Wareneingänge	+5,9	+ 5,0	+ 4,4	+ 4,8

Q: Indizes des Österreichischen Statistischen Zentralamtes Ø 1973 = 100: Nettowerte (ohne Mehrwertsteuer)

Berechnung⁵⁾ war sie 1989 durchschnittlich um knapp 2 Prozentpunkte höher als 1988

Lebhafter Geschäftsgang im Groß- und Einzelhandel

Der Großhandel profitierte 1989 von der günstigen Entwicklung der Auslandsnachfrage, der Einzelhandel von der Steuerreform. Die Einkäufe der Touristen aus Ungarn erreichten ungefähr das Niveau des Jahres 1988, die der Besucher aus der ČSFR waren unbedeutend

Der Einzelhandel verkaufte 1989 real um 3,2% mehr als im Vorjahr. Saisonbereinigt hat sich der Geschäftsgang nach einer deutlichen Belebung zu Jahresanfang im II Quartal abgeschwächt und danach wieder belebt. Die guten Ergebnisse zu Jahresanfang waren nicht zuletzt den Einkaufstouristen zu danken. Vor dem 8. April löste die Ankündigung restriktiverer Zollbestimmungen Ungarns einen Ansturm auf die Geschäfte in Ostösterreich aus. Bis Anfang April gaben die Ungarn in Österreich rund 4 Mrd. S aus, danach sind die Umsätze deutlich zurückgegangen. Nach groben Schätzungen dürften die Umsätze aus dem Geschäft mit Ungarn 1989 – wie ein Jahr davor – insgesamt rund 6 bis 7 Mrd. S betragen haben. Die Belebung in der zweiten Jahreshälfte 1989 war auf die Einkommensteuerreform zurückzuführen, die sich erst mit Verzögerung in erhöhten Ausgaben vollstän- dig auswirkte. Die Ausgaben von Einkaufstouristen aus der ČSFR erreichten 1989 nur ein mäßiges Niveau⁶⁾. Das Vorjahresniveau der Einzelhandelsumsätze wurde in der zweiten Jahreshälfte um 3,6% übertroffen, nach +2,7% im 1. Halbjahr.

Da die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern einkommenselastischer ist, wuchsen deren Umsätze 1989 erwartungsgemäß überdurchschnittlich. Das Wachstum beschleunigte sich im Jahresverlauf (1. Halbjahr +5,5%, 2. Halbjahr +7,2%). Die Umsätze mit nichtdauerhaften Konsumgütern übertrafen 1989 das Vorjahresniveau real um 1,8% (1. Halbjahr +1,5%, 2. Halbjahr +2,1%).

Der Großhandel setzte 1989 real

um 7,2% mehr als 1988 (bereinigt um das Kompensationsgeschäft einiger Transithändler +6,3%). Der Geschäftsgang flaute im Jahresverlauf ähnlich wie im Außenhandel ab (1. Halbjahr +11,1%, 2. Halbjahr +3,9%). Die höchsten Umsatzsteigerungen erzielten Fertigwaren (+10%). Auch die Umsätze mit Rohstoffen und Halberzeugnissen nahmen deutlich zu (+6,8%), während jene mit Agrarprodukten – nicht zuletzt wegen der schwachen Ernten – nur knapp über dem Vorjahresniveau lagen (+1,4%).

Die Lager des Handels blieben 1989 weitgehend unverändert. Sowohl im Einzel- (nominell +4,4%) als auch im Großhandel (nominell +8,8%) nahmen die Wareneingänge ähnlich kräftig zu wie die Umsätze (Einzelhandel nominell +4,8%, Großhandel nominell +8,6%).

Michael Wüger

Trotz Konjunkturaufschwungs mäßiger Preis- und Lohnauftrieb

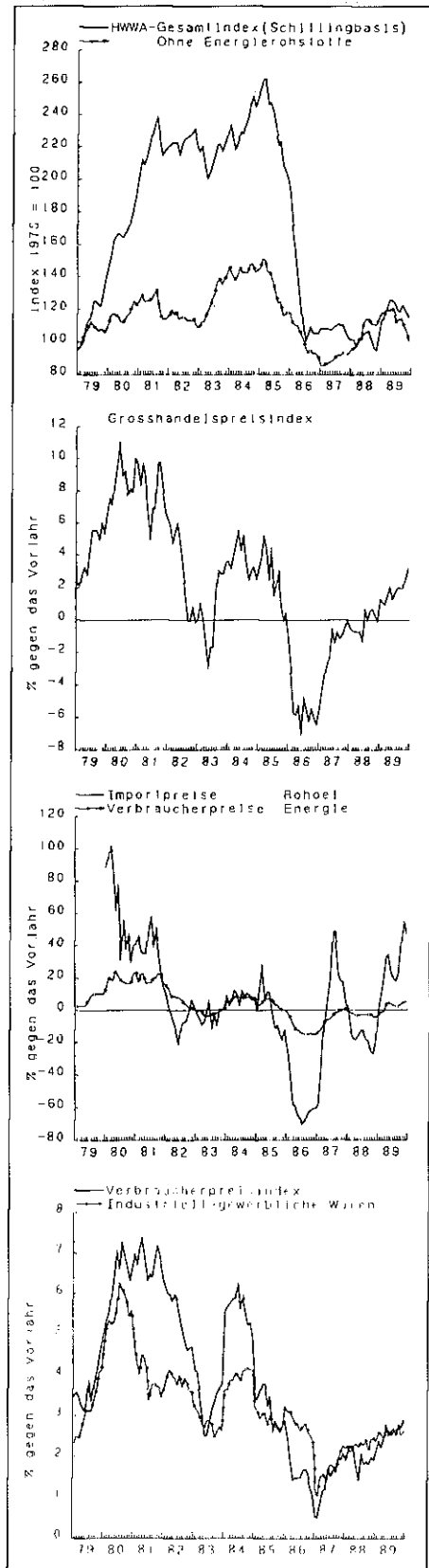
Obwohl die Wirtschaft 1989 schon das zweite Jahr rasch expandierte und die Rohstoffpreise wieder anzogen, erhöhte sich die Inflationsrate nur schwach (von 2,0% auf 2,5%), da die Lohnkosten sowohl im Inland als auch im Ausland gemessen an der Konjunkturlage nur wenig gestiegen waren.

Steigende Erdölpreise und Dollaraufwertung

Auf den internationalen Rohwarenmärkten zogen die Preise auf Dollarbasis 1989 wieder an (+10,2%). Während sich der Preisanstieg 1988 auf die nichtenergetischen Preise konzentriert hatte, blieben diese im Jahresdurchschnitt 1989 nahezu unverändert; dagegen erhöhten sich die Energiepreise in mehreren Schüben und erreichten nach dem Rückgang 1988 im Jahresdurchschnitt 1989 fast wieder den Wert von 1987.

Die Kostenbelastung der inländi-

Überblick über die Preisentwicklung



schen Verarbeiter erhöhte sich allerdings deutlicher, da der Schilling gegenüber dem Dollar um rund 7% an

⁵⁾ Zu Inhalt und Methode dieser Berechnung vgl. „Handel und Verbrauch“ WIFO-Monatsberichte 1977 50(6) S. 298

⁶⁾ Nach Erhebungen des Instituts für Handelsforschung betragen sie weniger als 1/3 Mrd. S.

Entwicklung der Preise

	Ø 1979/1989 Jährliche Veränderung in %	1988 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1989 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Weltmarktpreise insgesamt¹⁾			
Dollarbasis	+ 0,3	- 3,9	+ 10,2
Schillingbasis	+ 0,3	- 6,2	+ 18,2
Ohne Energierohstoffe	+ 0,8	+ 18,8	+ 7,4
Nahrungs- und Genußmittel	- 2,3	+ 16,6	+ 2,7
Industrierohstoffe	+ 2,4	+ 19,8	+ 9,6
Agrarische Industrierohstoffe	+ 2,9	+ 12,1	+ 7,0
NE-Metalle	+ 2,7	+ 41,3	+ 10,6
Energierohstoffe	+ 0,0	- 17,2	+ 25,0
Stahlexportpreise ²⁾	+ 2,5	+ 33,1	+ 13,3 ³⁾
Preisindex des Brutto-Inlandsproduktes			
Importpreise ⁴⁾	+ 2,1	+ 1,8	+ 3,5
Exportpreise ⁴⁾	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,6
Preisindex des verfügbaren Güter und Leistungsvolumens	+ 4,0	+ 1,8	+ 2,8
Investitionsgüter	+ 3,8	+ 2,4	+ 2,8
Bauten	+ 4,2	+ 2,8	+ 3,4
Ausrüstungsinvestitionen	+ 3,3	+ 1,8	+ 2,2
Privater Konsum	+ 3,9	+ 1,7	+ 2,5

¹⁾ HWWA-Index, Neuberechnung mit Basis 1975. - ²⁾ Q: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Fachserie 17, Reihe 11), eigene Berechnungen. - ³⁾ Schätzung - ⁴⁾ Im engeren Sinn (ohne Dienstleistungen) WIFO-Schätzung laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung

Wert verlor Auf Schillingbasis verteuerten sich Rohwaren laut HWWA-Index um 18,2% (nach einem Rückgang um 6,2% im Jahr 1988) Die Preise von Energierohstoffen stiegen um 25% jene nichtenergetischer Rohstoffe um nur 7,4%

Auf der Großhandelsebene erhöhten sich die Preissteigerungsraten von 1,1% zu Jahresbeginn auf 2,5% zu Jahresende; im Jahresdurchschnitt

betrug die Steigerungsrate 1,7% (ohne Saisonwaren 1,6%) Da der Inflationsdruck hauptsächlich von den Rohwarenpreisen ausging stiegen die Preise von Intermediärgütern mit +3,0% am stärksten Die Preise von Investitionsgütern dagegen gingen sogar zurück¹⁾ (-0,8%) In einer Gliederung nach Untergruppen entfällt ein Drittel der Steigerung im Gesamtindex auf eine Verteuerung der Mineral-

ölzeugnisse (+4,1%) Landwirtschaftliche Produkte sowie Nahrungs- und Genußmittel wurden billiger.

Schwache Inflationbeschleunigung

Der Preisauftrieb auf der Einzelhandelsstufe beschleunigte sich kaum. Die Inflationsrate von 2,5% war um nur ½ Prozentpunkt höher als im Vorjahr Die Hälfte dieses Unterschieds dürfte auf die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes für einige Dienstleistungen zurückgehen Wie schon in den Vorjahren zeigten die Preise nicht preis geregelter Dienstleistungen den höchsten Anstieg (4,1%); jene Tarife hingegen, die im Vorjahr besonders stark angehoben worden waren, erhöhten sich mit +2,8% kaum mehr als die Preise im Durchschnitt Inflationdämpfend wirkten weiterhin die Nahrungsmittelpreise (+0,8%, Saisonwaren -1,3%), nicht mehr hingegen die Energiepreise (+2,3%). Bei industriellen und gewerblichen Waren beschleunigte sich die Inflation von 2,3% auf 2,6%.

Lohnauftrieb verstärkt sich

Der Auftrieb der Löhne und Gehälter verlangsamte sich in Österreich Mitte der achtziger Jahre Der Tiefpunkt wurde in der Lohnrunde im Herbst 1987 erreicht, als unter dem Eindruck der katastrophalen Lage in der Verstaatlichten Industrie und der großen Defizite im Bundeshaushalt sehr niedrige Lohnsteigerungen vereinbart wurden. 1988 erhöhten sich die Pro-Kopf-Einkommen in der Gesamtwirtschaft um nur 2,8% (nach +3,9% 1987) Als jedoch das Ausmaß des Aufschwungs im Laufe des Jahres 1988 deutlich wurde, zogen die in den Tarifverträgen vereinbarten Erhöhungssätze an und lagen um rund 1½ Prozentpunkte höher als in der vorangegangenen Lohnrunde Laut Tariflohnindex stiegen die Mindestlöhne und -gehälter in der Gesamtwirtschaft von 1988 auf 1989 um 3,9% (Industrie +4,5%). Die Einkommen je Beschäftigten wuchsen mit +4,8% um fast 1 Prozentpunkt rascher Dies weist auf die Zunahme innerbetriebli-

Entwicklung der Verbraucherpreise

	Ø 1979/1989 Jährliche Veränderung in %	1988 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1989 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Index der Verbraucherpreise			
Saisonwaren	+ 1,5	- 2,0	- 1,3
Nichtseasonwaren	+ 3,9	+ 2,1	+ 2,6
Verbrauchsgruppen			
Ernährung und Getränke	+ 3,0	+ 0,7	+ 1,3
Tabakwaren	+ 5,2	+ 3,7	+ 2,1
Errichtung, Mieten und Instandhaltung von Wohnungen	+ 5,3	+ 2,4	+ 3,0
Beleuchtung und Beheizung	+ 3,8	- 2,2	- 0,8
Hausrat und Wohnungseinrichtung	+ 3,3	+ 1,9	+ 2,4
Bekleidung und persönliche Ausstattung	+ 3,4	+ 2,8	+ 3,3
Reinigung von Wohnung, Wäsche und Bekleidung	+ 3,8	+ 1,2	+ 1,3
Körper- und Gesundheitspflege	+ 4,3	+ 2,7	+ 4,3
Freizeit und Bildung	+ 4,2	+ 2,4	+ 3,3
Verkehr	+ 4,1	+ 3,2	+ 3,3
Gliederung nach Warenart			
Nahrungsmittel	+ 2,7	+ 0,1	+ 0,8
Tabakwaren	+ 5,2	+ 3,7	+ 2,1
Industrielle und gewerbliche Waren	+ 3,2	+ 2,3	+ 2,6
Dienstleistungen (nicht preis geregelt)	+ 5,2	+ 3,0	+ 4,1
Tarife (ohne Strom und Gas)	+ 5,0	+ 5,2	+ 2,8
Energie	+ 3,3	- 2,7	+ 2,3
Mieten	+ 6,1	+ 2,2	+ 2,6
Dienstleistungen und Sachgüter im Bereich der Wohnung	+ 5,2	+ 2,8	+ 2,4

¹⁾ Allerdings ist gerade eine Vergleichbarkeit dieser Güter über die Zeit wegen häufiger Qualitätsänderungen nur schwer zu erreichen: Die Entwicklung der Ausführpreise der BRD läßt vermuten daß der Preisanstieg für Maschinen etwas unterschätzt wurde

Tariflohnindex 86

	Arbeiter		Angestellte		Beschäftigte	
	1988	1989	1988	1989	1988	1989
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Tariflohnindex insgesamt	+2.8	+3.7	+1.9 ¹⁾	+3.9 ¹⁾	+2.2	+3.9
Ohne öffentlichen Dienst	+2.8	+3.7	+2.3 ¹⁾	+4.0 ¹⁾	+2.5	+3.9
Gewerbe	+2.8	+3.5	+2.6	+3.2	+2.7	+3.4
Baugewerbe	+3.0	+2.9	+2.8	+2.6	+3.0	+2.8
Industrie	+3.0	+4.1	+2.9	+5.0	+3.0	+4.5
Handel	+2.0	+3.8	+2.0	+3.8	+2.0	+3.8
Verkehr	+2.4	+3.2	+1.6 ¹⁾	+4.0 ¹⁾	+1.8	+3.8
Fremdenverkehr	+3.0	+3.5	+2.1	+2.8	+2.8	+3.3
Geld- Kredit- und Versicherungswesen			+2.2	+3.5	+2.2	+3.5
Freie Berufe			+1.9	+3.5	+1.9	+3.5
Land- und Forstwirtschaft	+2.5	+3.0	+2.2	+3.2	+2.4	+3.1
Öffentlicher Dienst			+1.2 ²⁾	+3.9 ²⁾	+1.2	+3.9

¹⁾ Angestellte und Bedienstete — ²⁾ Bedienstete

Effektivverdienste

	○ 1979/1989	1988	1989	1989
	Jährliche Veränderung in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	In S
Gesamtwirtschaft				
Brutto-Monatsverdienst je Beschäftigten	+5.1	+2.8	+4.8	20 960
Industrie				
Brutto-Monatsverdienst je Beschäftigten	+5.5	+3.9	+4.8	23 405
Netto-Monatsverdienst je Beschäftigten	+5.4	+3.1	+8.2	17 395
Brutto-Stundenverdienst je Arbeiter	+5.2	+3.4	+4.7	112 80
Bauwirtschaft				
Brutto-Monatsverdienst je Beschäftigten	+4.3	+3.5	+1.3	19 645
Brutto-Stundenverdienst je Arbeiter	+4.0	+3.2	+1.2	103 80

cher Überzahlungen, eine Verschiebung der Beschäftigung in Wirtschaftszweige mit höheren Löhnen und Gehältern oder auf vermehrte Leistung von Überstunden hin. In einem Konjunkturaufschwung dürften alle drei Faktoren eine Rolle spielen; die vorhandenen Daten erlauben allerdings keine Aufgliederung²⁾. In den letzten Jahren hat aber auch die Bedeutung jener Faktoren zugenommen, die die tatsächlich geleistete Arbeitszeit sinken lassen: vermehrte Beschäftigung von Teilzeitarbeitskräften sowie Verminderung der Normalarbeitszeit in einigen Wirtschaftszweigen. Das beeinträchtigt den zeitlichen Vergleich, und die Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen kann immer weniger der Einkommensentwicklung von Vollarbeitskräften — sei es mit einer Wochenarbeitszeit von 40, 38,5 oder 35 Stunden — gleichgesetzt werden. In der Industrie und der Bauwirtschaft (hier sind vermutlich auch

wenige Teilzeitkräfte beschäftigt) — jenen beiden Bereichen, für die Einkommensdaten laufend erhoben werden — entwickelten sich die Verdienste auseinander: Während die Brutto-Monatsverdienste in der Industrie um 4,8% stiegen, blieben die Monatsverdienste in der Bauwirtschaft nahezu unverändert (+1,3%); hierfür dürfte der starke Zustrom von ausländischen Arbeitskräften bestimmend gewesen sein.

Höhere Lohnabschlüsse im Herbst

Während in der Frühjahrslohnrunde, die sich um den Lohnabschluß der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter ballte, annähernd dieselben Erhöhungssätze wie in der Herbstlohnrunde 1988 vereinbart wurden, schnellten die Lohnerhöhungen in der Herbstlohnrunde um 2½ bis 3 Pro-

zentpunkte hinauf. Die Kollektivvertragslöhne der Metallarbeiter wurden um 7,4% angehoben, die Ist-Löhne um 5,5%³⁾. Die vom Lohnabschluß der Metallarbeiter vorgegebene Linie hielten auch die Industrieangestellten, die Handelsangestellten und andere Arbeitnehmergruppen ein. Angesichts dieser Anhebungssätze, die bedeutend höher ausfielen als vor Jahresfrist erwartet worden war, forderten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die bereits im Herbst 1988 eine Erhöhung der Schemagehälter um 2,9% mit Wirkung von Anfang 1990 vereinbart hatten, Nachverhandlungen. Diese ergaben eine zusätzliche Lohnerhöhung von 350 S pro Monat ab 1. April 1990. Für die Bundesbediensteten bedeutet das eine Anhebung des Erhöhungssatzes auf rund 4% im Jahresdurchschnitt 1990.

Die Lohnverhandlungen im Herbst 1989 fanden in einer Atmosphäre statt, die von der erheblich verbesserten Ertragslage in der Verstaatlichten Industrie, den großen Produktivitätsgewinnen in der Industrie sowie den Berichten über einen Rückgang der Lohnquote im Jahr 1988 geprägt war⁴⁾. In der Diskussion, die der Aufstellung der Lohnforderungen voranging, blieb eine Reihe von Prinzipien die der bisherigen (produktivitätsorientierten) Lohnpolitik der Gewerkschaften zugrunde gelegen war, unbeachtet: Lohnerhöhungen sollen sich am Produktivitätsfortschritt in der Gesamtwirtschaft und nicht an dem in einzelnen Wirtschaftssektoren orientieren. Die Vorstellung, daß die Löhne im Ausmaß des Produktivitätszuwachses ohne Beeinträchtigung anderer wirtschaftspolitischer Ziele (wie des Gleichgewichtes in der Leistungsbilanz) steigen können, bezieht sich auf eine Wirtschaft, die sich im Zustand der Vollbeschäftigung befindet. Produktivitätszuwächse, die sich im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen einstellen, dürfen daher nicht berücksichtigt werden⁵⁾. Unter diesen Einschränkungen leidet auch die „Lohnquote“. In der Diskussion um diese Kennzahl werden — häufig auch auf unzulässige Weise — die

²⁾ Die guten Ergebnisse im Fremdenverkehrssektor, der die Arbeitszeit auf den Bedarf abstimmt, lassen eine starke Ausweitung der Arbeitszeit je Beschäftigten und somit eine Erhöhung der Monateinkommen in diesem Bereich vermuten.

³⁾ Darüber hinaus trat eine Sonderregelung für die unteren Einkommenschichten in Kraft. Die unterste Lohngruppe wurde abgeschafft; das Mindesteinkommen laut Kollektivvertrag beträgt nun 10 000 S.

⁴⁾ Auch die Erwartung einer Beschleunigung der Inflation hatte einen gewissen Einfluß.

⁵⁾ Siehe dazu Pollan W. „Die Lohnstückkosten als Kennzahl der Wettbewerbsfähigkeit“ Methodische Bemerkungen* WIFO-Monatsberichte 1989 62(10) S. 613-619.

Lohnrunde 1989

	Kollektivvertragsabschlüsse		
	Zeitpunkt	Mindestlöhne	Ist-Löhne
Öffentlicher Dienst	Jänner	+2,9	
<i>Arbeiter</i>			
Metallgewerbe	Jänner	+4,6	+2,5
Bekleidungsindustrie	Jänner	+3,4	+2,9
Erdölverarbeitung	Februar	+4,0	+3,1
Druck und Grafik	April	+4,3	1)
Textilindustrie	April	+2,6	+2,0
Stein- und keramische Industrie	Mai	+4,0	+3,1
Bauwirtschaft	Mai	+2,9	
Bauhilfs- und -nebgewerbe	Mai	+2,9	
Holzverarbeitung	Mai	+2,8	
Chemische Industrie	Mai	+4,3	+3,3
Hotel- und Gastgewerbe	Mai	+3,9	
Glasindustrie	Juni	+3,8	+3,05
Papierindustrie	Juli	+4,3	+3,3
Metallindustrie	November	+7,4	+5,5
<i>Angestellte</i>			
Handel	Jänner	+3,8	
Banken	Februar	+3,7	
Versicherungen	April	+4,0	
Textilindustrie	April	+2,5	+2,0
Glasindustrie	November	+6,6	+5,0
Chemische Industrie	November	+6,8	+5,0 bis +5,5
Papierindustrie	November	+6,8	+5,0 bis +5,5
Stein- und keramische Industrie	November	+6,9	+5,0
Metallindustrie	November	+6,8	+5,0 bis +5,5

1) Erhöhung um mindestens 350 S

Masseneinkommen

	Ø 1979/1989	1988	1989
	Jährliche	Veränderung gegen das Vorjahr	
	Veränderung	in %	
	in %		
Private Lohn- und Gehaltssumme brutto	+5,3	+3,8	+7,3
Öffentliche Lohn- und Gehaltssumme brutto	+6,0	+1,6	+4,8
Leistungseinkommen brutto	+5,4	+3,4	+6,8
je Beschäftigten	+5,1	+2,8	+4,8
Real ¹⁾	+1,2	+0,9	+2,2
Transfereinkommen brutto	+6,6	+2,4	+4,9
Abzüge insgesamt	+5,9	+5,8	-5,2
Masseneinkommen netto	+5,8	+2,3	+9,2
Real ¹⁾	+1,9	+0,4	+6,5

1) Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex

Nicht-Lohneinkommen den Unternehmereinkommen gleichgesetzt

Die für die Entwicklung der privaten Konsumausgaben wichtigen Netto-Masseneinkommen lagen 1989 um 9,2% über dem Vorjahresstand. Der sprunghafte Anstieg ist hauptsächlich der Verminderung der Lohnsteuerabzüge infolge der Steuerreform 1989 zu danken. Die Auswirkung der Lohnsteuerreform ist auch deutlich in der Entwicklung der Realeinkommen der aktiv Beschäftigten zu erkennen: Die Realeinkommen je Arbeitnehmer dürften netto um 6,5% gestiegen sein.

Wolfgang Pollan

„Abkoppelung“ der Arbeitslosigkeit

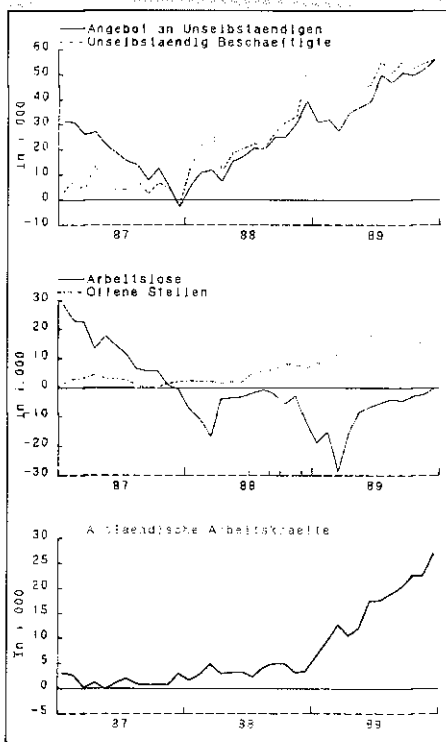
Auf dem österreichischen Arbeitsmarkt zeigte sich 1989 ein Phänomen, das zwar schon in anderen OECD-Staaten aufgetreten bisher in Österreich jedoch unbekannt gewesen war, nämlich eine „Abkoppelung“ der Arbeitslosigkeit von Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten wuchs um 51 800 oder 1,8%, womit die stärkste Zunahme seit 1977 erreicht wurde. Dennoch bewirkte die

außerordentlich kräftige Expansion nahezu keinen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Selbst die ausgewiesene – mäßige – Reduktion der bei den Arbeitsämtern vorgemerkten Arbeitslosen um 9 500 oder 0,3% des Arbeitskräfteangebotes überzeichnet die Lage, weil fast der gesamte Rückgang der Arbeitslosigkeit auf die außerordentlich günstige Saisonentwicklung im I. und auch noch im II. Quartal zurückzuführen ist. Im IV. Quartal stand einer Beschäftigungsexpansion von 54 700 eine Verringerung der Arbeitslosigkeit um nur 1 900 gegenüber. Die Arbeitslosenquote verharrte daher bei 5%.

Dieser Resistenz der Arbeitslosigkeit stehen einige Indikatoren für Verknappungserscheinungen auf dem Arbeitsmarkt gegenüber, wie die Beschäftigung nicht registrierter Ausländer, aber auch ein massives Ansteigen der bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen um fast die Hälfte und eine kräftige Zunahme der zugelassenen ausländischen Arbeitskräfte. Deren Zahl erreichte im Jahresdurchschnitt 167 400, um 16 500 oder 10,9% mehr als 1988.

Nun kann man davon ausgehen, daß ein Teil der ausgewiesenen Arbeitslosen dem Arbeitsmarkt nur eingeschränkt zur Verfügung steht – die Quote der Arbeitslosen mit Ein-

Der Arbeitsmarkt seit 1987
Absolute Veränderung gegen das Vorjahr



Der Arbeitsmarkt 1989

	Unselbständig Beschäftigte		Arbeitslose		Offene Stellen	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1985	2 759 700	+ 15 200	139 400	+ 9 000	22 300	+ 5 100
Ø 1986	2 780 200	+ 20 500	152 000	+ 12 500	24 700	+ 2 400
Ø 1987	2 785 400	+ 5 200	164 500	+ 12 500	26 800	+ 2 100
Ø 1988	2 810 500	+ 25 100	158 600	- 5 800	31 200	+ 4 300
Ø 1989	2 862 300	+ 51 800	149 200	+ 9 500	45 600	+ 14 400
1989 Ø I Qu	2 797 400	+ 51 300	188 700	- 21 100	36 600	+ 9 600
Ø II Qu	2 846 000	+ 47 400	129 700	- 10 200	48 900	+ 15 700
Ø III Qu	2 927 800	+ 53 900	115 700	- 4 700	48 900	+ 16 300
Ø IV Qu	2 877 900	+ 54 700	162 600	- 1 900	48 000	+ 16 000

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Beschäftigte ausländische Arbeitskräfte

	Ausländische Arbeitskräfte insgesamt	Veränderung gegen das Vorjahr		Anteil an der Gesamtbeschäftigung	
		Absolut	In %	In %	In %
Ø 1985	140 200	+ 1 500	+ 1,1	5,1	
Ø 1986	146 000	+ 5 800	+ 4,1	5,3	
Ø 1987	147 400	+ 1 400	+ 1,0	5,3	
Ø 1988	150 900	+ 3 500	+ 2,4	5,4	
Ø 1989	167 400	+ 16 500	+ 10,9	5,8	
1989 Ø I Qu	153 600	+ 9 600	+ 6,7	5,5	
Ø II Qu	163 300	+ 13 400	+ 8,9	5,7	
Ø III Qu	175 100	+ 18 900	+ 12,1	6,0	
Ø IV Qu	177 500	+ 24 000	+ 15,6	6,2	

Q: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

stellungszusage erreichte 1989 1,3%, jene der Schwervermittelbaren 1,4% -, doch ist damit nicht die Frage beantwortet, warum die übrige

Neue Verhaltensweisen auf dem Arbeitsmarkt?

Arbeitslosigkeit kaum auf die sich intensivierende Nachfrage reagiert. Eine vollkommen befriedigende Erklärung konnte bisher nicht gefunden werden, doch lassen sich einige Faktoren isolieren, welche diesen Umstand beeinflusst haben könnten. Neuere Studien zum Problem der Langzeitarbeitslosigkeit vermitteln Informationen darüber, daß die Ursachen für die lange Dauer zum Teil in einem „Mismatch“ der Qualifikationen liegen, in erster Linie jedoch darin, daß die Marktpartner nicht zu einer Einigung über die Entlohnung kommen. Es scheint also, daß ein beträchtlicher Teil der Arbeitslosen nicht mehr, wie in der Vergangenheit, unter dem existentiellen Druck steht, unter allen Umständen eine Beschäftigung aufzunehmen, sondern unterhalb des „Akzeptanzlohns“ nicht abschließt, und daß andererseits der Arbeitskräftemangel vielen Unternehmern nicht

so gravierend erscheint, um Gehaltskonzessionen zu machen. Man kann demnach die gegenwärtige Arbeitslosigkeit teilweise in die Kategorie der „Sucharbeitslosigkeit“ einordnen.

Darüber hinaus könnte auch eine Tendenz zu höherer „Flexibilisierung“ insofern eine Rolle spielen, als mehr kurzfristige, zeitlich begrenzte Arbeitsverhältnisse begründet werden. Dies bedeutet, daß solche Arbeitskräfte immer wieder für kürzere Phasen in die Arbeitslosigkeit abfließen. Auch sehen manche Beschäftigten durch die geänderte Marktlage eine Möglichkeit, ihren Arbeitsplatz zu verbessern.

Die Arbeitslosigkeit 1989

	Männer		Vorgemerkte Arbeitslose Frauen		Insgesamt	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1985	84 200	+ 3 600	55 300	+ 5 400	139 400	+ 9 000
Ø 1986	88 900	+ 4 700	63 100	+ 7 800	152 000	+ 12 500
Ø 1987	95 000	+ 6 200	69 500	+ 6 300	164 500	+ 12 500
Ø 1988	89 800	- 5 200	68 800	- 700	158 600	- 5 800
Ø 1989	81 000	- 8 800	68 200	- 600	149 200	- 9 500
1989 Ø I Qu	119 600	- 19 500	69 100	- 1 500	188 700	- 21 100
Ø II Qu	64 000	- 8 800	65 700	- 1 400	129 700	- 10 200
Ø III Qu	55 000	- 4 100	60 700	- 600	115 700	- 4 700
Ø IV Qu	85 400	- 2 900	77 200	+ 1 000	162 600	- 1 900

Q: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Wieweit institutionelle Faktoren die Arbeitslosigkeit beeinflussen, läßt sich schwer schätzen. Jedenfalls blieb die durch den Mikrozensus erhobene Arbeitslosenzahl mit 107 700 (das IV Quartal wurde geschätzt) neuerlich beträchtlich (um rund 40.000) unter der von den Arbeitsämtern registrierten. Berechnet mit den Daten dieser Statistik und nach den internationalen Kriterien (Arbeitslose in Prozent aller Erwerbspersonen) machte die österreichische Arbeitslosenquote 3,2% aus und blieb damit unter jener aller europäischen OECD-Staaten mit Ausnahme der Schweiz (0,5%) und Schwedens (1,3%).

Unveränderte Arbeitsmarktstrukturen

Obwohl die Konjunktur nach wie vor von der Industrie getragen wird und die Bauwirtschaft von der günstigen Winter- und Frühjahrsaison profitierte, wuchs die Frauenbeschäftigung absolut ebenso stark wie die der Männer (relativ freilich weit stärker). Ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung hat daher auf 41,2% zugenommen. Dagegen ging die Arbeitslosigkeit der Frauen wesentlich langsamer zurück als jene der Männer, vor allem sank die Zahl arbeitsloser Männer im I Quartal außergewöhnlich stark. Die Differenz der Arbeitslosenquoten erhöhte sich daher abermals (5,5% und 4,6%).

Die Jugendarbeitslosigkeit fällt immer weniger ins Gewicht; dazu tragen auch demographische Faktoren maßgebend bei - das Angebot jugendlicher Arbeitskräfte sinkt. In der Altersgruppe bis 19 Jahre liegt die Arbeitslosenquote bei 3,5%, also nahe der Vollbeschäftigung. Für die Gruppe

Der Arbeitsmarkt 1989 nach Wirtschaftsklassen

	Unselbständig Beschäftigte Veränderung gegen das Vorjahr			Vorgemerkte Arbeitslose		Arbeitslosen- quote	
	Absolut	Absolut	In %	Absolut	In %		
<i>Land- und Forstwirtschaft</i>	27 889	- 437	- 1,5	3 692		11,9	
<i>Bergbau Industrie und Gewerbe</i>	1 067 541	+ 9 067	+ 0,9	62 276		5,5	
Energie- und Wasserversorgung	33 156	- 156	- 0,5	165		0,5	
Bergbau Steine und Erden	19 832	- 424	- 2,1	758		3,7	
Nahrungsmittel Getränke und Tabak	95 084	- 1 077	- 1,1	3 893		3,9	
Textilien	39 346	- 119	- 0,3	1 640		4,0	
Bekleidung und Schuhe	43 808	- 3 114	- 6,6	3 483		7,4	
Leder und -ersatzstoffe	3 301	- 24	- 0,7	289		8,1	
Holzverarbeitung	84 389	+ 1 402	+ 1,7	4 009		4,5	
Papierherzeugung und -verarbeitung	22 662	+ 353	+ 1,6	666		2,9	
Graphisches Gewerbe, Verlagswesen	35 021	+ 740	+ 2,2	1 664		4,5	
Chemie	69 925	+ 848	+ 1,2	2 680		3,7	
Stein- und Glaswaren	33 540	+ 924	+ 2,8	1 761		5,0	
Erzeugung und Verarbeitung von							
Metallen	366 100	+ 5 790	+ 1,6	16 076		4,2	
Bauwesen	221 378	+ 3 924	+ 1,8	25 192		10,3	
<i>Dienstleistungen</i>	1 719 219	+ 41 104	+ 2,4	75 674		4,2	
Handel	395 652	+ 12 997	+ 3,4	23 282		5,6	
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	123 047	+ 3 459	+ 2,9	23 482		16,2	
Verkehr	214 935	+ 3 047	+ 1,4	4 548		2,1	
Geldwesen und Privatversicherung	104 288	+ 2 694	+ 2,7	1 884		1,8	
Rechts- und Wirtschaftsdienste	87 027	+ 5 336	+ 6,5	3 189		3,5	
Körperpflege und Reinigung	52 977	+ 1 761	+ 3,4	4 672		8,1	
Kunst, Unterhaltung, Sport	25 399	+ 1 025	+ 4,2	2 092		7,6	
Gesundheits- und Fürsorgewesen	96 502	+ 3 288	+ 3,5	4 122		4,1	
Unterricht und Forschung	121 984	+ 430	+ 0,4	1 867		1,5	
Öffentliche Körperschaften	460 883	+ 7 742	+ 1,7	5 325		1,1	
Haushaltung	5 383	- 325	- 5,7				
Hauswärtung	31 145	- 353	- 1,1	1 212		3,2	
Präsenziendiener	15 637	+ 1 564	+ 11,1				
Karenzurlaubsgeld-Bezieherinnen	31 995	+ 514	+ 1,6				
Schulabgänger				2 738			
Sonstige Arbeitslose				4 798			
Insgesamt	2 862 291	+ 51 812	+ 1,8	149 177		5,0	

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger Bundesministerium für Arbeit und Soziales

von 19 bis 24 Jahren gilt diese Aussage nicht, die Quote bewegt sich noch über dem Durchschnitt, doch weist diese Gruppe den stärksten Rückgang auf, wie sich denn überhaupt die gesamte Reduktion der Arbeitslosigkeit auf die jüngeren Jahrgänge konzentriert. Im Haupterwerbssalter hält sich die Abnahme in Grenzen, und in den höheren Altersgruppen nimmt sie zu. Unter den 50jährigen kam es 1989 zu einem kräftigen Aufbau der Arbeitslosigkeit. Dies könnte teilweise auf institutionelle Einflüsse zurückgehen: In bestimmten Bereichen wurde der Anspruch auf Arbeitslosengeld auf bis zu vier Jahre verlängert.

**Unerklärlich hohe
Arbeitslosigkeit im
Fremdenverkehr**

Etwas geänderte Akzente finden sich in der Struktur des Arbeitsmarktes nach Wirtschaftsklassen. So nahm im güterproduzierenden Sektor die

Beschäftigung um fast 1% zu. Auch in der Industrie läßt sich 1989 deutlich ein expansiver Beschäftigungstrend feststellen, dementsprechend sank die Arbeitslosenquote in diesem Sektor von 6,2% auf 5,5%. Hingegen blieb sie im Dienstleistungssektor nahezu konstant (4,3% und 4,2%), obwohl die Beschäftigung dort weitaus stärker stieg (+2,4%). Im Fremdenverkehr nahm sie noch etwas rascher zu, doch erreichte die Arbeitslosenquote dort den extrem hohen Wert von 16,2%.

Felix Butschek

**Wachstum bei
anhaltender
Technologieschwäche**

Die Industrie erzeugte 1989 um 5,7%, je Arbeitstag sogar um 6,6% mehr als im Vorjahr. Seit Mitte 1987,

als der Aufschwung eingesetzt hat, ist die Industrieproduktion bis zum Jahr 1989 saisonbereinigt um 17% gestiegen. Sie kann damit fast an die Anfang der siebziger Jahre üblichen Wachstumsraten anschließen. Derzeit wird das Wachstum von der Nachfrage-seite, besonders von der Exportnachfrage getragen. Sowohl 1988 als auch 1989 stiegen die Warenexporte real um rund 10%. Der private Konsum expandierte 1988 um 3% und 1989 um 3,3%. Die Dynamik der Investitionsnachfrage (und hier insbesondere der Ausrüstungsinvestitionen) war 1989 stärker sowohl als im Vorjahr als auch als die des Konsums.

Die Produktionskapazitäten engen den gegenwärtigen Aufschwung noch nicht ein. Die Kapazitätsauslastung erreichte 1989 87% und dürfte gemeinsam mit den geplanten Kapazitätserweiterungen auch heuer die Konjunktur noch nicht bremsen.

In der Produktionsstruktur zeigt sich eine Verschiebung der Nachfrage von den Vorleistungen zu den Endprodukten. War 1988 die Produktion von Vorleistungen stärker gestiegen als die der Industrie insgesamt, so fielen im Durchschnitt 1989 beide Wachstumsraten ungefähr gleich hoch aus; im Jahresverlauf fiel die Zuwachsrate der Vorleistungen unter jene der Gesamtproduktion. Die Produktion von Vorleistungen für die Grundmetallverarbeitung war in den letzten Monaten des Jahres bereits geringer als im Vorjahr. An Ausrüstungsinvestitionen wurde im Jahresdurchschnitt um 6,7% mehr erzeugt als 1989, im IV Quartal war die Zuwachsrate am höchsten. Die Steigerung der Produktion von Konsumgütern lag ungefähr im Industriedurchschnitt, jene von langlebigen Konsumgütern weit darüber.

Nominell stieg die Produktion der Industrie 1989 um 8% und erreichte damit einen Produktionswert von 659 Mrd. S. Vergleicht man die nominelle Steigerung und den Mengenzuwachs, wie ihn der Produktionsindex zeigt, so ergibt sich eine Preissteigerungsrate von rund 2½%. Unter den Sektoren expandierte der Produktionswert im Bereich der technischen Verarbeitungsprodukte am stärksten (+11,6%).

Die Lohn- und Gehaltssumme der Industrie übertraf das Vorjahresniveau um 5½%, die Arbeitskosten je Produk-

Produktion¹⁾, Beschäftigung, Produktivität²⁾

	1964/1973	1973/1988	1988 ³⁾	1989 IV Qu ³⁾
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Produktion ohne Energieversorgung	+6,3	+2,3	+6,6	+7,4
Beschäftigte	+0,8	-1,6	+0,7	+1,6
Produktivität	+5,5	+4,0	+5,8	+5,7

¹⁾ Nach Arbeitstagen bereinigt — ²⁾ Produktion ohne Energieversorgung je Beschäftigten — ³⁾ Vorläufige Ergebnisse (2. Aufarbeitung)

tionseinheit sind damit 1989 wie schon im Vorjahr zurückgegangen (1988 -4,4%, 1989 -0,2%). Sie entwickelten sich auch günstiger als in der Bundesrepublik Deutschland. Der Cash-flow der Industrie brachte ein Rekordergebnis: Nach den Berechnungen des WIFO (Hahn, 1990) erreichte der Cash-flow 34% des Rohertrags, dies bedeutet einen Anstieg von 6% gegenüber dem Vorjahr. Im langjährigen Durchschnitt (1956 bis 1989) war er bei 25% gelegen. Die Industrieinvestitionen wurden 1989 real um 5% gesteigert. Damit betrug die Investitionsquote 7,2% und liegt wieder etwa im langjährigen Durchschnitt, wenn auch noch niedriger als am Beginn der siebziger Jahre.

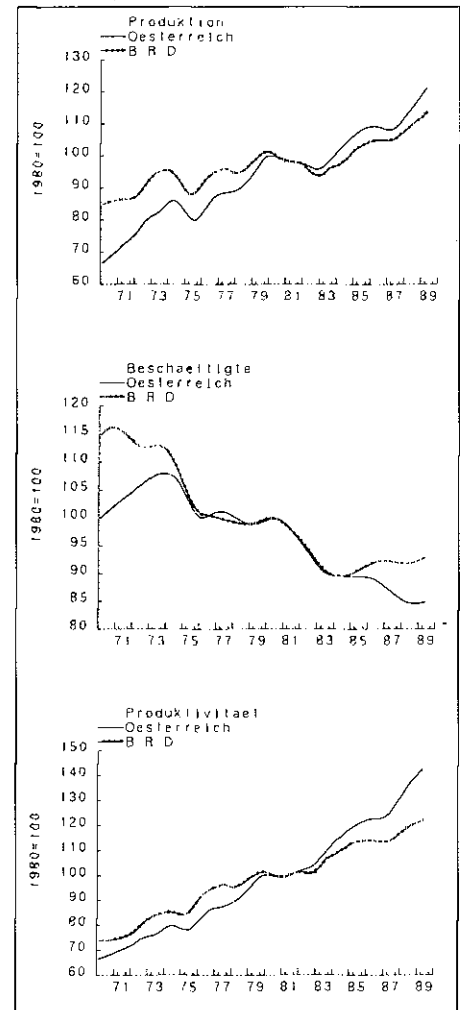
Die Industriebeschäftigung stieg 1989 um 0,7%. Sie ist aber um rund 20% niedriger als im Höhepunkt 1973. In der Bundesrepublik Deutschland verlor die Industrie im gleichen Zeitraum trotz schwächerer Produktivitätssteigerung 24% ihrer Beschäftigten. Im zeitlichen Verlauf unterscheidet sich diese Entwicklung in Österreich von jener in der BRD. Zunächst sank die Industriebeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland stärker, in den letzten Jahren ist sie hingegen stabiler als in Österreich. Dies geht auf eine verzögerte Anpassung der Beschäftigung an das Nachlassen des Produktionswachstums in den achtziger Jahren zurück, nicht auf die Situation in jüngster Zeit.

1988 und 1989 stieg die Industrieproduktion in Österreich rascher als in der BRD. Die stärkere Dynamik gemeinsam mit der anhaltenden Ausnützung eines Rationalisierungsspielraums in Österreich ergibt für die letzten Jahre eine deutlich höhere Produktivitätssteigerung in Österreich. Nach einem internationalen Vergleich des Produktivitätsniveaus (Guger, 1988) hatte die Bundesrepublik Deutschland 1985 (zu Faktorkosten,

1988 und 1989 stieg die Industrieproduktion in Österreich rascher als in der BRD. Die stärkere Dynamik gemeinsam mit der anhaltenden Ausnützung eines Rationalisierungsspielraums in Österreich ergibt für die letzten Jahre eine deutlich höhere Produktivitätssteigerung in Österreich. Nach einem internationalen Vergleich des Produktivitätsniveaus (Guger, 1988) hatte die Bundesrepublik Deutschland 1985 (zu Faktorkosten,

Die Industrie in Österreich und in der BRD

Gleitender Vierquartalsdurchschnitt



Kennzahlen zur Konjunkturlage der Industriebranchen im IV. Quartal 1989

	Produktion je Arbeitstag ¹⁾		Beschäftigung		Produktivität ¹⁾²⁾		Brutto-Lohn- und -Gehaltssumme		Arbeitskosten ¹⁾³⁾	
	Ø 1986 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Personen	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1986 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1986 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Bergwerke	90,9	- 8,1	8.509	- 9,1	119,9	+ 1,1	848,7	- 1,2	114,6	+ 9,4
Erdölindustrie	126,7	+ 13,3	6.024	- 3,4	159,9	+ 17,2	843,4	+ 0,8	82,0	- 10,5
Eisenhütten	106,8	- 0,7	22.576	- 9,7	151,6	+ 10,0	2.337,5	+ 2,9	101,4	+ 5,2
NE-Metallindustrie	119,1	- 3,3	7.620	- 0,3	120,5	- 3,1	708,0	+ 6,8	116,9	+ 11,4
Stein- und keramische Industrie	107,4	+ 2,3	22.785	+ 1,2	105,1	+ 1,1	1.942,9	+ 6,2	128,6	+ 4,5
Glasindustrie	108,7	+ 7,0	7.812	+ 3,9	109,7	+ 3,0	590,6	+ 5,9	111,7	+ 0,5
Chemische Industrie	123,1	+ 1,5	56.495	+ 0,9	122,1	+ 0,6	4.953,1	+ 4,8	107,4	+ 4,8
Papierzeugende Industrie	126,9	+ 3,1	12.437	- 0,2	122,0	+ 3,2	1.246,9	+ 6,4	109,2	+ 4,3
Papierverarbeitende Industrie	133,9	+ 5,9	9.451	+ 3,3	123,6	+ 2,5	723,7	+ 9,4	110,6	+ 5,1
Holzverarbeitende Industrie	132,2	+ 11,9	26.527	+ 5,4	120,5	+ 6,2	1.781,7	+ 8,6	105,7	- 4,5
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	111,2	+ 5,7	42.818	- 0,7	115,0	+ 6,5	3.469,8	+ 4,8	114,0	+ 0,8
Ledererzeugende Industrie	101,3	+ 11,1	1.020	+ 6,2	104,5	+ 4,6	48,6	+ 7,7	116,9	- 2,0
Lederverarbeitende Industrie	84,0	+ 14,4	8.938	- 4,0	125,4	+ 19,2	455,7	+ 0,3	105,4	- 11,5
Textilindustrie	109,1	+ 7,2	32.436	+ 1,5	121,6	+ 5,6	2.040,1	+ 4,3	110,6	- 3,1
Bekleidungsindustrie	94,2	+ 3,3	24.640	- 3,1	106,2	+ 6,5	1.065,9	+ 0,6	121,7	- 1,2
Gießereindustrie	139,7	+ 13,9	8.492	+ 4,3	142,5	+ 9,3	690,4	+ 13,0	94,5	+ 0,5
Maschinen- und Stahlbauindustrie	138,4	+ 13,1	77.163	+ 5,4	133,7	+ 7,4	7.011,7	+ 12,7	104,4	+ 2,7
Fahrzeugindustrie	141,8	+ 14,2	31.205	+ 4,4	141,3	+ 9,5	2.571,8	+ 9,5	94,1	- 2,6
Eisen- und Metallwarenindustrie	129,8	+ 9,6	52.188	+ 2,3	130,6	+ 7,1	3.891,0	+ 9,1	104,7	+ 1,4
Elektroindustrie	127,7	+ 12,8	75.914	+ 4,3	123,3	+ 8,1	6.341,1	+ 10,5	109,2	- 0,1
Industrie insgesamt ohne Energieversorgung	122,2	+ 7,4	535.049	+ 1,6	126,2	+ 5,7	43.562,7	+ 7,5	107,3	+ 1,7

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse (2. Aufarbeitung) — ²⁾ Produktion je Beschäftigten — ³⁾ Je Produktionseinheit

Indikatoren der Ertragsentwicklung

	1989				
	I Quartal	II Quartal	III Quartal	IV Quartal	I bis IV Quartal
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Preisindex Industrie ¹⁾	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,0
Großhandelspreisindex	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,0
Exportpreise ²⁾	+ 3,5	+ 3,8	+ 1,9	+ 1,3	+ 2,6
Arbeitskosten	- 2,9	- 2,3	+ 2,2	+ 1,7	- 0,3
Industrierohstoffpreise ¹⁾	+ 19,0	+ 19,4	+ 12,4	+ 7,3	+ 14,4
Prime Rate	+ 8,9	+ 9,4	+ 9,8	+ 9,9	+ 9,5

¹⁾ Errechnet aus der Relation von Produktionswert zu Produktionsindex ohne Erdölindustrie — ²⁾ Durchschnittswerte der Warenexporte (S je I) — ³⁾ WIFO-Rohstoffpreisindex

ohne Bergbau und Erdölindustrie) einen Vorsprung von etwas weniger als 15% vor der österreichischen Industrie. Seit 1985 ist die Produktivität in Österreich um 19%, in der BRD um 8% gestiegen. Erfahrungsgemäß wird eine Fortschreibung der Produktivität von späteren genaueren Erhebungen nicht exakt bestätigt. Sollte dies der Fall sein, so dürfte der Vorsprung der BRD in der Industrieproduktivität auf etwa 5% geschrumpft sein.

Der langfristige Strukturwandel von den Grundstoffen zu den höher-

verarbeiteten Produkten hielt auch 1989 an. Die Produktion stieg im Basissektor real um 3% im Bereich der technischen Verarbeitungsprodukte

Basissektor verliert weiter Beschäftigte

hingegen um 10%. Entsprechend sank die Beschäftigung im Basissektor um 4,7%, während sie in der technischen Verarbeitung um 3% stieg.

Die Bauzulieferung erreichte 1989 dank der guten Baukonjunktur den

ungewöhnlich hohen Zuwachs von 5% das langfristige Mittel liegt hier bei 1,7% (Durchschnitt 1983 bis 1988). Die Zahl der Beschäftigten, die in diesem Sektor üblicherweise um 1,7% pro Jahr gesunken ist, stieg 1989 um 3%. Die Produktion traditioneller Konsumgüter expandierte um 4%; dies konnte trotz einer Verringerung der Beschäftigtenzahl um 2% erreicht werden. Die Chemieindustrie produzierte um 3,8% mehr als im Vorjahr und erhöhte ihren Beschäftigtenstand um 2,2%.

Der auch 1989 zu beobachtende Strukturwandel kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Basissektor in Österreich noch viel größer und der Sektor der technischen Verarbeitungsprodukte noch kleiner ist als in anderen Industrieländern. Ein internationaler Vergleich der Industriestruktur ist nach der OECD-Industriestatistik für die Jahre 1980 bis 1986 möglich. In diesem Zeitraum hatte der Basissektor in Österreich mit 14,7% den vierthöchsten Anteil an der Wert-

Anteil der Industriesektoren an der Wertschöpfung

	Basissektor ohne Bergbau		Chemie		Bauzulieferungsbranchen		Technische Verarbeitungsprodukte		Traditionelle Konsumgüterbranchen		Sonstige	
	1980	1986	1980	1986	1980	1986	1980	1986	1980	1986	1980	1986
Anteile an der Industrie insgesamt in %												
Österreich	14,1	14,7	10,6	9,8	11,6	12,0	33,6	34,4	25,4	24,2	4,8	4,9
Schweden	16,6	17,5	9,5	10,3	11,7	8,5	42,5	44,6	13,2	12,5	6,5	6,6
Dänemark	5,8	5,3	11,8	12,9	10,6	10,7	34,0	34,7	29,1	27,8	8,7	8,6
Japan	15,4	10,1	12,9	14,3	8,7	7,2	41,2	46,1	15,4	15,3	6,4	7,0
USA	13,1	9,4	12,6	13,6	6,1	6,1	44,2	44,7	16,8	17,4	7,3	8,9
BRD	14,5	11,8	14,8	16,8	7,5	5,8	45,4	49,4	15,2	13,8	2,6	2,4
Norwegen	15,5	13,4	9,5	9,0	15,2	12,8	34,2	30,5	16,1	22,5	9,5	11,8
Frankreich	15,2	16,4	12,3	12,1	5,8	7,0	40,0	36,8	22,9	21,1	3,8	6,5
Großbritannien	11,3	9,5	13,3	15,3	8,0	7,8	40,5	39,1	19,8	20,0	7,1	8,3
Finnland	22,8	19,3	8,2	9,5	14,2	10,9	26,8	30,8	19,7	20,3	8,3	9,3
Niederlande	8,2	7,9	15,7	22,8	7,3	5,6	34,4	32,4	26,6	24,0	7,8	7,3
Italien	13,7	11,4	14,1	15,4	10,2	9,4	36,9	38,1	21,1	21,7	4,0	4,0
Ø der 12 Länder	13,9	12,2	12,1	13,5	9,7	8,6	37,8	38,5	20,1	20,1	6,4	7,1

Anteil der Industriesektoren an der Beschäftigung

	Basissektor ohne Bergbau		Chemie		Bauzulieferungsbranchen		Technische Verarbeitungsprodukte		Traditionelle Konsumgüterbranchen		Sonstige	
	1980	1986	1980	1986	1980	1986	1980	1986	1980	1986	1980	1986
Anteile an der Industrie insgesamt in %												
Österreich	13,5	12,0	9,3	9,1	11,0	13,0	36,2	37,0	25,1	23,6	4,8	5,3
Schweden	15,0	13,6	7,9	8,6	11,5	9,9	46,7	49,1	13,1	12,8	5,8	6,0
Dänemark	4,8	4,2	8,9	9,3	11,4	11,1	39,4	40,8	27,1	26,4	8,4	8,1
Japan	8,7	7,1	8,5	8,8	10,7	8,6	42,0	46,1	23,4	22,3	6,7	7,1
USA	9,6	8,0	8,6	9,3	8,1	8,2	44,4	45,4	20,6	19,1	8,7	10,0
BRD	11,2	8,4	11,9	12,9	7,9	6,8	47,9	53,7	15,2	13,4	6,0	4,8
Norwegen	12,7	11,1	7,2	6,8	12,8	12,4	34,7	36,4	21,9	20,7	10,7	12,4
Frankreich	9,4	8,8	10,6	10,9	8,8	7,6	41,0	42,2	24,0	23,1	6,2	7,4
Großbritannien	10,1	8,1	9,8	10,5	7,5	7,3	44,4	42,6	21,9	23,5	6,3	7,4
Finnland	14,0	13,3	6,7	7,2	15,2	13,8	32,2	33,7	24,4	22,8	7,6	9,1
Niederlande	7,7	7,4	12,7	15,5	8,2	6,6	40,5	40,7	23,4	21,6	7,4	8,1
Italien	11,2	10,5	11,8	11,8	10,1	9,5	39,3	40,2	24,0	24,6	3,7	3,4
Durchschnitt der 12 Länder	10,6	9,4	9,5	10,1	10,3	9,6	40,7	42,3	22,0	21,2	6,9	7,4

Verarbeitungsgrad (Unit Value) der Exporte und Importe Österreichs

	Chemische Erzeugnisse (SITC 5)		Bearbeitete Waren (SITC 6)		Maschinen Fahrzeuge (SITC 7)		Sonstige Fertigwaren (SITC 8)		Insgesamt (SITC 5 bis 8)	
	Export	Import	Export	Import	Export	Import	Export	Import	Export	Import
1982	10,3	14,2	16,5	22,5	117,1	113,9	170,8	131,3	26,1	37,5
1983	10,1	13,9	15,3	22,9	124,9	112,2	174,7	135,9	25,2	38,5
1984	10,9	15,2	15,9	23,3	125,5	120,2	176,8	139,4	25,9	39,8
1985	12,4	15,3	16,7	24,0	127,6	128,3	192,2	145,2	28,6	41,6
1986	11,4	14,8	16,3	22,0	135,6	131,2	186,5	144,9	28,8	41,3
1987	10,5	14,7	15,4	21,5	136,4	131,6	170,0	141,0	26,9	41,3
1988	11,4	14,6	16,0	20,7	139,4	136,5	162,4	133,3	27,9	40,9
1989	12,3	16,3	17,5	21,7	131,3	145,3	135,0	136,1	28,2	44,1

schöpfung unter 12 vergleichbaren Ländern Größer war er nur in den skandinavischen Ländern (Schweden und Finnland, deren Papierindustrie fast 10% der Wertschöpfung ausmacht) und in Frankreich Der Sektor der technischen Verarbeitungsgüter ist, wieder gemessen an der Wertschöpfung, mit 34 1/2% der viertniedrigste unter den verglichenen Ländern Im Durchschnitt der OECD-Länder ist der Anteil des technischen Verarbeitungssektors um 4 Prozentpunkte höher. Der Anteil des Chemiesektors bleibt mit 10% etwas unter dem Durchschnitt der OECD-Länder Überdurchschnittlich ist in Österreich der Anteil des Bauzulieferungssektors und der traditionellen Konsumgüter

das Jahr 1989 lassen jedoch vermuten, daß von der erwähnten Verschiebung der Sektorstruktur abgesehen, einige Strukturschwächen, die die langfristige Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft beeinträchtigen, angehalten haben

Ein oft beschriebenes Kennzeichen der qualitativen Konkurrenzfähigkeit einer Wirtschaft ist das Verhältnis zwischen den Erlösen je Gewichtseinheit (Unit Values) im Export und im Import. Der Verarbeitungsgrad von Fertigwaren (SITC 5 bis 8) ist im österreichischen Export niedriger als im Import: 1989 betrug der Unit Value dieser Gruppe im Import 44,1 S je kg im Export war er mit 28,2 S je kg um 36% niedriger Der Unit Value der Importe stieg mit +8% 1989 deutlich stärker als jener der Exporte (+1%). Auch langfristig (z B gegenüber 1981) vergrößerte sich der Abstand der Unit Values im Export und im Import. Besonders groß ist der qualitative Aufholbedarf im Sektor Chemie. Einen anderen Vergleich der Konkur-

renzfähigkeit bei den technologisch anspruchsvollsten Produkten bietet eine Klassifikation der Güter nach dem Technologiegehalt wie sie die OECD vorschlägt Sie definiert Produktkategorien auf der Ebene von Dreistellern der SITC-Statistik, vorwiegend im Bereich der Elektronik und der Telekommunikation Die Summe der so definierten 18 Positionen machte für die Exporte Österreichs 1989 4,35 Mrd S, für die Importe 6,17 Mrd S aus Der Anstieg der Exporte war mit +6,5% deutlich niedriger als jener der Importe (+17,7%) Mit 198 S je kg weisen die Exporte einen halb so hohen Unit Value auf wie die Importe. Die höchsten Exportzuwächse konnten in den Positionen 752 (Datenverarbeitungs-maschinen) sowie 763 (Ton-Bildaufnahme- und Wiedergabegeräte) und 898 (Musikinstrumente u a) erzielt werden.

Einen wichtigen Fortschritt in der Internationalisierung der österreichischen Industrie bedeutete der Kauf von Produktionsstätten im Ausland Nach der Statistik der Oesterreichischen Nationalbank gab die Industrie (Wirtschaftsunternehmen und Private) für Direktinvestitionen im Ausland 9,4 Mrd. S aus, deutlich mehr als ausländische Unternehmen für Käufe in Österreich (6,9 Mrd S) Ein Überschub in den Direktinvestitionsströmen in einem Jahr kann allerdings die große Lücke zwischen dem Bestand österreichischer Direktinvestitionen im Ausland und dem ausländischer Unternehmen in Österreich nicht

Zukunftsindikatoren anhaltend schwach

Der Strukturwandel einer Volkswirtschaft ist kurzfristig sehr schwer zu messen. Mehrere Indikatoren für

Exporte, Importe und Unit Values „innovativer Produkte“

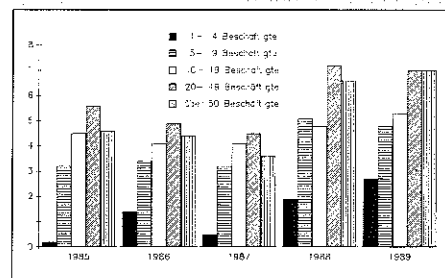
	Exporte		Importe		Exporte		Importe	
	1988	1989	1988	1989	1988	1989	1988	1989
	Mill S				Unit Values: S je kg			
Datenverarbeitungs-maschinen	115,5	204,1	730,7	859,9	1144,2	1054,7	1026,7	1051,1
Teile für Büro- und Datenverarbeitungs-maschinen	127,3	164,5	376,7	507,7	1524,3	1362,9	1007,9	1087,9
Büromaschinen	40,6	33,3	135,0	250,0	378,0	361,5	409,3	664,3
Druck- und Buchbindemaschinen	105,4	131,7	136,6	156,7	233,2	235,7	303,3	270,3
Fotoapparate und -ausrüstung	25,0	29,4	95,5	108,5	650,4	783,6	783,3	815,4
Elektrische Maschinen Apparate Geräte a n g	334,8	377,7	475,8	637,0	68,3	74,9	148,6	185,3
Schalter Stecker u a	447,5	495,9	474,9	561,3	377,8	571,8	382,3	387,7
Elektronenröhren u a	787,9	509,5	776,8	706,5	636,5	402,1	338,4	306,8
Prüf- und Analyseinstrumente	339,9	344,6	434,7	511,3	1225,6	1105,7	772,8	822,8
Optische Geräte a n g	32,1	32,7	30,1	26,9	3441,2	3684,5	2029,3	1424,6
Zähler a n g	27,8	31,5	31,5	33,6	470,8	497,6	489,3	518,6
Fernsehempfangsgeräte	569,4	700,4	247,1	262,8	251,3	278,1	246,5	241,1
Rundfunkempfangsgeräte	79,9	91,5	115,4	136,6	343,7	451,9	215,7	211,4
Ton- Bildaufnahme- und Wiedergabegeräte	64,2	117,0	80,2	84,5	1144,4	699,4	424,1	450,4
Nachrichtengeräte	344,7	316,7	543,4	643,5	861,5	819,5	455,1	437,4
Musikinstrumente u a	154,3	223,1	263,0	328,8	256,4	218,1	263,8	262,0
Stromverteiler a n g	290,9	349,7	191,6	240,2	86,4	38,6	82,7	82,4
Optische Erzeugnisse a n g	196,9	196,7	99,5	110,5	3731,3	3667,9	1830,6	1897,1
Insgesamt	4084,0	4350,0	5238,4	6166,2	284,7	198,0	334,6	344,7

Energieverbrauch je Produktionseinheit

	Energieverbrauch		Industrieproduktion		Einsparung	
	1981 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1981 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1981 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %
1981	100,0	-4,9	100,0	-2,2	100,0	-2,7
1982	97,0	-3,0	99,6	-0,4	97,4	-2,6
1983	94,3	-2,8	100,8	+1,2	93,6	-3,9
1984	98,8	+4,7	105,7	+4,9	93,5	-0,1
1985	99,2	+0,4	110,8	+4,8	89,5	-4,2
1986	94,9	-4,3	111,9	+1,0	84,8	-5,2
1987	95,3	+0,4	111,5	-0,4	85,5	+0,8
1988	99,4	+4,3	118,6	+6,4	83,8	-2,0
1989	102,6	+3,2	125,4	+5,7	81,8	-2,4
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %					
1981/1986		-1,0		+2,3		-3,2
1987/1989		+3,8		+6,1		-2,1

Konjunkturbeobachtung im Gewerbe

Umsatzeinschätzung der Gewerbebetriebe



Q: Institut für Gewerbeforschung. Anteile der Betriebe, die einen Anstieg bzw. Rückgang der Umsätze erwarten, in %, nach Beschäftigten-größenklassen.

schließen (Pichl 1989A, 1989B, 1989C)

Der Energieverbrauch der österreichischen Industrie war zwischen 1973 und 1986 rückläufig gewesen (-6%); in den letzten drei Jahren ist er wieder deutlich gestiegen (+8%) 1988 betrug der Zuwachs 4,3%, 1989 erfolgte ein weiterer Anstieg um 3,2%. Die Zunahme des Energieverbrauchs ist einerseits auf die dynamische Entwicklung der Produktion zurückzuführen, darunter auch auf die Erholung der Basisindustrie, sie beruht aber auch darauf, daß die Energie sich deutlich schwächer verteuerte als die übrigen Kostenfaktoren. Gegenüber 1980 ist der Preis von Mineralölprodukten (Großhandelspreis) um fast 30% zurückgegangen, der Preis von Strom (Verbraucherpreis) ist relativ zum gesamten Verbraucherpreisindex um 9% gesunken. Der energiesparende technische Fortschritt betrug 1988 und 1989 2,0% bzw. 2,4%. Die Steigerung der Energieproduktivität liegt somit niedriger als im bisherigen Verlauf der achtziger Jahre („Einsparung“ Durchschnitt 1981/1986 3,2%). Wie aus den Ergebnissen des WIFO-Konjunkturtests hervorgeht, planen die Industrieunternehmen auch heuer ihren Energieverbrauch deutlich zu steigern

Karl Aiginger

Literaturhinweise

Guger, A. „Produktivität und Lohnkosten der Industrie. Ein Vergleich zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland“ WIFO-Monatsberichte 1988, 61(9)

Hahn F. „Cash-flow der Industrie erreichte 1989 Rekordwert“, WIFO-Monatsberichte 1990 63(1)

Pichl C (1989A) „Internationale Investitionen Ver-

flechtung der österreichischen Wirtschaft“ WIFO-Monatsberichte 1989 62(3)

Pichl C (1989B) „Internationale Investitionen Entwicklungsniveau und Landesgröße“ WIFO-Monatsberichte 1989, 62(4)

Pichl C (1989C) „Direktinvestitionen und Beteiligungen im Ausland Ergebnisse einer Umfrage in der Industrie“ WIFO-Monatsberichte 1989 62(6)

Anhaltend gute Gewerbekonjunktur

1989 setzte sich der Konjunkturaufschwung im österreichischen Gewerbe fort. Das gesamte produzierende Gewerbe erzielte einen realen Produktionszuwachs von 5% nach +5,2% 1988. Damit erreichten die Gewerbebetriebe eine ähnlich hohe Expansion wie die Industrie (1989 +5,7%) und verzeichneten in zwei aufeinanderfolgenden Jahren die stärkste Konjunkturbelebung der achtziger Jahre.

Im Gegensatz zur Industrie hatte das Gewerbe in den vergangenen Jahren eine stabilisierende Funktion bezogen auf die Beschäftigung. Nach dem beträchtlichen Arbeitskräfteabbau im Rahmen der Rationalisierungsmaßnahmen insbesondere der Verstaatlichten Industrie (1987 -2,8%,

1988 -2,1%) konnte die Industrie ihren Beschäftigtenstand erst 1989 ähnlich wie das gesamte Gewerbe ausweiten (+0,6%, Industrie +0,7%) während im Gewerbe schon 1988 eine Zunahme der Arbeitskräftezahl von rund 1% zu beobachten war. Das Großgewerbe (Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten) baute seinen Beschäftigtenstand 1989 um 1,3% aus.

Über die Umsatzentwicklung im Kleingewerbe gibt es unterjährig keine gesicherten statistischen Daten. Das Österreichische Statistische Zentralamt erhebt nur die Umsätze des Großgewerbes. Informationen über den Verlauf der Konjunktur für Gewerbebetriebe (einschließlich Kleingewerbe) bieten vierteljährliche Umfragen des Instituts für Gewerbeforschung. In dieser Befragung meldeten insgesamt die kleineren Betriebe eine kräftigere Umsatzbelegung als im Vorjahr, mittlere und Großbetriebe expandierten weiterhin stark. Im gesamten Gewerbe zeichnete sich vor allem der Facharbeitermangel im vergangenen Jahr deutlich ab: Mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen (und etwa zwei Drittel der Großgewerbebetriebe) meldeten eine starke Behinderung ihrer Geschäftstätigkeit

Produktion, Beschäftigung und Produktivität im Gewerbe

	Großgewerbe			Industrie		
	1987	1988	1989	1987	1988	1989
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Produktion						
Nominell	+3,8	+7,3	+7,9	-1,0	+7,7	+8,0
Real ¹⁾	+1,5	+5,0	+5,0	-0,5	+6,5	+5,7
Beschäftigung ²⁾	-0,6	+1,0	+1,3	-2,8	-2,1	+0,7
Produktivität	+2,1	+4,0	+3,7	+1,8	+8,3	+5,8

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt eigene Berechnungen, 1989 vorläufige Werte. Großgewerbe: Großgewerbestatistik (baubereinigt), 1989 vorläufige Werte kumuliert aus der quartalsweisen Gewerbestatistik; Industrie: Industriestatistik (ohne Tabakindustrie und Energieversorgung), 2. Aufarbeitung. -¹⁾ Preisbereinigung für das Gewerbe mit dem Index der Industrieproduktion bzw. dem Großhandelspreisindex -²⁾ Jahresdurchschnitte

Produktion in zusammengefaßten Branchengruppen

	Großgewerbe Produktionswert ¹⁾ Real		Industrie Produktionsindex ²⁾ 1985 = 100	
	1988	1989	1988	1989
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Bergbau	-	-	- 9,4	-2,0
Erdöl	-	-	+ 6,7	+1,6
Eisenhütten	-	-	+ 8,4	+1,5
Metallhütten	-	-	+15,8	-4,0
Steine Erden Keramik	+12,0	+1,5	+ 6,3	+2,7
Glas	+ 6,4	-7,5	- 1,0	+0,6
Chemie	+ 9,3	+5,5	+12,1	+3,0
Papier Graphisches Gewerbe	+ 5,2	+9,0	+11,8	+5,9
Holz	+ 7,4	+7,0	+ 6,5	+9,7
Nahrungs- und Genußmittel	+ 4,8	+2,8	+ 3,1	+4,3
Leder	-12,2	+2,8	- 9,5	+2,6
Metalle	+ 4,7	+5,0	+ 7,3	+9,4
Textilien	- 1,3	+7,1	+ 3,0	+3,8
Bekleidung	- 9,2	-2,9	- 5,4	-0,1
Insgesamt	+ 5,0	+5,0	+ 6,5	+5,7

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt — ¹⁾ Quartalsaufarbeitung preisbereinigt vorläufige Werte — ²⁾ Unbereinigt 2 Aufarbeitung

durch das Fehlen des entsprechenden Fachpersonals

Angesichts der guten Konjunktur und der Verbesserung ihrer Ertragslage investierten die gewerblichen Unternehmen 1988 kräftig, die Investitionen erreichten ein relativ hohes Niveau. Eine Umfrage des Instituts für Gewerbeforschung ergab für 1989 eine Verringerung der Brutto-Investitionen. Insgesamt investierten die befragten Unternehmen im Durchschnitt 1989 45 000 S je Beschäftigten nach 49 000 1988

Das gesamte Großgewerbe expandierte 1989 mit +5% relativ kräftig. Im Rahmen der großgewerblichen Produktion schnitt das graphische Gewerbe (Papier, Verlagswesen) überdurchschnittlich gut ab, diese Branche erzielte einen realen Produktionszuwachs von 9%. Von der guten Konjunktur im Ausbau- und Baunebengewerbe profitierten vor allem die Zulieferbetriebe im Holzbe- und -verarbeitenden Gewerbe die Produktion der gewerblichen Holzbetriebe lag um 7% über dem Vorjahresniveau. Erstmals seit Jahren hatten die gewerblichen Textilbetriebe wieder Umsatzzuwächse zu verzeichnen (+7,1% nach +1,3% 1988). Diese Entwicklung dürfte sich aber auf die großgewerbliche Produktion beschränken, die kleinen Textilbetriebe kämpfen weiterhin ums Überleben.

Das chemische Gewerbe hatte in den vergangenen Jahren stets zu den stärksten Wachstumsbranchen im Gewerbe gezählt und konnte auch 1989 mit +5,5% etwas überdurch-

schnittlich expandieren. Die metallbe- und -verarbeitenden Branchen, die vorwiegend die Kraftfahrzeugmechaniker umfassen, steigerten ihre Produktion neuerlich um 5%.

Eine der stabilsten Gewerbebranchen, das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe verzeichnete 1989 mit +2,8% ein unterdurchschnittliches Wachstum. Die Ledererzeugung erreichte hingegen, nachdem sie in den vergangenen Jahren relativ deutlich geschrumpft war, wieder einen geringen Zuwachs von 2,8%. Den Rückgang der Nachfrage nach Wohnungsneubauleistungen bekamen die Produzenten des Bereichs Steine-Erden-Keramik — die zu den wichtigsten Zulieferbetrieben der Bauwirtschaft, insbesondere der Wohnungswirtschaft zählen — deutlich zu spüren. Nach einer kräftigen Produktionsausweitung 1988 (+12,0%) erreichte der Anstieg in diesem Sektor 1989 nur 1,5%. Deutliche Umsatzeinbußen mußten die gewerblichen glaserzeugenden Betriebe hinnehmen (-7,5%). Der seit Jahren zu beobachtende Schrumpfungsprozeß im Bekleidungssektor setzte sich 1989 abgeschwächt fort (-2,9% nach -9,2%).

Margarete Czerny

Abschwächung der Baukonjunktur

Nach dem Bauboom 1988 setzte im vergangenen Jahr eine Abschwä-

chung der Baukonjunktur ein. Bauindustrie und Bauhauptgewerbe verloren vor allem vom Frühsommer bis Herbst an Dynamik. Im Jahresdurchschnitt 1989 wuchs die Produktion der Bauwirtschaft langsamer als die Gesamtwirtschaft und erzielte einen realen Zuwachs von 2,6% nach +4,7% 1988.

Zu Jahresanfang 1989 expandierte die reale Bauproduktion dank der lebhaften Wohnbaunachfrage, die vor allem von der bevorstehenden Umstellung der Bestimmungen für die Wohnbauförderung ausgelöst wurde, noch besonders kräftig. Zudem ermöglichte das außerordentlich milde Wetter eine nahezu ungebrochene Bautätigkeit in den Wintermonaten. Die Bauproduktion stieg im I. Quartal real um 10,5% über das Vergleichsniveau des Vorjahres. Im II. Quartal (+0,5%) und im III. Quartal (+1,0%) weitete sich mit dem Nachlassen der Nachfrage im Wohnungsneubau — aber auch im Wirtschaftsbau — die gesamte Bauproduktion auf relativ hohem Niveau nur noch geringfügig aus. Gegen Ende des Jahres 1989 entwickelte sich die Bautätigkeit wieder etwas dynamischer, die Bauproduktion erhöhte sich im IV. Quartal real um 2,8%.

Träger der Baukonjunktur waren 1989 vor allem der Tiefbau sowie der Adaptierungs- und Sanierungsbereich. Der Straßen- und Brückenbau expandierte aufgrund der forcierten Bautätigkeit im Rahmen der Realisierung des Straßenausbauprogramms bis 1992 überdurchschnittlich, und das Baunebengewerbe war mit Bauaufträgen für den Ausbau, aber auch durch die kräftige Nachfrage nach Adaptierungs- und Sanierungsarbeiten im vergangenen Jahr überdurchschnittlich gut ausgelastet. Insbesondere in Wien stimulierten die günstigen Förderungskonditionen die Bau-

Beitrag der Bauwirtschaft zum realen Brutto-Inlandsprodukt

Zu Preisen von 1983

	I Qu	II Qu	III Qu	IV Qu	Jahresdurchschnitt
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
1984	- 1,2	- 2,2	- 2,7	+ 0,9	- 1,3
1985	-10,6	+ 2,3	+ 5,1	- 0,9	+ 0,5
1986	+ 2,0	+ 2,7	- 0,4	+ 1,1	+ 1,1
1987	+ 0,3	+ 2,3	+ 2,8	+ 0,5	+ 1,7
1988	+11,6	+ 5,1	+ 1,5	+ 5,1	+ 4,7
1989	+10,5	+ 0,5	+ 1,0	+ 2,8	+ 2,6

Umsätze der Bauindustrie und des Bauhauptgewerbes
Hoch- und Tiefbau

	1988		1989		Dezember
	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S ohne Mehrwertsteuer	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Hochbau	43 789	+ 12,3	44 679	+ 2,0	3 870
Tiefbau	36 673	+ 0,1	38 606	+ 5,3	3 210
Adaptierungen	8 094	+ 9,9	8 503	+ 5,1	761
Insgesamt	88 556	+ 6,7	91 788	+ 3,6	7 842
Bauindustrie	36 110	+ 7,7	38 114	+ 5,5	3 135
Baugewerbe	52 446	+ 6,0	53 674	+ 2,3	4 707

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt

leistungen der Wohnhaussanierung kräftig Dank dieser Entwicklung wurden im gesamten Baunebengewerbe mehr Arbeitskräfte aufgenommen, der Beschäftigungszuwachs war beinahe doppelt so hoch wie in der Bauindustrie und im Bauhauptgewerbe

Die jüngste Auftragsstatistik des Österreichischen Statistischen Zentralamtes zeigt eine deutliche Zunahme des Auftragsbestands in der Bauwirtschaft In der Bauindustrie und im Bauhauptgewerbe erhöhten sich die Auftragsbestände (per Ende 1989) insgesamt um 7,9%, jene Aufträge, die innerhalb von einem Jahr aufzuarbeiten sind, nahmen sogar um 9,5% zu Das gesamte Auftragsvolumen im Tiefbau expandierte mit +9,4% Ende des Jahres 1989 besonders kräftig, jenes im Hochbau um 6,9% Insgesamt rechnen die Bauunternehmer 1990 mit einem Fortbestand der guten Baukonjunktur

Wegen nachlassender Nachfrage im Hochbau stiegen die Bauumsätze

insgesamt im vergangenen Jahr mit nominell +3,6% weniger als 1988 (+6,7%) Im Wohnungsneubau stagnierte die Produktion auf dem relativ hohen Vorjahresniveau, und im Wirtschaftsbau ist nach Jahren kräftiger

Geringe Umsatzsteigerung im Hoch- und Tiefbau, kräftige Zunahmen im Baunebengewerbe

Expansion ebenfalls eine Wachstumspause eingetreten.

Die Umsätze im gesamten Hochbau erhöhten sich 1989 um nur 2% (Wohnungsneubau +0,6%, Wirtschaftsbau +2,0%), während im Tiefbau die Produktion deutlicher wuchs (+5,3%) Erstmals seit fünf Jahren expandierte der Straßenbau wieder kräftiger (+8,1%), und die Produktion im Brückenbau nahm um 14,1% zu Auch der Kraftwerksbau, der seit Jahren geschrumpft war und bereits ein sehr niedriges Niveau erreicht hatte, nahm mit der etwas regeren Bautätig-

keit an Kleinkraftwerken erstmals seit sieben Jahren wieder zu (+11,5%) Die Bautätigkeit im sonstigen Tiefbau hatte insbesondere durch das Vortreiben der Wasserwirtschaftsbauten in den Jahren 1985 bis 1987 stark expandiert und erhöhte sich im vergangenen Jahr nominell um nur 2,1%

Mit einem nominellen Produktionszuwachs von 5,5% schnitt die Bauindustrie insgesamt etwas besser ab als das Bauhauptgewerbe (+2,3%) Das Ausbau- und Bauhilfsgewerbe hingegen war dank der kräftigen Nachfrage im Sanierungsbereich und den in die Ausbauphase gelangten Neubauten in den vergangenen Jahren besonders gut ausgelastet.

Zunahme der Baubeschäftigung bei gleichzeitig hohem Sockel der Arbeitslosigkeit

Die relativ gute Baukonjunktur veranlaßte die Bauunternehmer vermehrt Arbeitskräfte aufzunehmen Im Jahresdurchschnitt 1989 erhöhte sich die Baubeschäftigung insgesamt um 1,8% Die kräftige Ausweitung der Beschäftigung war vor allem auf das gesamte Baunebengewerbe konzentriert (+2,1%); im Hoch- und Tiefbau wurden um 1,6% mehr Arbeitskräfte beschäftigt Zudem stand ein großes Potential an Gastarbeitern zur Verfügung Die billigeren ausländischen Arbeitskräfte wurden offenbar Inländern vorgezogen Die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter war im Jahresdurchschnitt 1989 mit rund 23 000 etwas niedriger als 1988 Allerdings dürfte die kurzfristige Beschäftigung im Bausektor wegen des verstärkten

Auftragslage im Hoch- und Tiefbau

	Auftragsbestände							
	Insgesamt		Innerhalb von 12 Monaten aufzuarbeiten		Hochbau		Tiefbau	
	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
1988, I. Quartal	50 389	-8,9	43 577	-3,8	26 364	-4,0	21 311	-14,5
II. Quartal	50 021	-8,2	42 488	-5,0	25 817	-4,1	21 204	-11,4
III. Quartal	47 549	-0,9	41 953	-0,2	25 301	+3,8	19 238	-7,7
IV. Quartal	43 783	-2,2	36 704	+1,3	22 488	-1,2	18 608	-5,3
1989, I. Quartal	47 497	-5,7	40 950	-6,0	23 896	-9,4	19 920	-6,5
II. Quartal	48 721	-2,6	41 079	-3,3	24 184	-6,3	20 805	-1,9
III. Quartal	50 630	+6,5	44 034	+5,0	24 823	-1,9	22 340	+16,1
IV. Quartal	47 233	+7,9	40 195	+9,5	24 038	+6,9	20 358	+9,4

Beschäftigte und Arbeitsuchende in der Bauwirtschaft

	Personen	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Arbeitskräfte insgesamt¹⁾		
1986	213 716	- 0,1
1987	213 686	- 0,0
1988	217 454	+ 1,8
1989	221 378	+ 1,8
Arbeitsuchende²⁾		
1986	27 314	+ 5,2
1987	28 968	+ 6,1
1988	26 548	- 8,4
1989	22 968	-13,5

Q: Bundesministerium für Arbeit und Soziales. -
1) Einschließlich Baunebengewerbe. - 2) Zuletzt in einem Betrieb des Bauwesens beschäftigt gewesene Arbeitslose

Baustoffproduktion

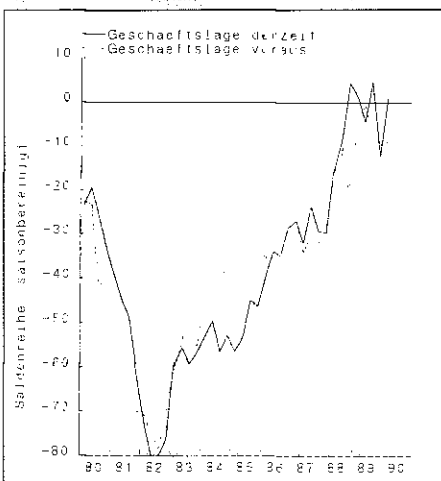
	1984	1985	1986	1987	1988	1989
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Insgesamt	+ 39	+ 05	+ 3,3	+ 4,9	+11,4	+ 6,3
Ausgewählte Baustoffe						
Zement	+ 00	- 71	+ 02	- 10	+ 67	- 14
Sand und Brecherprodukte	+ 39	+ 24	+ 01	+ 31	+ 29	+ 91
Hohlziegel	+ 69	- 3,6	- 1,3	+ 31	+13,1	+ 1,6
Betonmauersteine	- 28	-19,9	+ 5,3	+ 02	+ 37	+ 32
Produktionsindex „Vorleistungen für die Bauwirtschaft“	vorläufige Ergebnisse unbereinigte Werte (2 Aufarbeitung)					

Einsatzes von Arbeitskräften aus dem regen Zustrom von Ausländern besonders zugenommen haben.

Die Bautätigkeit war in den ersten Monaten des Jahres 1990 – begünstigt durch das besonders milde Wetter – weiterhin recht rege. Nach der erheblichen Expansion im Vorjahr wurden auch Anfang des Jahres weitere Arbeitskräfte aufgenommen. Die Baubeschäftigung nahm im Jänner 1990 insgesamt um 1% und im Februar 1990 um 2,9% zu, allerdings wurde dadurch die Arbeitslosigkeit nur geringfügig abgebaut.

Die reale Baustoffproduktion stieg 1989 um 6,3% nach +11,4% 1988. Eine kräftige Ausweitung war vor allem bei Produkten für den Ausbau- und Sanierungsbereich zu beobachten. Die Erzeugung anderer Indikatorbaustoffe, insbesondere jener für den Hochbau, expandierte kaum. Das Nachlassen der Nachfrage im Hochbau wirkte sich im Laufe des Jahres 1989 vor allem auf die Produktion der Stein- und keramischen Industrie aus. So ging etwa die Zementproduktion im Jahresdurchschnitt um 14% zurück, und die Ziegelproduktion (Hohlziegel) nahm im Jahresdurchschnitt 1989 um nur 1,6% zu (nach +13%

Konjunkturbeurteilung in der Bauwirtschaft



1988) Die Indikatorbaustoffe für das Ausbau- und Bauhilfsgewerbe wurden hingegen rege nachgefragt.

Die Unternehmen der Stein- und keramischen Industrie – einer der wichtigsten Zulieferindustrien der Bauwirtschaft – beurteilten die Produktionsaussichten für die nächsten Monate im Rahmen des jüngsten WIFO-Konjunkturtests wieder etwas optimistischer. Grund dafür dürfte die Zunahme der Auftragsbestände für den Hochbau – insbesondere für den Wirtschaftsbau – sein.

Insgesamt schätzen die Bauunternehmen die Konjunkturentwicklung in den nächsten Monaten weiterhin recht zuversichtlich ein, die Produktionserwartungen waren Anfang 1990 etwas günstiger als bei der letzten Befragung der Bauwirtschaft im Herbst 1989.

Margarete Czerny

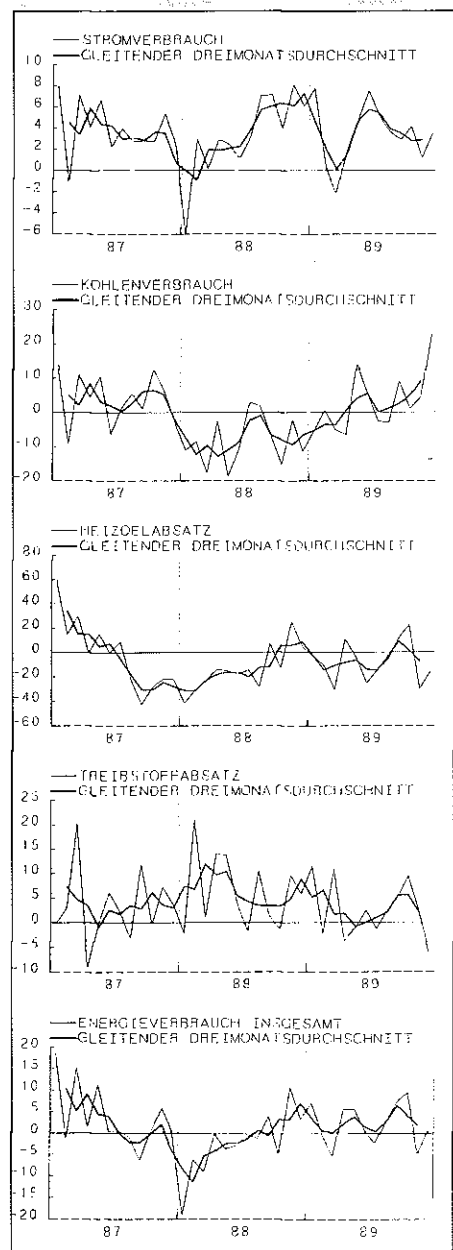
Mäßige Zunahme des Energieverbrauchs

Im Jahr 1989 wurde um 2% mehr Energie verbraucht als 1988. Trotz anhaltend guter Konjunktur (BIP real +3,8%), kräftig steigender Einkommen (Realeinkommen +7%), günstiger Ergebnisse im Reiseverkehr und weiterhin niedriger Energiepreise nahm der Energieverbrauch nur wenig zu, weil noch milderes Winterwetter als im Jahr davor den Verbrauchszuwachs deutlich verringerte. (Die Temperaturen während der Heizperiode waren 1988 um 10%, 1989 sogar um 13% höher als im langjährigen Durchschnitt.) Wären 1989 die Temperaturen im Winter allerdings auf den langfristigen Mittelwert gesunken, dann wäre der Energieverbrauch – bei sonst gleichen Bedingungen – nicht um 2% sondern um etwa 6% gestiegen.

Zu Anfang der achtziger Jahre war der Energieverbrauch infolge der sprunghaften Energieverteuerung und der Stagnation in der Gesamtwirtschaft gesunken. Seit dem Konjunkturaufschwung im Jahr 1983 belebte sich die Energienachfrage wieder, begünstigt durch den Sturz der Energiepreise im Jahr 1986. Der Energieverbrauch entwickelte sich aber infolge unterschiedlicher Konjunktur- und Witterungseinflüsse nach 1983 nicht stetig. Weil es in den Wintermonaten außergewöhnlich warm war, ging 1988 der Verbrauch zurück, und 1989 dämpfte der günstige Witterungseffekt die Verbrauchszunahme spürbar. Der Energieverbrauch er-

Entwicklung des Energieverbrauchs

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Energiebilanz für die Jahre 1988 und 1989

	Förderung	Einfuhr	Ausfuhr	Lager und Statistische Differenz	Gesamtverbrauch	Umwandlung	Erzeugung abgeleiteter Produkte	Eigenverbrauch des Sektors Energie	Nicht-energetischer Verbrauch	Energetischer Endverbrauch
TJ										
Kohle										
1988	23 635	140 249	169	-18 666	145 049	100 692	49 368	52	-	93 673
1989	22 931	133 970	137	-7 144	149 619	105 532	50 119	49	-	94 157
Veränderung in %	-3,0	-4,5	-18,8	-	+3,2	+4,8	+1,5	-4,6	-	+0,5
Erdöl und Mineralölprodukte										
1988	49 945	386 351	15 618	11 985	432 663	379 616	357 564	25 243	52 251	333 118
1989	49 210	393 351	14 978	5 244	432 827	387 045	362 436	26 074	50 468	331 675
Veränderung in %	-1,5	+1,8	-4,1	-58,2	±0,0	+2,0	+1,4	+3,3	-3,4	-0,4
Gas										
1988	45 524	135 467	0	2 597	183 588	42 371	959	13 555	16 535	112 085
1989	47 644	144 486	0	5 776	197 905	49 801	896	13 908	17 277	117 815
Veränderung in %	+4,7	+6,7	-	+122,4	+7,8	+17,5	-8,5	+2,6	+4,5	+5,1
Elektrischer Strom										
1988	164 430	20 059	29 819	-	154 670	164 480	176 486	3 859	-	162 817
1989	162 617	21 247	29 650	-	154 214	162 624	180 605	4 493	-	167 702
Veränderung in %	-1,1	+5,9	-0,6	-	-0,3	-1,1	+2,3	+16,4	-	+3,0
Fernwärme										
1988	-	-	-	-	-	-	26 953	-	-	26 953
1989	-	-	-	-	-	-	29 722	-	-	29 722
Veränderung in %	-	-	-	-	-	-	+10,3	-	-	+10,3
Insgesamt										
1988	283 535	682 126	45 806	-4 085	915 971	687 159	611 330	42 709	68 786	728 646
1989	282 401	693 053	44 764	3 875	934 565	705 002	623 778	44 525	67 745	741 071
Veränderung in %	-0,4	+1,6	-1,8	-	+2,0	+2,6	+2,0	+4,3	-1,5	+1,7

reichte in Österreich 1987 seinen bisherigen Höchstwert, 1989 dürfte er nur knapp darunter geblieben sein. Das reale Brutto-Inlandsprodukt war 1989 um 16%, der dafür erforderliche Energieaufwand um 12% höher als 1983. (1983 und 1989 herrschten ähnliche Witterungsverhältnisse.) Im jüngsten Konjunkturzyklus ist die Energieintensität der Gesamtwirtschaft deutlich weniger gesunken als in den Jahren davor. Zwischen 1973 und 1983 verringerte sich der Energieeinsatz je Einheit des realen BIP um etwa 2% pro Jahr, zwischen 1983 und 1989 nur noch um etwa 1/2% pro Jahr. Der nachlassende Kostendruck verlängerte die Amortisationszeit energiesparender Investitionen, und strengere gesetzliche Bestimmungen erforderten oft rasch wachsende Ausgaben für den Umweltschutz. Dennoch dürften die Bemühungen zur besseren Energienutzung bisher nur wenig nachgelassen haben. Die geringeren Rationalisierungserfolge erklären sich vielmehr mit Änderungen des Konsumverhaltens infolge kräftiger Einkommenszuwächse und niedriger Energiepreise.

Dank lebhafter Investitionstätigkeit und zunehmender Kapazitätsauslastung setzte sich der Rückgang des spezifischen Energiebedarfs der Industrie auch 1989 mit unvermindertem Tempo fort. Nach ersten Schätzungen produzierten die Industriebe-

triebe insgesamt um 6% mehr als 1988, benötigten dafür aber nur etwa gleich viel Energie (-1%). Das wäre ein besonders gutes Ergebnis, weil die Produktion in den energieintensiven Branchen (Roheisenerzeugung +4%, Papiererzeugung +4%, chemische Industrie +3%, Baustoffe +3%) nur wenig langsamer wuchs als in den übrigen Produktionsbereichen. Der Energiebedarf der Kleinabnehmer stagnierte (+1%); dies erklärt sich mit dem wieder besonders milden Wetter. Temperaturbedingt wäre sogar ein Verbrauchsrückgang zu erwarten gewesen. Der dennoch etwas höhere Verbrauch wurde durch steigende Produktionsleistungen im Fremdenverkehr und in den übrigen Dienstleistungsbereichen verursacht. Die starke Erhöhung der Realeinkommen und günstige Aussichten auf dem Arbeitsmarkt dürften außerdem die Haushalte zur weiteren Lockerung von Energiesparmaßnahmen angeregt haben und Investitionen in den Heizungs- und Wohnkomfort begünstigt haben.

Kräftig gestiegen ist der Energiebedarf für Verkehrsleistungen (+5%). Dank der anhaltend guten Konjunktur und den Rekordergebnissen im Tourismus nahmen die Verkehrsleistungen sowohl im Personenverkehr als auch im Güterverkehr stark zu. Von der lebhaften Nachfrage profitierten 1989 nicht nur die Luftfahrt und der

Straßenverkehr, sondern auch die Bahn. Viel mehr Energie als im Jahr davor benötigten auch die Energieversorgungsunternehmen für die Produktion, die Umwandlung und die Verteilung (insgesamt +6%). Das erklärt sich vor allem mit dem Mehrbedarf der Elektrizitätswirtschaft, die zur Deckung der höheren Stromnachfrage die Wärmekraftwerke forciert einsetzen mußte.

Der Rückgang der Verbraucherpreise von Energie, der 1986 begonnen hatte, kam in der ersten Jahreshälfte 1989 zum Stillstand. An der Jahreswende 1989/90 zogen die Energiepreise wieder spürbar an. Im Jahresdurchschnitt 1989 kostete Energie nur wenig mehr als im Jahr davor (insgesamt +2% ohne Treibstoffe -1%). Billiger waren Gas (-3%) und Fernwärme (-2%), teurer Treibstoffe (Benzin +7%, Dieseltreibstoff +2%, insgesamt +7%). Die übrigen Energieträger kosteten etwa gleich viel (Kohle und Brennholz jeweils -1%, elektrischer Strom und Heizöl jeweils -0%). Auf dem Wärmemarkt hat sich somit die bereits 1988 sehr günstige Wettbewerbsposition der Kohlenwasserstoffe gegenüber ihren Substitutionskonkurrenten weiter verbessert.

Die Nachfrage entwickelte sich je nach Verwendungszweck unterschiedlich; das wirkte sich auch auf die Nachfrage nach den einzelnen Energieträgern aus. Der Energiebe-

darf für Mobilität hat deutlich zugenommen, der für Raumheizung und Prozeßwärme stagnierte. Von der lebhaften Treibstoffnachfrage profitierten vor allem Erdölprodukte und elektrischer Strom. Auf dem Wärmemarkt gewannen Erdgas und Kohle Anteile zu Lasten der Heizöle. Trotz günstiger Heizölpreise ist die Mehrzahl der Verbraucher nicht zum Heizöl zurückgekehrt. Oft wurde die Verschärfung der gesetzlichen Umweltauflagen zum Anlaß genommen, die Heizungsanlage vom Heizöl- auf den Erdgasbetrieb umzustellen. Insgesamt trugen Erdgas (+8%) und Kohle (+3%) mehr zur Deckung des Energiebedarfs bei als im Jahr davor, Mineralölprodukte (+0%) und Wasserkraft (einschließlich Außenhandelsaldo mit elektrischer Energie -0%) gleich viel. Der Verbrauchsanteil des Erdöls ist gesunken.

Höhere Ausgaben für Energieimporte

Der zusätzliche Energiebedarf mußte aus Vorräten und Importen gedeckt werden, da die inländische Förderung knapp unter dem Niveau des Vorjahres blieb. Gemessen am Wärmewert nahmen die Importe um 2% zu, die Kosten dafür erhöhten sich um 15%. 1989 ging somit der Rückgang der Importpreise von Energie zu Ende, der 1986 begonnen hatte. Im Jahresdurchschnitt waren die Einfuhrpreise insgesamt um 13% höher als im Jahr davor. Stark verteuert haben sich Erdöl und Erdölprodukte (+21%), niedriger war der Erdgaspreis (-7%), der — durch langfristige Verträge vereinbart — dem Erdölpreis mit zeitlichem Abstand folgt. Der Anstieg der Importpreise erklärt sich zu etwa zwei Dritteln mit Preisänderungen auf dem Weltmarkt und zu etwa einem Drittel mit Wechselkursgewinnen des Dollars. Für Energieimporte wurden 1989 29 Mrd S ausgegeben (1988 25 Mrd S), die Exporterlöse für Energie betragen 5 Mrd S (1988 5 Mrd S). Per Saldo erhöhte sich die Belastung der Handelsbilanz von 20 Mrd S auf 24 Mrd S. Gemessen am nominellen BIP blieb der Aufwand allerdings mit 1,4% (1988 1,3%) mäßig. Die Struktur der österreichischen Energieimporte nach Herkunftsländern verschob sich 1989 von den RGW-Staaten zu den OPEC-Staaten

und den übrigen Energieexporteuren. 1989 entfielen 51% (1988 54%) der Energieimporte Österreichs auf Mitgliedsländer des RGW, 38% (1988 40%) des Energieverbrauchs. Wichtigste Energielieferanten aus dem RGW-Raum waren wieder die UdSSR, Polen, die ČSFR und Ungarn. Die Energiebezüge von RGW-Staaten schrumpften 1989 um 3%, sie kosteten mit 12 Mrd. S gleich viel wie im Jahr davor.

Obwohl der Aufschwung der Weltwirtschaft bereits außergewöhnlich lange dauert, schrumpft das Überangebot auf dem internationalen Energiemarkt nur langsam. Dem Sturz der Erdölpreise im Jahr 1986 folgte nach kurzer Festigung der Erlöse 1988 ein neuerlicher Preiseinbruch. Im Herbst 1988 kostete Erdöl nur noch 11 \$ je Barrel. Infolge zunehmender Förderdisziplin der OPEC-Staaten, Exportkürzungen von Nicht-Kartellmitgliedern und kurzfristiger Versorgungsstörungen durch Unfälle bei der Erdölförderung und beim Erdöltransport kam danach ein kräftiger Preisanstieg in Gang. Die Preise stabilisierten sich im Frühjahr 1989 bei etwa 16 \$ je Barrel. Gegen Jahresende begannen die Preise trotz wachsenden Angebotes der OPEC-Staaten neuerlich zu steigen und lagen Anfang 1990 bei dem angestrebten Richtpreis von 18 \$ je Barrel. Österreich kaufte im Jahresdurchschnitt 1989 Erdöl um 1.844 S je t (1988 1.455 S je t) bzw. um 19 \$ je Barrel (1988 16 \$ je Barrel). Auf Schillingbasis betrug die Verteuerung 27%, auf Dollarbasis 18%.

Anstieg des Stromverbrauchs setzt sich fort

Der Stromverbrauch nahm auch 1989 rascher zu (+3%) als der gesamte Energieverbrauch (+2%). Der Verbrauch stieg allerdings weniger rasch als die gesamtwirtschaftliche Produktion, weil temperaturbedingt

weniger Strom für Elektroheizungen und für den Betrieb sonstiger Heizungsanlagen benötigt wurde. Seit Beginn des Konjunkturaufschwungs im Jahr 1983 hat sich der Stromverbrauch um durchschnittlich 3½% pro Jahr, das reale BIP um 2½% erhöht. Für 1990 ist mit einer ähnlichen Verbrauchszunahme zu rechnen. Die Zuwachsraten liegen derzeit deutlich über den längerfristigen Prognosen (+2%).

Der Eigenbedarf der Elektrizitätswirtschaft (+16%) und der Verbrauch der Bahn (+5%) nahmen viel stärker zu als der Bedarf der Industrie (+3%) und der Kleinabnehmer (+3%). Die rückläufige Rohaluminiumerzeugung verkleinerte den Bedarfszuwachs der Industrie, das milde Wetter den der Haushalte. Die Bahn profitierte von der insgesamt lebhaften Nachfrage nach Güterverkehrsleistungen, der Mehrbedarf der Elektrizitätswirtschaft erklärt sich mit dem forcierten Einsatz der Pumpspeicherkraftwerke.

Die Wasserkraftwerke lieferten 1989 etwas weniger Strom als im Jahr davor. Die Flüsse führten zwar wieder überdurchschnittlich viel Wasser, jedoch etwas weniger als 1988. Zur Deckung des Strombedarfs mußte daher mehr Strom importiert, vor allem aber in Wärmekraftwerken produziert werden. Zeitweise war es offenbar auch wirtschaftlich, in Wärmekraftwerken erzeugten Strom zu exportieren. Forciert eingesetzt wurden vor allem Wärmekraftwerke mit Erdgas- und Steinkohlefeuerung. Bei den Kraftwerken lagerten am Jahresende etwa gleich hohe Brennstoffvorräte wie ein Jahr zuvor. Sie reichen zur Deckung des Durchschnittsbedarfs für 13 Monate.

Hoher Kohlebedarf der Eisenhütten

1989 wurde um 3% (gemessen an den Gewichtstonnen um 2%) mehr

Elektrischer Strom

	1988	1989	1988/89
	GWh		Veränderung in %
Erzeugung	49.024	50.168	+ 2,3
Wasserkraft	36.540	36.137	- 1,1
Wärmekraft	12.484	14.031	+ 12,4
Einfuhr	5.572	5.903	+ 5,9
Ausfuhr	8.283	8.236	- 0,6
Verbrauch	46.313	47.834	+ 3,3

Q: Bundesverteiler

Kohle

	1988	1989	1988/89
	1 000 t		Veränderung in %
Erzeugung	3 873	3 837	- 0,9
Einfuhr	5 141	4 896	- 4,8
Ausfuhr	8	7	-12,5
Lager und Statistische Differenz	- 817	- 390	
Verbrauch	8 189	8 336	+ 1,8
Steinkohle	3 436	3 638	+ 5,9
Steinkohlenkoks	2 518	2 542	+ 1,0
Braunkohle	1 943	1 878	- 3,3
Braunkohlenbriketts	291	278	- 4,5

Q Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten

Mineralölprodukte

	1988	1989	1988/89
	1 000 t		Veränderung in %
Erzeugung	8 541	8 649	+ 1,3
Einfuhr	3 543	3 441	- 2,9
Ausfuhr	374	358	- 4,3
Lager und Statistische Differenz	286	104	-63,6
Verbrauch	11 996	11 836	- 1,3
Flüssiggas	131	122	- 6,9
Normalbenzin	686	771	+12,4
Superbenzin	1 877	1 836	- 2,2
Leuchtpetroleum	45	54	+20,0
Flugpetroleum	309	368	+19,1
Dieseltreibstoff	1 917	1 977	+ 3,1
Gasöl für Heizzwecke	1 209	1 225	+ 1,3
Heizöle	2 509	2 255	-10,1
Sonstige Produkte	2 052	1 678	-18,2
Produkte für die Weiterverarbeitung	1 261	1 550	+22,9

Q Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten

Kohle verbraucht als 1988. Der Anstieg der Nachfrage geht auf die weiterhin gute Auftragslage der Eisen- und Stahlindustrie und den vermehrten Einsatz von Kohlekraftwerken zurück. Industrie (+6%) und Elektrizitätswirtschaft benötigten viel mehr Kohle als vor einem Jahr (einschließ-

lich Fernheizwerke +15%), die Kokelei verbrauchte etwa gleich viel (-1%), dagegen schrumpfte der Absatz an die Haushalte um 11%. Der Kohleabsatz litt unter dem starken preisbestimmten Wettbewerbsdruck der Konkurrenten und dem temperaturbedingt niedrigen Verbrauch von Heizmaterial. Die Elektrizitätswirtschaft hat aus längerfristigen energiepolitischen Überlegungen vor kurzem neue Kohlekraftwerke in Betrieb genommen und ist bestrebt, diese nunmehr auszulasten. Die Kohlevorräte von Großverbrauchern und Bergbaubetrieben sind weiter gewachsen und erreichten neue Höchstwerte. Am Jahresende 1989 lagen 2,3 Mill. t Steinkohle (Jahresverbrauch 1989 3,6 Mill. t) und 3,6 Mill. t Braunkohle

(Jahresverbrauch 1989 1,9 Mill. t) auf Halde.

Marktanteilsgewinne von Erdgas zu Lasten von Heizöl und Kohle

Der Treibstoffverbrauch hat 1989 stark zugenommen (+5%) der Heizölverbrauch abgenommen (-6%). Insgesamt war der Verbrauch von Mineralölprodukten etwa gleich groß wie im Vorjahr. Der Treibstoffverbrauch (Benzin +2%, Dieseltreibstoff +7%, Flugpetroleum +22%) profitierte von der konjunkturbedingt lebhaften Güterverkehrsnachfrage, der kräftigen Erhöhung der Einkommen, den guten Ergebnissen im Tourismus und dem sinkenden Treibstoffpreisgefälle zum benachbarten Ausland. Der Heizölverbrauch (Ofenheizöl +1%, sonstige Heizölsorten -15%) litt unter dem milden Winterwetter und der Konkurrenz von Erdgas. Trotz deutlicher Verbesserung der preisbestimmten Wettbewerbsfähigkeit und spürbarer Verringerung des umweltschädlichen Schwefelgehaltes schrumpfte die Heizölnachfrage in den vergangenen Jahren rasch. Ende der siebziger Jahre wurden noch 5 Mill. t Heizöl (ohne Ofenheizöl) verkauft, 1989 nur noch 2 Mill. t.

Trotz des insgesamt geringen Energiebedarfs für Heizzwecke ist 1989 der Erdgasverbrauch kräftig gewachsen (+8%). Die zunehmend strengeren gesetzlichen Auflagen zum Schutz der Umwelt begünstigten den Einsatz von Erdgas. Erdgas konnte seinen Anteil am Wärmemarkt erheblich vergrößern. Sowohl in den Großfeuerungsanlagen der Wärmekraftwerke der Fernwärmeunternehmen (insgesamt +18%) und der Industrie (+4%) als auch in den Heizungsanlagen der Kleinabnehmer (+6%) wurde viel mehr Erdgas eingesetzt als im Jahr zuvor. Wiewohl inländische Förderung und Importe erhöht wurden, mußten zur Bedarfsdeckung

Entwicklung der Preise von Mineralölprodukten

Datum der Preisänderung	Benzin		Gasöl steuerbegünstigt
	Normal	Super	
1989			
3. Jänner	8,20	9,00	4,00
14. März	8,40	9,20	3,90
31. März	8,70	9,50	-
7. April	9,10	9,90	-
28. April	9,40	10,20	-
11. Mai	9,20	10,00	4,00
2. Juni	9,10	9,90	-
16. Juni	8,90	9,70	-
26. Juli	8,70	9,50	-
10. August	-	-	3,90
6. September	8,90	9,70	-
27. September	9,10	9,90	-
1. Oktober	-	-	4,10
4. November	8,90	9,70	-
7. November	-	-	4,30
1990			
2. Jänner	-	-	4,50
9. Jänner	9,10	9,90	4,70
1. März	-	-	4,30

Erdgas

	1988	1989	1988/89
	Mill. m ³		Veränderung in %
Förderung	1 265	1 323	+ 4,6
Einfuhr	3 757	4 015	+ 6,7
Lager und Statistische Differenz	78	161	+ 106,4
Verbrauch	5 100	5 497	+ 7,8

Q: Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten

Vorräte abgebaut werden. Die Bestände in den Erdgasspeichern sind aber reichlich, sie entsprachen zu Jahresende mit 12 Mrd. m³ dem Durchschnittsverbrauch in knapp 80 Tagen.

Karl Musil

Deutliche Verkehrszuwächse

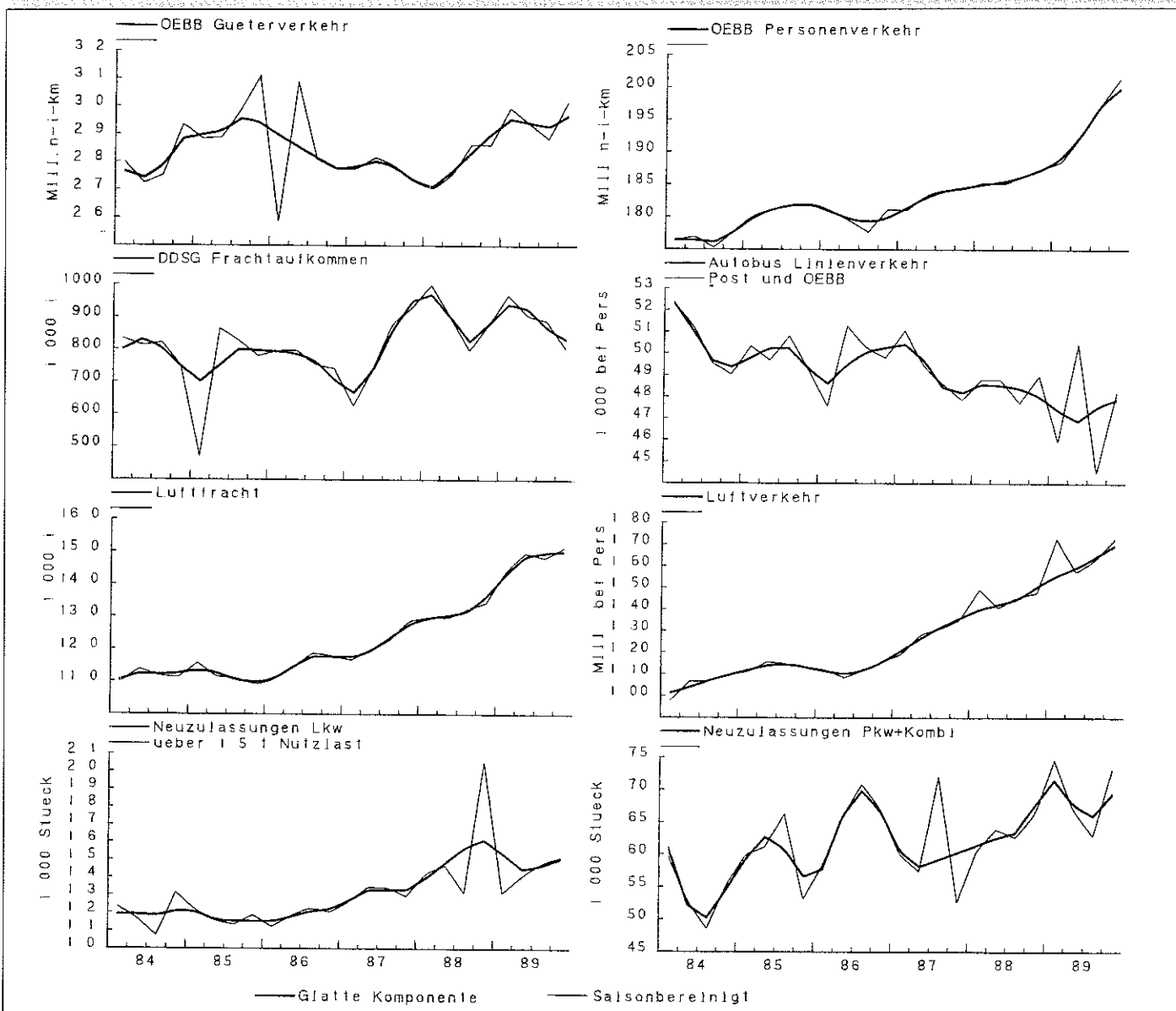
Die Nachfrage nach Güterverkehrsleistungen hat sich 1989 weiter belebt. In einigen transportintensiven Branchen (Stahlwerke, Papierindustrie, Nahrungs- und Genussmittelindustrie) profitierte der Güterverkehr von der anhaltend guten Konjunktur

Zunehmende Umsätze des Einzelhandels (+3,2% gegenüber 1988) und die günstige Entwicklung des Außenhandels (Mengenwuchs 6,0%) trugen zum Wachstum des Güterverkehrs bei. Ein besonders gutes Ergebnis meldete die Bahn. Sie konnte 1989 ihre Transportleistungen auf 11,8 Mill. n-t-km steigern (+5,7%), besonders stark entwickelten sich der Ausfuhr- und der Inlandverkehr. Für den kombinierten Verkehr hat die Bahn ihr Angebot beträchtlich ausgeweitet. Zum Teil war dies eine begleitende Maßnahme zum Nachfahrverbot, das mit 1. Dezember 1989 für wenig lärmgedämmte schwere Lkw in Kraft trat (vgl. Puwein, W., "Transitverkehr", WIFO-Monatsberichte, 1989, 62(11), S. 659-667). Die Umsätze der Bahn im kombinierten Verkehr erhöhten sich

um rund 20%, das Transportaufkommen war auf der rollenden Landstraße um ein Drittel im Transport mit Wechselbehältern um 8% und im Containerverkehr um 11% höher als 1988.

Über den Straßengüterverkehr, den wichtigsten Verkehrsträger, liegen erst die Jahresergebnisse für 1987 vor. Der kräftig gestiegene Dieselmotorverbrauch läßt auf eine entsprechende Zunahme des Straßengüterverkehrs schließen. Die Zulassungen fabrikneuer Lkw gingen 1989 gegenüber dem Boomjahr 1988 um 9,7% zurück. Änderungen im Straßenverkehrsbeitragsgesetz schwächten die Nachfrage nach schweren Anhängern (-55%). Das Fuhrgewerbe erwarb um 21% weniger Lkw als 1988. Die Zulassungen liegen aber noch weit über dem längerfristigen Trendwert

Entwicklung des Güter- und Personenverkehrs



Güterverkehr

		1989 Absolut	1989 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1983/1988 Veränderung in %
ÖBB ¹⁾	Mill n-t-km	11.848 0	+ 5,7	+ 10
Inland	Mill n-t-km	3.421 0	+ 6,7	- 0,7
Einfuhr	Mill n-t-km	3.010 0	+ 4,2	+ 2,9
Ausfuhr	Mill n-t-km	2.477 0	+ 7,8	+ 4,3
Transit	Mill n-t-km	2.777 0	+ 3,8	- 1,0
Lkw und Anhänger (neuzugelassene Nutzlast)	in t	69.035 1	-27,3	+ 7,7
Fuhrgewerbe	in t	18.537 0	-48,0	+11,1
Werkverkehr	in t	50.498 1	-14,8	+ 6,0
Verbrauch an Dieselkraftstoff	in t	1.931 1	+ 6,5	+ 3,9
Schifffahrt, DDSG	1.000 t	3.560 0	+ 0,4	+ 3,8
Rohrleitungen Mineralöl	Mill n-t-km	5.277 4	+20,6	- 0,2
Einfuhr und Inland	Mill n-t-km	2.767 6	+ 3,9	+ 1,8
Transit	Mill n-t-km	2.509 8	+46,4	- 2,8
Luftfahrt ²⁾	1.000 t	59,3	+12,6	+ 4,8
AUA	1.000 t	23,2	+28,2	+ 3,9

¹⁾ Vorläufige Werte — ²⁾ Fracht An- und Abflug

Die Förderleistungen der Rohrleitungen sind auf 5,3 Mill. n-t-km gestiegen (+20,6% gegenüber 1988), besonders forciert wurde die Transitförderung (+46,4%) Einfuhr- und Binnenförderung sind im letzten Quartal 1989 sprunghaft gestiegen, in der Jahressumme betrug der Zuwachs 3,9%. Mit 3,6 Mill. t beförderten Gütern erreichte die DDSG 1989 knapp das Vorjahresergebnis. Niederwasser im Dezember verhinderte eine Steigerung der Jahresleistung. Ein Wachstum von 12,6% verzeichnete im Berichtsjahr die Luftfracht, die AUA konnten ihren Marktanteil erheblich ausweiten (+28,2%)

Lebhafter Reiseverkehr

Während der Ausbildungsverkehr weiter zurückging, nahm die Nachfrage nach Verkehrsleistungen im Berufsverkehr (Beschäftigte +1,8% gegenüber 1988) und vor allem im Reiseverkehr (Übernachtungen +7,0%) zu. Der Individualverkehr dürfte sich wesentlich dynamischer entwickelt haben, als es der Benzinverbrauch (+1,6%) vermuten läßt. Die Zahl der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden nahm um 5,2% zu. Besonders rasch wuchs der Straßenverkehr in den östlichen Bundesländern, an den Grenzstellen Niederösterreichs und des Burgenlands wurden zweieinhalbmal so viele ausländische Reisende registriert wie 1988. Einen kräftigen Wachstumsschub bewirkten die erleichterten Ausreisebedingungen für ČSFR-Bürger im Dezember 1989 (vgl. Puwein, W., „Wachstumspoten-

tiale des Ostverkehrs in diesem Heft)

Der Pkw-Markt expandierte kräftig. Insgesamt wurden 1989 276.065 fabriksneue Pkw angemeldet, um 9,1% mehr als 1988. Die Nachfrage verlagerte sich weiter zu den oberen Hubraumklassen; ausschlaggebend dafür sind die gute Einkommenslage und niedrigere Treibstoffpreise. Der Wert der importierten Pkw stieg auf

34,1 Mrd. S (+13,2%), der durchschnittliche Importpreis betrug 119.600 S (+5,6% gegenüber 1988)

Die Bahn erhöhte ihre Beförderungsleistung auf 81 Mrd. Personenkilometer (+4,1% gegenüber 1988). Die Städtischen Verkehrsbetriebe (-0,3%) und die Linienbusse (-2,2%) sind vom rückläufigen Schülerverkehr betroffen. Heuer wird es voraussichtlich um über 200.000 Schüler weniger geben als vor zehn Jahren (-17% gegenüber 1980). In den nächsten Jahren kann demographisch bedingt wieder mit leicht steigenden Schülerzahlen gerechnet werden. Die Zahl der an- und abfliegenden Fluggäste stieg auf 6,6 Mill. (+13,7%) sie war damit doppelt so hoch wie vor zehn Jahren.

Verbesserte Ertragslage der Bahn

Dank der günstigen Verkehrsentwicklung sind die Tarifeinnahmen der Bahn aus dem Güterverkehr um 3,5% und aus dem Personenverkehr um 4,6% gestiegen. Mit 1. Jänner 1990 wurden die Wagenladungstarife um

Personenverkehr

		1989 Absolut	1989 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1983/1988 Veränderung in %
ÖBB	Mill P-km	8.100,0	+ 4,1	+ 1,9
Linienbus Post ÖBB	Mill Pers	190,5	- 2,2	- 1,2
Städtische Verkehrsbetriebe	Mill. Pers	844,8	- 0,3	+ 1,3
Luftfahrt ¹⁾	1.000 Pers	6.629,3	+13,7	+7,7
AUA	1.000 Pers.	2.581,7	+13,7	+3,9
Benzinverbrauch	Mill l	3.412,8	+ 1,6	+0,7

¹⁾ Linien- und Charterverkehr An- und Abflug

Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen

		1989 Stück	1989 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1983/1988 Veränderung in %
Pkw				
Bis 1.500 cm ³		85.291	+ 7,1	- 7,7
1.501 cm ³ und mehr		190.770	+10,0	+ 7,8
Insgesamt		276.065	+ 9,1	+ 1,1
Lkw				
Bis 1.999 kg		19.071	-10,3	+ 6,9
2.000 bis 6.999 kg		2.530	- 5,2	+ 7,5
7.000 kg und mehr		2.182	- 9,6	+ 7,4
Insgesamt		23.783	- 9,7	+ 7,0
Anhänger				
Bis 2.999 kg		15.138	+ 2,0	+ 0,6
3.000 bis 6.999 kg		277	- 9,5	- 3,5
7.000 kg und mehr		1.285	-54,5	+ 9,7
Insgesamt		16.700	- 7,1	+ 1,7
Sattelfahrzeuge				
Insgesamt		1.326	- 2,9	+11,8

3,7% und die Bahnexpressstarife um durchschnittlich 4,1% angehoben. Die Tarife für die Güterdurchfuhr sowie für den Personenverkehr blieben gleich. Im Herbst 1989 wurde ein Puzzle-Ticket eingeführt, der Preis hängt von der Zahl der bereisten Bundesländer ab. Die ÖBB konnten im Berichtsjahr 1989 über 3,5 Mrd S investieren. Rund die Hälfte dieser Summe floß in das Projekt „Neue Bahn“. Schwerpunkte waren der Ausbau von Abschnitten auf der Westbahn, des Brenner-Transitkorridors einschließlich der Umfahrung von Innsbruck und der Bahn über den Schoberpaß. Der Bau der Parkgarage am Wiener Westbahnhof (650 Pkw-Einstellplätze) wurde begonnen. Endgültige Beschlüsse über den Semmering-Basistunnel sowie den Zentralbahnhof Wien konnten im Vorjahr nicht getroffen werden.

Wilfried Puwein

Ein gutes Jahr für die Land- und Forstwirtschaft

Die Land- und Forstwirtschaft erzielte 1989 dem Volumen nach (zu konstanten Preisen berechnet) mittlere bis mäßige Ergebnisse. Der Wert der agrarischen Produktion und Wertschöpfung ist hingegen kräftig gestiegen. Auch die aus Land- und Forstwirtschaft erwirtschafteten Einkommen entwickelten sich positiv. Die Bauern profitierten von einer günstigen Absatzlage und steigenden Preisen auf zentralen Agrarmärkten. Zum zufriedenstellenden Gesamtergebnis hat eine sehr gute Entwicklung der Forstwirtschaft wesentlich beigetragen. Trotz dieser positiven Entwicklung hat der Agrarsektor mehr Arbeitskräfte verloren als in den letzten Jahren, weil die Wirtschaft florierende und der industriell-gewerbliche Arbeitsmarkt wieder aufnahmefähiger war.

Wert der agrarischen Endproduktion + 5%

Nach den vorläufigen Ergebnissen der land- und forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung hat 1989 die agrari-

Reale Wertschöpfung, Beschäftigung und partielle Produktivitäten der Land- und Forstwirtschaft

	1988	1989 ¹⁾	1988	1989 ¹⁾
	Ø 1982/1984 = 100		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Endproduktion (Rohertrag)				
Pflanzenbau	105,9	100,1	+ 15,1	- 5,5
Tierhaltung	97,8	98,2	- 2,8	+ 0,4
Landwirtschaft	100,3	98,8	+ 2,4	- 1,5
Forstwirtschaft	99,9	108,4	+ 2,8	+ 8,5
Land- und Forstwirtschaft	100,3	100,4	+ 2,5	+ 0,2
Minus Vorleistungen	96,8	99,9	- 0,6	+ 3,2
Beitrag zum Brutto-Inlandsprodukt (zu Marktpreisen) ²⁾	102,2	100,7	+ 4,2	- 1,4
Futtermittelimport	108,8	96,2	- 2,1	- 11,6
Importbereinigte Endproduktion der Landwirtschaft	99,8	98,9	+ 2,7	- 0,9
Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft	85,4	82,0	- 3,3	- 4,0
Arbeitsproduktivität ³⁾	119,6	122,8	+ 7,7	+ 2,7
Landwirtschaftliche Nutzfläche	98,3	98,3	+ 0,6	+ 0,0
Flächenproduktivität netto ⁴⁾	101,6	100,6	+ 2,1	- 1,0

Q: Eigene Berechnungen. — ¹⁾ Vorläufige Werte. — ²⁾ Korrigiert. — ³⁾ Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum BIP je Beschäftigten. — ⁴⁾ Importbereinigte Endproduktion der Landwirtschaft je Hektar.

sche Endproduktion dem Volumen nach das gute Ergebnis des Vorjahres nur knapp übertroffen. Die Brutto-Wertschöpfung war leicht rückläufig (-1½%), weil wieder mehr Vorleistungen eingesetzt wurden. Bewertet zu laufenden Preisen zeigt sich ein viel günstigeres Bild: Die Endproduktion und der Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum Brutto-Inlandsprodukt waren um etwa 5% bis 5½% höher, die Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft (Beitrag zum Volkseinkommen) stiegen insgesamt um rund 7%. Die positive nominelle Entwicklung geht primär auf höhere Agrarpreise zurück, denen relativ sta-

bile Betriebsmittelpreise gegenüberstanden.

Die reale Endproduktion des Agrarsektors übertraf das gute Ergebnis des Vorjahres nur knapp. Der Pflanzenbau (-5½%) erzielte ein durchschnittliches Ergebnis, der Rekordwert des Vorjahres konnte aber erwartungsgemäß nicht gehalten werden. Einbußen gab es insbesondere im Wein- und Getreidebau; auch Obst und Feldgemüse fielen weniger an. Zuckerrüben wurden um gut ein Drittel mehr geerntet, weil die Anbaukontrakte erhöht worden waren. Die Tierproduktion (+½%) war nur knapp höher als 1988. Die Entwicklung wurde

Nominelle Endproduktion und Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft

	1988	1989 ¹⁾	1988	1989 ¹⁾
	Zu laufenden Preisen Mill S		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Endproduktion (Rohertrag)				
Pflanzenbau	21.238	20.550	+ 7,4	- 3
Tierhaltung	39.646	41.650	- 2,9	+ 5
Landwirtschaft	60.884	62.200	+ 0,4	+ 2
Forstwirtschaft	12.348	14.700	+ 6,0	+ 19
Land- und Forstwirtschaft	73.232	76.900	+ 1,3	+ 5
Minus Vorleistungen	24.166	25.100	+ 1,5	+ 4
Beitrag zum Brutto-Inlandsprodukt (zu Marktpreisen)	49.066 ²⁾	51.800	+ 12 ²⁾	+ 5 ²⁾
Plus Subventionen, minus indirekte Steuern ³⁾	+ 2.787	+ 2.800	+ 13,1	+ 1
Beitrag zum Brutto-Inlandsprodukt (zu Faktorkosten)	51.853	54.600	+ 1,8	+ 5 ²⁾
Minus Abschreibungen	16.051	16.400	+ 2,0	+ 2 ²⁾
Beitrag zum Volkseinkommen	35.802	38.200	+ 1,7	+ 7
Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum Brutto-Inlandsprodukt in %	3,3	3,1		

Q: Eigene Berechnungen; netto ohne Mehrwertsteuer. — ¹⁾ Vorläufige Werte. — ²⁾ Korrigiert. — ³⁾ Einschließlich Netto-Zahllast bzw. Nettogewinn der Land- und Forstwirtschaft an Mehrwertsteuer.

durch die beginnende Aufstockung der Viehbestände bestimmt. Die Marktleistung war in den meisten Sparten rückläufig. Der Holzeinschlag (+8%) wurde kräftig ausgeweitet.

Die *agrарischen Erzeugerpreise* waren 1989 im Durchschnitt um etwa 5% höher als ein Jahr zuvor. Auf fast allen wichtigen Märkten gab es für die Bauern zum Teil erhebliche Preisverbesserungen. Im Pflanzenbau (+3½%) konnten insbesondere Obst, Gemüse und Kartoffeln zu guten Preisen abgesetzt werden. Die Getreidepreise waren im Durchschnitt knapp höher. Der Auszahlungspreis für Zuckerrüben war hingegen viel niedriger, weil der Zuckerpreis gesenkt wurde und die Digestion witterungsbedingt geringer war. Die Rinder- und Schweinepreise sind kräftig gestiegen, die Eier- und Geflügelpreise zogen leicht an, der durchschnittliche Milcherlös war nur knapp höher als im Vorjahr. Insgesamt waren tierische Erzeugnisse um etwa 4½% teurer. Für Holz wurde dank einer lebhaften internationalen Nachfrage um etwa 11% mehr bezahlt. Die für die Land- und Forstwirtschaft vorteilhafte Preisentwicklung wurde durch die günstige Lage auf wichtigen internationalen Märkten gestützt; auf dem Rinder- und Schweinemarkt hat ein sinkendes Angebot die zügige Erholung erleichtert.

Im Gegensatz zur längerfristigen Tendenz sind 1989 die agrарischen Erzeugerpreise (+5%) rascher gestiegen als die Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel oder das allgemeine Preisniveau. Zugekaufte Vorleistungen waren um nur ½% Investitionsgüter um etwa 2% teurer als im Vorjahr; die Verbraucherpreise stiegen, gemessen am Verbraucherpreisindex des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, um 2,5%. Die Vorteile aus diesen Verschiebungen in den Austauschrelationen haben entscheidend zum guten nominellen Ergebnis der Land- und Forstwirtschaft im Jahr 1989 beigetragen.

Der *Wert der agrарischen Endproduktion¹⁾* war mit rund 76,9 Mrd. S um etwa 5% höher als 1988. Die kräftige Zunahme geht etwa zur Hälfte auf das sehr gute Ergebnis der Forstwirtschaft

zurück. Im Pflanzenbau konnten höhere Erlöse für Obst, Gemüse und Hackfrüchte die empfindlichen Einbußen im Weinbau und niedrigere Erträge aus Getreide nur zum Teil ausgleichen. Der Ertragszuwachs in der Tierhaltung ist etwa zur Hälfte auf eine Drehung in der Entwicklung der Viehbestände zurückzuführen. Obwohl die Rinder- als auch die Schweine- und Geflügelmäster erzielten höhere Roherträge, die Erträge aus Milch stagnierten, die Eierproduzenten mußten leichte Einbußen hinnehmen. Die Forstwirtschaft konnte ihren Rohertrag dank der günstigen Marktlage um etwa ein Fünftel steigern.

Gute Konjunktur fördert Agrarstrukturwandel

Die Erfahrungen der achtziger Jahre bestätigen die traditionell engen Zusammenhänge zwischen der allgemeinen Wirtschaftslage und dem Wandel der Agrarstruktur. Die Stagnation in der ersten Hälfte der achtziger Jahre und die schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt drückten die Abnahmerate des agrарischen Arbeitskräftebestands. Zwischen 1980 und

1985 hat die Land- und Forstwirtschaft im Durchschnitt jährlich 2% bis 2½% ihrer Arbeitskräfte verloren, die geringste Abnahme in der gesamten Nachkriegszeit. Außerlandwirtschaftlicher Erwerb war schwer zu finden und erschien zudem vielen Bauern unsicher. Parallel zur kräftigen Konjunkturbelebung ab Mitte 1987 hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt gebessert. Dadurch wurde die primäre Abwanderung und auch der Berufswechsel aus der Landwirtschaft erleichtert, der agrарische Strukturwandel gewann wieder an Dynamik. Zwischen 1987 und 1989 nahm die Zahl landwirtschaftlicher Arbeitskräfte im Durchschnitt um 3½% bis 4% jährlich ab.

Bleibt der Arbeitsmarkt in Industrie und Gewerbe aufnahmefähig, so ist mit anhaltend zügiger Abnahme des agrарischen Arbeitskräftepotentials zu rechnen. Demographische Faktoren und eine stille Reserve an Erwerbstätigen aus den Jahren schwachen Wirtschaftswachstums stützen diese Erwartung. Bessere Chancen auf außeragrарischen Zu- oder auch Haupterwerb dämpfen den Angebotsdruck und erleichtern die Stabilisierung der Agrarmärkte. Sie schaffen

Endproduktion der Land- und Forstwirtschaft

	1987	1988	1989 ¹⁾	
	Zu laufenden Preisen			Veränderung gegen das Vorjahr in %
	Mill. S			
Pflanzenbau				
Getreide (einschließlich Mais)	6.224	6.561	6.050	
Hackfrüchte	2.553	2.414	2.800	
Feldgemüse ²⁾	3.683	3.602	3.800	
Obst	3.068	3.018	3.450	
Wein	3.407	4.511	3.350	
Sonstiges	839	1.132	1.100	
Insgesamt	19.774	21.238	20.550	- 3
Tierhaltung				
Rinder (einschließlich Kälber ³⁾)	11.700	11.323	12.350	
Schweine ³⁾	11.694	10.901	11.500	
Geflügel ³⁾	1.838	1.783	1.850	
Kuhmilch	12.374	12.459	12.500	
Eier	1.968	1.804	1.800	
Sonstiges ⁴⁾	1.277	1.376	1.650	
Insgesamt	40.851	39.646	41.650	+ 5
Landwirtschaft	60.625	60.884	62.200	+ 2
Forstwirtschaft	11.648	12.348	14.700	+ 19
Land- und Forstwirtschaft insgesamt	72.273	73.232	76.900	+ 5

Q: Eigene Berechnungen, netto, ohne Mehrwertsteuer. — ¹⁾ Vorläufige Werte. — ²⁾ Einschließlich Gartenbau und Baumschulen. — ³⁾ Schlachtungen. Export. Viehbestandsänderung. — ⁴⁾ Einschließlich Ertrag der Jagd, Fischerei und Imkerei.

¹⁾ In den ausgewiesenen Endproduktionswerten sind die Prämien für den Anbau von Ölsaaten, Körnerleguminosen usw., die Kälbermast, die Mutterkuhhaltung oder den freiwilligen Verzicht auf die volle Nutzung des Milchlieferrechtes usw. nicht enthalten. Sie werden in der Volkseinkommensrechnung als Subventionen an die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe verbucht.

Berufstätige in der Land- und Forstwirtschaft

Jahresdurchschnitt

	Selbständige und mithelfende Familien- angehörige ¹⁾ ²)	Beschäftigte ²⁾	Unselbständige Arbeitslose	Insgesamt	Beschäftigte ²⁾	Berufstätige ³⁾	Beschäftigte ²⁾		Berufstätige ³⁾	
							Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Gesamtwirtschaft			
	In 1 000				In %					
1951	765 0	201 8	4 2	206 0	968 8	971,0	31,3		30,3	
1961	585 1	113 2	10 4	123 6	698 3	708 7	21 7		21 6	
1971	365 9	53 6	4 4	58 0	419 5	423 9	13 6		13 6	
1981	251 4	36 0	3 1	39 1	287 4	290 5	8 8		8 7	
1988	205 7	28 4	4 1	32 5	235 1	239 2	7 2		7 0	
1989	197 8	27 9	3 7	31 6	225 7	229 4	6 9		6 7	
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %										
1951/1961	-2 6	-5 6	+9 5	-5 0	-3 2	-3 1				
1961/1971	-4 6	-7 2	-8 2	-7 3	-5 0	-5 0				
1971/1981	-3 7	-3 9	-3 4	-3 9	-3 7	-3 7				
1981/1989	-3 0	-3 1	+2 2	-2 6	-3 0	-2 9				
1987	-3 7	-4 6	-6 3	-4 9	-3 8	-3 8				
1988	-3 6	-1 4	-8 9	-2 4	-3 3	-3 4				
1989	-4 3	-1 8	-9 8	-2 8	-4 0	-4 1				

Q: Schätzung des WIFO aufgrund der Volkszählungen, Angaben der Land- und forstwirtschaftlichen Landes-Buchführungs-Gesellschaft, der Bauernkrankenkasse, der Bauernpensionsversicherung des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Es gelten die Definitionen der Volkszählung 1981 (1971). — ¹⁾ Ohne Ehefrauen von Landwirten, die sich als nicht berufstätig deklarierten. — ²⁾ Einschließlich Präsenzdiener, Karenzurlaubsgeld-Bezieherinnen usw. — ³⁾ Selbständige und unselbständig Beschäftigte — ⁴⁾ Selbständig unselbständig Beschäftigte und Arbeitslose

zugleich günstigere Voraussetzungen für die agrarische Einkommenspolitik

Mittleres Ergebnis im Pflanzenbau

Im Pflanzenbau konnte das Rekordergebnis des Jahres 1988 wie erwartet nicht gehalten werden. Mit 5,01 Mill t (einschließlich Körnermais) wurde eine durchschnittliche *Getreideernte* eingebracht, das sehr gute Vorjahresergebnis wurde um 6,5% unterschritten. Die Getreidepreise waren knapp höher als im Vorjahr. Zur Marktäumung müssen rund 950 000 t Getreide exportiert werden. Hiefür werden rund 2,30 Mrd. S an Stützungen veranschlagt. Trotz der nach wie vor relativ günstigen Lage auf den internationalen Märkten hat die österreichische Getreidewirtschaft Mühe ihre Exportüberschüsse (insbesondere Brotgetreide) zu verkaufen — vor allem weil heuer Polen als Käufer ausfällt.

Zur Entlastung des Getreidemarktes werden nach wie vor alternative Kulturen forciert. 1988/89 wurden rund 131 000 ha mit *Ölsaaten, Körnerleguminosen* usw bestellt. Insgesamt wurden hiefür rund 1,03 Mrd. S an Prämien und zur Preisstützung aufgewendet. Für 1989/90 ist eine weitere Ausweitung vereinbart. Das *Grünbracheprogramm* wurde auch 1989 nur zögernd angenommen.

Zur Verwertung der Getreideüber-

schüsse und zur Förderung alternativer Kulturen und der Grünbrache werden nach Schätzungen der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern im laufenden Wirtschaftsjahr 1989/90 rund 3,58 Mrd S benötigt; davon sind rund 2,01 Mrd S vom Bund, 1,57 Mrd S von den landwirtschaftlichen Produzenten aufzubringen. Dank der seit 1988 günstigen Lage auf den internationalen Märkten und der vorgenommenen Flächenverlagerungen haben sich in den letzten Jahren auf dem Konto der Bauern Reserven angesammelt. Die Landwirtschaft strebt eine Streichung der Abgabe auf Maissaatgut und eine Senkung der Verwertungsbeiträge auf Getreide an.

Die *Zuckerrüben*ernte war mit 2,64 Mill t (+36,6%) um gut ein Drittel höher als im Vorjahr. Weil die Lage im Export relativ günstig war, wurden die Anbaukontrakte kräftig aufgestockt. Der internationale Zuckermarkt hat sich weiter erholt, die Preise zogen an. Die *Kartoffel*ernte fiel wegen schwacher Hektarerträge und etwas geringerer Anbauflächen auf 845 000 t (-15,5%) zurück, die Preise von Speisekartoffeln lagen über den Vorjahreswerten. Die Ernte an *Obst, Feldgemüse und Wein* blieb zum Teil deutlich unter den guten Vorjahresergebnissen. Nach Schätzungen des Österreichischen Statistischen Zentralamtes war die *Obsternte* der Menge nach um etwa ein

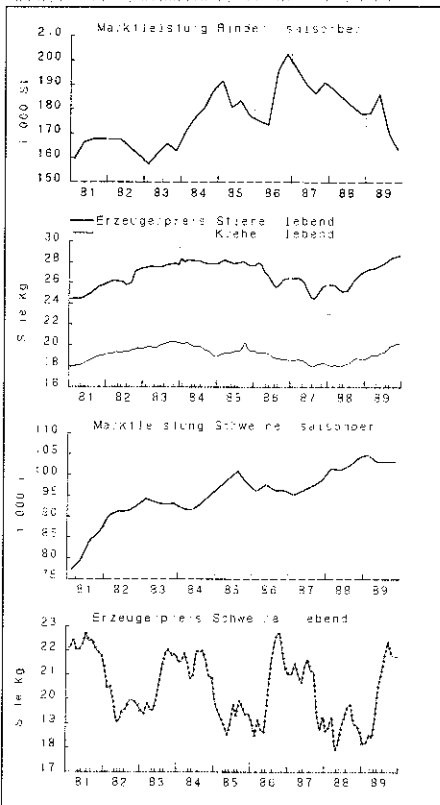
Sechstel geringer. Die Obstpreise zogen kräftig an. Auch die etwas geringere Ernte an Feldgemüse konnte im allgemeinen zu guten Preisen abgesetzt werden. Die *Weinernte* war mit 2,58 Mill hl (-26,3%) unterdurchschnittlich. Die Weinpreise sind nach der guten Ernte 1988 verfallen; die schwache Ernte 1989 hat den Weinmarkt nicht belebt, die Preise stagnieren. Die Diskussion um eine Stabilisierung des Weinmarktes hält an, wirksame Maßnahmen stehen allerdings noch aus.

Erholung auf den Viehmärkten

Das Angebot an Schlachtvieh und Fleisch war 1989 insgesamt leicht rückläufig (-1%). Es wurde viel weniger Rind- und Kalbfleisch und etwas mehr Schweinefleisch angeboten, die Marktleistung an Geflügel stagnierte. Der Inlandsabsatz blieb etwa unverändert und verlagerte sich zum Schweinefleisch. Die Ausfuhr konnte parallel zum geringeren Angebot eingeschränkt werden.

Der *Rindermarkt* war 1989 durch eine weiter sinkende Marktleistung und steigende Exporterlöse geprägt, die gemeinsam eine kräftige Erholung des Marktes förderten. Der Rinderbestand hat 1988 seinen Tiefstand erreicht und wird seither wieder aufgebaut. Im Kalenderjahr 1989 wurden 697 000 Stück Rinder vermarktet, um

Rinder- und Schweinemarkt



34 500 Stück (-4,7%) weniger als im Vorjahr. Der Inlandsverbrauch an Rindfleisch war leicht rückläufig. Dennoch ermöglichte das sinkende Angebot eine Rücknahme der Ausfuhr. Die Nettoausfuhr war mit 275 300 Stück um 13,0% geringer als im Vorjahr. Die Erzeugerpreise stiegen seit Herbst 1988 kontinuierlich. Im Jahresdurchschnitt erzielten die Mäster nach Angaben des Statistischen Zentralamtes für Schlachtstiere um 7,6%, für Schlachtkühe um 6,2% höhere Preise. *Kalbfleisch* wurde viel weniger erzeugt als im Vorjahr, weil trotz erhöhter Importe von Saugkälbern weniger Kälber für die Mast verfügbar waren.

Der *Schweinemarkt* stand 1989 im Zeichen der Erholung. Mit 4,78 Mill. Stück (+1,1%) kamen zwar etwas mehr Schweine auf den Markt als im Vorjahr. Ab dem späten Frühjahr leitete das sinkende Angebot und die höhere Inlandsnachfrage eine Erholung des Marktes ein, die Preise stiegen zügig. Im Jahresdurchschnitt waren Schlachtschweine nach Erhebungen des Österreichischen Statistischen Zentralamtes ab Hof mit 20,31 S je kg um 7,3% teurer als im Vorjahr.

Schlachtgeflügel wurde insgesamt etwa gleich viel erzeugt wie im Vor-

jahr, die Importe sind gestiegen. Die Erzeugerpreise für Masthühner stagnierten, Truthühner wurden teurer. Die *Eierproduktion* wurde erneut verringert (-3½%) die Erzeugerpreise waren etwas höher als im Vorjahr. Die *Schafhaltung* wurde ausgeweitet; sowohl die Zahl der Schafhalter als auch die Zahl der Schafe nahmen zu.

Milchanlieferung stagniert

Der Kuhbestand blieb im Jahr 1989 stabil. Die *Milchanlieferung* wurde Mitte 1987 deutlich zurückgenommen und stagniert seither auf dem niedrigeren Niveau. 1989 wurden 2,22 Mill. t Milch angeliefert (-0,2%). Der Erzeugerlös war im Jahresdurchschnitt mit rund 4,75 S je kg knapp höher als im Vorjahr. Die Abnahme der Milchanlieferung Mitte 1987 und die Stagnation des Angebotes seither sind vor allem auf Prämien für die befristete freiwillige Milchliefererrücknahme zurückzuführen. Diese Aktion wird seit dem Wirtschaftsjahr 1987/88 durchgeführt und hat jeweils etwa ein Drittel der Milchlieferanten bewogen, ihr Hoflieferrecht nicht voll auszunutzen. Dadurch wurde die Anlieferung um rund 100 000 t jährlich gedrückt. Die Lage auf den internationalen Märkten für Molkereierzeugnisse hat sich 1989 weiter gebessert;

Anfang 1990 gerieten allerdings die Notierungen wieder unter Druck. Seit 1. Jänner 1989 können Milchlieferrechte zwischen den Bauern gehandelt werden, allerdings mit gewissen Einschränkungen. Handelsfähige Quoten bringen grundsätzlich Vorteile. Die geltenden regionalen und betrieblichen Beschränkungen sind jedoch problematisch.

Als letzter Schritt der durch die Marktordnungsgesetz-Novelle 1988 eingeleiteten Milchmarktreform wurde mit 1. Jänner 1990 das für die Be- und Verarbeitungsbetriebe geltende betriebsindividuelle Erlös- und Kostenausgleichssystem durch ein System von im wesentlichen produktbezogenen Ausgleichsbeiträgen und Zuschüssen abgelöst. Davon wird ein Druck zur Bereinigung der Betriebsstrukturen erwartet. Eine durchgreifende Liberalisierung und Marktorientierung der heimischen Milchwirtschaft steht allerdings noch aus.

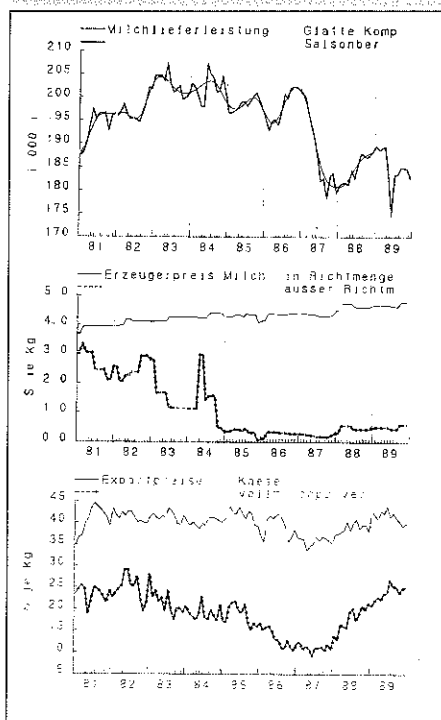
Günstige Ertragslage belebt die Betriebsmittelnachfrage

1989 haben die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mehr Vorleistungen zugekauft und auch mehr investiert als im Jahr davor. Die nach drei Jahren der Stagnation wieder steigende Nachfrage nach Betriebsmitteln ist primär Folge der besseren Ertragslage der Land- und Forstwirtschaft.

Nach ersten Berechnungen und Schätzungen hat die Land- und Forstwirtschaft 1989 rund 25,1 Mrd. S für den Ankauf von *Vorleistungen* ausgegeben (+4%). Real waren die Zukäufe um etwa 3% höher als im Vorjahr, die Preise (+½%) blieben im Durchschnitt fast unverändert. *Eiweißfuttermittel* wurden weniger importiert (500 000 t -8,2%) und waren billiger. 1989 standen erstmals größere Mengen inländischer Ölsaatenschrote zur Verfügung. In den nächsten Jahren ist mit einer steigenden Verarbeitungsmenge und damit sinkendem Importbedarf an Eiweißfutter und pflanzlichen Ölen zu rechnen.

Die *Energieausgaben* der Land- und Forstwirtschaft waren mit rund 3,7 Mrd. S etwas höher als 1988, insbesondere weil Benzin teurer wurde. Die Bezüge der Landwirtschaft an *Mineraldünger* fielen nach Einführung der Handelsdüngerabgabe Mitte 1986

Milchmarkt



um knapp ein Fünftel zurück und stagnieren seither etwa auf diesem Niveau. Die Umsätze im Kalenderjahr sind durch Reaktionen auf die Einführung der Abgabe und deren Erhöhung zum 1. August 1987 verzerrt. 1989 hat die Landwirtschaft nach Angaben des Getreidewirtschaftsfonds rund 305 000 t Handelsdünger bezogen (+13,7%, Reinnährstoffe).

Der Landmaschinenmarkt ist seit Jahren gesättigt. Die Nachfrage beschränkt sich im wesentlichen auf Ersatzinvestitionen. 1989 hielt die Belegung des Absatzes an. Die Bauern haben insgesamt rund 10,3 Mrd. S in Ausrüstungen investiert (+4,5%).

Matthias Schneider

Stabilerer Holzmarkt

Die kräftige Baukonjunktur und das eingeschränkte Holzangebot aus Skandinavien festigten 1989 den europäischen Holzmarkt. In den letzten drei Jahren stiegen die Weltmarktpreise von Zellstoff (auf Dollarbasis) ohne Unterbrechung und verdoppelten sich in diesem Zeitraum. Seit Mitte 1989 sind sie stabil. Die Arbeitsgruppe Rohstoffpreise der AIECE erwartet ein Anhalten der günstigen Baukonjunktur. Daher werden sich die Marktbedingungen für Schnittholz bis Mitte 1991 nicht wesentlich ändern. Im Jahresdurchschnitt 1990 ist ein mäßiger Preisanstieg von 4% gegenüber 1989 wahrscheinlich. Allerdings berücksichtigt diese Prognose noch nicht die Auswirkungen der jüngsten Sturmschäden in den europäischen Wäldern. In der Bundesrepublik Deutschland erreichten die Schäden das Ausmaß eines Jahreseinschlags. Die Zellstoffpreise werden das hohe Niveau nicht halten können und heuer um 13% unter dem Durchschnitt von 1989 liegen.

Österreichs Ausfuhrpreise für Nadel-schnittholz steigen seit Anfang 1988. Diese Tendenz spiegelt sich auch in den inländischen Rundholzpreisen. Im Jänner 1990 lagen die Rundholzpreise um 27% über dem Niveau von Mai 1988, als der Preisanstieg eingesetzt hatte. Im Jahresdurchschnitt 1989 zahlten die Sägewerke für Nadelrundholz um 12,2% mehr als 1988. Im Export konnte die

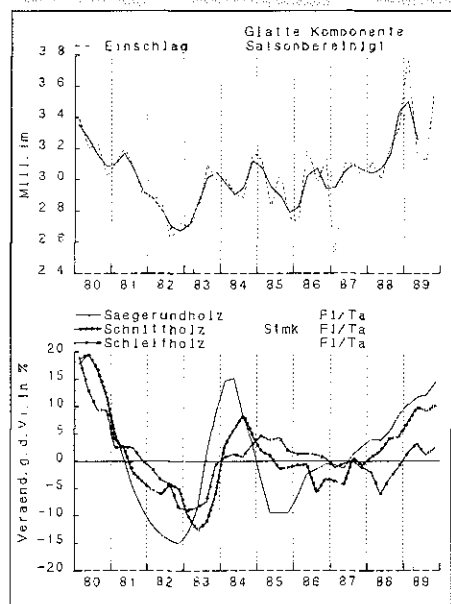
Papierindustrie für Sulfitzellstoff um 20% höhere Preise erzielen als 1988, und sie hob die Preise für heimisches Faserholz um 2,0% an. Rohholz aus dem Ausland war um 0,6% teurer als 1988.

Holzeinschlag nahm zu

Die schweren Stürme in den ersten Monaten 1990 richteten vor allem in den Wäldern Vorarlbergs, Tirols und des Alpenvorlands große Schäden an. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft schätzt die Schadholzmenge auf rund 4 Mill. fm, das ist mehr als ein Drittel des gesamten Jahreseinschlags in Österreich. Zum Teil ist das Holz zersplittert und nur noch als Rohstoff für die Papier- und Plattenindustrie bzw. als Brennholz verwertbar.

Die Forstwirtschaft schlägerte 1989 13,82 Mill. fm Holz (+8,2% gegenüber 1988). Stark- und Schwachnutzholz fiel mehr, Brennholz weniger an als im Vorjahr. 19% des Einschlags waren Schadholz, dieser Anteil entspricht dem Normalwert. 1989 hatte die gute Marktlage vor allem die Besitzer von Bauernwald – Betriebe mit einer Waldfläche unter 200 ha – angeregt, mehr zu schlägern (+12,0% gegenüber 1988). Sein Anteil am Jahreseinschlag beträgt 50,2%. Private Forstbetriebe (Anteil am Einschlag 34,2%) schlägerten um 4,8% mehr als im Vorjahr, die Vornutzung wurde um 8,4% erhöht. Die Bundesforste (Anteil 15,6%) weiteten den Einschlag um 4,2% aus und lagen damit im mehrjährigen Trend. Sie mußten um ein Drittel mehr Schadholz aufarbeiten als im Vorjahr. Der Einschlag entwickelte sich nach Bundesländern recht verschieden. In Vorarlberg (+21% gegenüber 1988) und Oberösterreich (+17%) wurde viel mehr geschlägert

Holzversorgung und Preise



als im Vorjahr, in Kärnten (+4%) und in der Steiermark (+3%) war die Zunahme gering.

Die Expansion der Holzproduktion und der Preisanstieg erhöhten den Rohertrag der Forstwirtschaft auf 14,7 Mrd. S (+19% gegenüber 1988).

Umfangreiche Schnittholzxporte

Die Sägewerke bezogen im Berichtsjahr mehr Rundholz von der heimischen Forstwirtschaft und um 7% weniger aus dem Ausland (Importanteil am Einschnitt 14%). Die Schnittholzproduktion erreichte mit 7,06 Mill. m³ (+10% gegenüber 1988) einen neuen Höchstwert. Ende 1989 beschäftigten die Sägewerke rund 10 000 Personen, gleich viele wie im Vorjahr. Der Produktionswert ist auf 18 Mrd. S gestiegen (+17% gegenüber 1988). Der Schnittholzabsatz nahm kräftiger zu als die Produktion, sodaß die Lagerbestände zum Jahresende um 14% niedriger waren als

Holzeinschlag und Einschnitt

	1988	1989	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
	1 000 fm ohne Rinde			
Starknutzholz	7.340,0	8.244,6	+ 9,7	+ 12,3
Schwachnutzholz	2.701,9	2.901,3	+ 5,2	+ 7,4
Brennholz	2.734,2	2.676,1	+ 9,2	- 2,1
Insgesamt	12.776,1	13.822,0	+ 8,6	+ 8,2
Einschnitt von Sägewundholz ¹⁾	9.989,1	10.941,8	+ 9,3	+ 9,5
Schnittholzlager ²⁾	866,7	746,2	- 0,2	- 13,9

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Bundesholzwirtschaftsrat — ¹⁾ 1 000 fm — ²⁾ 1 000 m³ Jahresendstand

Ende 1988 Der Lagerabbau hält nun bereits seit Mitte 1985 an Für den Lagerzyklus der Sägeindustrie ist das untypisch, denn üblicherweise dauert die Abbauphase 2½ Jahre. Der Inlandsabsatz war 1989 um 11,6% höher

als 1988, 62% der Produktion wurden exportiert Mit 4,4 Mill m³ wurde das Vorjahresergebnis um 9% übertroffen Sehr günstig entwickelte sich die Ausfuhr in die Niederlande und nach Jugoslawien 67% der Exporte wurden

nach Italien (+6%), 15% in die BRD (+28%) und 5% in die Schweiz (+10%) geliefert In Übersee war Algerien der wichtigste Abnehmer (3% der Gesamtexporte)

Wilfried Puwein

Ueberreuter Offsetdruck

*Wo Service
kein Fremdwort
ist!*

AKTIEN
BROSCHÜREN
BUCHER
FLUGBLÄTTER
GESCHÄFTSBERICHTE
GESCHÄFTSDRUCKSORTEN
KALENDER
KATALOGE
PROSPEKTE
WERTPAPIERE
ZEITSCHRIFTEN

2100 KORNEUBURG, INDUSTRIESTRASSE 1

0 22 62/55 55-0